Deutschland-Journal

SWG

2015

SWG

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Wer wir sind und was wir wollen

Wir werben für ein Deutschland, dessen Bürger wissen und danach handeln, daß Gesellschaft und Staat Ihre Sache sind, und mit Friedrich d.Gr. die „Pflicht jedes guten Staatsbürgers“ sehen, „seinem Vaterland zu dienen“ und „zum Wohle der Gesellschaft beizutragen…“ (Politisches Testament 1768).

Wir wollen einen Staat, in dem gemäß Art. 2 GG jeder Bürger „nach seiner Fasson selig werden“ kann, soweit er nicht die Freiheit anderer verletzt, besonders auch, daß die Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 GG frei von amtlicher oder gesellschaftlicher Ächtung gewährleistet ist.

Wir wollen die Rechtsstaatlichkeit, die im Grundgesetz gefordert ist, in den Gesetzen, in der Rechtsprechung, im politischen und gesellschaftlichen Verhalten und Handeln.

Wir wollen eine Politik, welche die Werte unserer abendländischen Tradition hochhält, von Tatsachen und Erfahrungen ausgeht, statt von Ideologien, und sachgerechte Entscheidungen trifft.

Für unser Geschichtsbild streben wir nach Wahrheit (Tatsächlichkeit) und eine gerechte Wertung.

Wir werben dafür, daß wir Deutschen selbstbewußt zu unserer über 1100-jährigen Kultur und ihrem „spezifischen Beitrag zur Weltzivilisation“ (so der Schweizer Dichter Adolf Muschg) stehen und damit zu unseren Tugenden, die ein wichtiger Teil unserer Eigenart sind. Denn nur so können wir den inneren Frieden gegenüber Anfechtungen erhalten und die Einwanderer an uns binden, die wir haben wollen. Nur so können wir auch unsere Interessen in Europa und der Welt wahrnehmen.

Wir sind für eine Europäische Union demokratisch selbstbestimmter Vaterländer. Ihr Wettbewerb um die besten Lösungen gibt Europa die nötige Kraft, um sich in der Welt zu behaupten.

Demgenäß sprechen unsere Vortragenden von politischer Korrektheit ungetrübten Klartext, um anhand der Fakten die Lage und Folgerungen möglichst sachgerecht darzustellen. Das soll die Zuhörer befähigen, sich ein eigenes Urteil über die für uns bedeutsamen Vorgänge zu bilden und sachkundig in ihrem Wirkungskreis zu argumentieren.

Wir können mit unserem Tun nicht die Welt aus den Angeln heben. Doch wir dienen damit einem Bedürfnis sehr vieler Menschen, die bei der Bildung der wirklichen öffentlichen Meinung dazu beitragen wollen, daß in Deutschland das für das Gemeinwohl Beste getan wird, oder als Möglichkeit zumindest ins allgemeine Bewußtsein gelangt.

Die SWG, 1962 in Köln gegründet, gemeinnützig, hat über 4000 Mitglieder und Freunde auch über Deutschland hinaus. In den Regios Schleswig-Holstein (Kiel), Hamburg und Hannover führt sie im Jahr je bis zu acht Vortragsveranstaltungen durch, dazu einen Seminartag im Frühjahr in Hamburg. Mitglieder und Freunde erhalten ein Deutschland-Journal am Jahresende mit Vorträgen und Aufsätzen, gegen Jahresmitte eine Sonderausgabe des Journals als Dokumentation des Seminartages plus dazu passenden Anhängen mit der Bitte um eine Spende. Interessenten erhalten das Heft gegen Einsendung einer Spende von 5 €. Die SWG finanziert ihre ehrenamtliche Tätigkeit allein durch Privatspenden und den Mitgliedsbeitrag (35 €).

Internetportal mit Informationen/Kommentaren, auch den kompletten Deutschland-Journalen, unter: www.swg-hamburg.de.

swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Deutschland-Journal

SWG

2015

Umschlagbild

Das Berliner Schloß im Jahr 2019

Wenn noch 137.500 Spender je 400 Euro steuerlich absetzbar spenden,
dann ist das Werk vollendet.

Copyright Förderverein Berliner Schloss / eldaco, Berlin

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Kleine swg-Reihe, Heft 90

ISSN 0944-324X
ISBN 3-88527-115-X
Redaktion: Manfred Backerra (MB)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Liebe Leser!

Was wäre aus Ihrer Sicht zu verbessern?
Wem könnten wir das Journal auch noch zusenden?
Antworten bitte an eine der unten angegebenen Adressen

Mit Dank voraus
Vorstand und Redaktion

© 2015 by Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.
Geschäftsführender Vorstand: Manfred Backerra, Oberst a.D., Vors. /
Stephan Ehmke, Dipl.-Päd., Oberstlt. d.R., Stv. Vors.
Beirat: Wilhelm v. Gottberg, Pater Lothar Groppe SJ,
Prof. Dr. Klaus Hornung, Hans-Joachim von Leesen, Gerd Schultze-Rhonhof
Postf. 261827 - 20508 Hamburg - T. 040/54817400
geschaeftsstelle@swg-hamburg.de / vorstand@swg-hamburg.de
www.swg-hamburg.de
Vereinsregister Hamburg – Gemeinnützigkeit anerkannt
Postbank Hamburg IBAN: DE05200100200339614200
Druck: Rautenberg Druck GmbH, 26789 Leer

Deutschland-Journal

Fragen zur Zeit

Inhalt

Vorwort zur Lage		5
Hans Heckel	Deutschland und Europa – politische Bilanz 2104	7
Willy Wimmer	Zur wilden Einwanderung und ihren Ursachen (Interview)	19
Gerd Schultze-Rhonhof	Eingabe zur Migration an die Bundeskanzlerin (offener Brief)	31
AfD	Strafanzeige gegen Dr. Angela Merkel	49
Horst Tscharntke	Der Christ und der Fremde	53
Eberhard Hamer	Regieren uns die Großkonzerne? Was bedeutet TTIP?	69
Thomas Hering	Schwindendes Selbstbewußtsein – Über Fehlentwicklungen an deutschen Universitäten	78
Konrad Löw	Offener Brief gegen Geschichtsfälschung in München	99
Manfred Backerra	Deutscher Kampf gegen den Armeniermord	107
Menno Aden	Waterloo 1815	122

Rezensionen

Konrad Löw	„Laßt uns trotzdem Weiterkämpfen“	129
Stefan Scheil	Weserübung gegen Operation Stratford	131

Veranstaltungen der SWG 2015	135
Referenten und Autoren der SWG	137

swg

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.

Spektakuläre Aktenfunde

Bernd Schwipper

DEUTSCHLAND IM VISIER STALINS

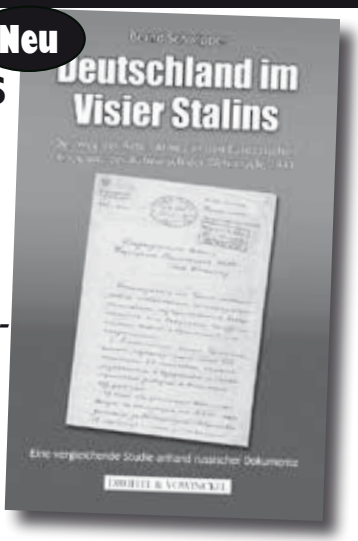
Der Weg der Roten Armee in den europäischen Krieg und der Aufmarsch der Wehrmacht 1941

Eine vergleichende Studie anhand russischer Dokumente

Mit einem Vorwort von Stefan Scheil und einem Nachwort von Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler

552 Seiten mit zahlreichen Dokumenten, farbigen Tabellen Skizzen und Karten. Geb. mit SU **€ 24,80**

ISBN 978-3-8061-1249-8



Dr. rer. mil. Bernd Schwipper, Generalmajor a. D., hat viele Jahre über die Frage »Überfall oder Präventivschlag« geforscht. Dank seiner intimen Kenntnisse der russischen Archive, der russischen Sprache sowie der militärischen Strukturen der Roten Armee konnte er das 1939 beginnende Vorrücken der Sowjetunion nach Westen explizit nachvollziehen: Polen 1939, Finnischer Winterkrieg 1939/1940, die drei Baltikum-Staaten 1940 sowie die Planung eines Überfalls auf Ostpreußen 1940 und schließlich Bessarabien und die Bukowina. Diese gezielte Westverschiebung des sowjetischen Einflussbereiches bildete die Grundlage für Stalins Aufmarschpläne, die der Militärwissenschaftler auf den Mai 1940 datieren kann, während die deutschen Aufmarschpläne gegen die Sowjetunion erst im Winter 1940/41 Gestalt annahmen. Verschiedene Operationspläne, die in immer dichterer Zeitfolge erstellt wurden, die einzigartige Aufrüstung von Heer und Luftstreitkräften und der energische Ausbau der Infrastruktur sind beredte Beispiele für Stalins Angriffspläne gegen den westlichen Nachbarn. Die letzten Operationspläne datieren vom Mai 1941 und erreichten ihren Schlusspunkt in dem »Vorbefehl« vom Juni 1941.

Der Verfasser hat vor allem russische Dokumente und Militärakten ausgewertet und fachmännisch interpretiert, die von der deutschen Forschung bislang unbeachtet beiseitegeschoben wurden. Schwippers Studie ist eine militärgeschichtliche Sensation. Sie räumt mit der These vom »Überfall« endgültig auf. Des Verfassers Argumente und die von ihm vorgelegten Dokumente sind der Schlußstrich in der Diskussion zu dieser wesentlichen Frage zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges.

Ein Knüller der Zeitgeschichtsforschung!

Franz Uhle-Wettler urteilt: »Ein tolles Buch. Dem Autor gebührt höchster Respekt!«

Linda Sudholt Versandbuchhandlung

www.druffel-vowinckel.eu

82205 Gilching | Talhofstr. 32 | Fax 08105/7305629

08105/730560 **drsudholt@t-online.de**

Vorwort zur Lage

Gegen EU-Verträge, die eine Haftung der EU für den Staatsbankrott einzelner Länder ausschließen und entsprechende deutsche Zustimmungsgesetze, wurde quasi diktatorisch die „Euro-Rettung“ verfügt und vom Parlament abgenickt. Ähnlich fand die plötzliche „Energiewende“ gegen ein kurz vorher beschlossenes Gesetz statt, ohne Abstimmung mit den Ländern des europäischen Energie-Verbundes. Der wilden Einwanderung wurde gegen EU-Verträge, Grundgesetz und weitere Gesetze durch eine Erklärung der deutschen Regierungschefin, unterstützt von ihrem global werbendes „Selfie“ mit einem Einwanderer, Tür und Tor geöffnet, zum Schaden Deutschlands und seiner Nachbarn. Weder die Außen-, Innen-, Justiz(Verfassungs)minister, noch das Parlament stoppten dies (z.B. durch das Bundesverfassungsgericht). Die wilden Einwanderer heißen „Flüchtlinge“ und werden als solche überschwänglich begrüßt, obschon sie dies nur in seltenen Fällen sind. Weit mehrheitlich suchen sie ein besseres Leben, was verständlich ist, ihnen aber kein höheres Recht gibt. Sie dürfen folgenlos selbstverständliche Gastpflichten verletzen, wie u.a. durch verächtliche Zurückweisung/Vernichtung von Angebotenem, Vermüllung und besonders Gewalttaten. Sie dürfen bei uns Plätze oder Gebäude besetzen und werden in den Lagern oder Notunterkünften nicht einmal verpflichtet, selbst für Sauberkeit und Ordnung zu sorgen. Höchstens 10 Prozent von ihnen, so die amtliche Schätzung, könnten bei uns Arbeit finden. Wir werden am Ende dieses Jahres dadurch wahrscheinlich fast eine Million Arbeitslose mehr zu alimentieren und Tausende von Gewalttaten mehr zu verkraften haben und dazu immense weitere Kosten.

Regierung und Parlament lassen es zu, daß entgegen dem Grundgesetz von Deutschland über US-Stützpunkte Krieg ausgeht. Der Bundespräsident fordert mehr deutsches Engagement bei solchen militärischen Einsätzen, die großenteils die wilde Einwanderung verursacht haben, verlangt mehr „Willkommenskultur“ und fordert vom eigenen Volk, sich nicht mehr wie bisher als Deutsche zu verstehen. Deutschland beteiligt sich im Machtinteresse der USA an Sanktionen gegen Rußland, die ihm selbst und Europa schaden.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und selbstbestimmte Souveränität sehen anders aus.

Um diese herzustellen, brauchen wir Volksabstimmungen, wie sie im GG Art. 20 (2) seit 67 Jahren für die Bundesrepublik vorgesehen sind *(Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und **Abstimmungen** ... ausgeübt.).*
Wir müssen dafür mit allen gewaltfreien Mitteln kämpfen, bevor, wir in Rechtlosigkeit und Gewalt versinken.
MB

*

Henryk M. Broder in: DIE WELT v. 28.10.2015, S. 2, im Essay „Die späte Rache der DDR":
„Erstaunt nehmen wir zur Kenntnis, dass es in einem Staat mit 16 Landesregierungen, 16 Landesparlamenten, 16 Ministerpräsidenten, mit einem Bundestag, einem Bundesrat, einem Bundespräsidenten und Tausenden von Staatsdienern allein darauf ankommt, was die Kanzlerin will. Sie bestimmt nicht nur die Richtlinien der Politik, sie kann auch mit einem Wort oder einem Federstrich die Grenzen öffnen und schließen, Gesetze außer Kraft setzen und alle Zweifel an der Weisheit ihrer Entscheidungen autoritär vom Tisch wischen: `Wir schaffen das!` Angela Merkel regiert im Stile eines Feudalalfürsten, wozu auch die Drohung gehört, sie werde dem Land, dem sie dienen wollte, adieu sagen, falls das Volk ihr die Gefolgschaft verweigert. Dermaßen ausfällig zu werden, das hat sich noch kein Bundeskanzler der Bundesrepublik gewagt."

*

Nach Redaktionsschluß**:**
Wilde Einwanderung: Drahtzieher und Hintergründe
Aus vielen Indizien geht hervor: Die „Flüchtlings"invasion wurde gezielt in Gang gesetzt.
Nikolai Alexander: https://www.youtube.com/watch?v=yZzYfH1vpto
Siehe auch: www.swg-hamburg.de Aktuelles, später Politik, Geschichte.

Hans Heckel

Deutschland und Europa – politische Bilanz 2014[1]

Deutschland macht dieser Tage, den letzten Monaten des Jahres 2014, eine hoch interessante Wendung durch. In immer mehr Städten unserer Heimat gehen immer mehr Menschen auf die Straße.

Dabei handelt es sich augenscheinlich nicht um jene linken Kreise, die seit Jahrzehnten die Demo-Szene der Republik beherrscht haben, als bürgerliche Kundgebungen nur sehr vereinzelt vorkamen und nicht selten, attackiert von sogenannten Antifaschisten, nur unter massivem Polizeischutz möglich waren. Nein, heute sind es bürgerlich-demokratische, patriotische Bürger, die das Mittel des öffentlichen Demonstrationszuges für sich entdeckt haben. Diesen Montag zogen mehr als 10 000 Menschen durch Dresden, um gegen die Islamisierung des Abendlandes und eine uferlose Zuwanderungspolitik zu protestieren. In diversen Städten findet Pegida bereits Nachahmer.

Andernorts, vor allem in Stuttgart und zuletzt in Hannover, gehen Tausende Menschen unter dem Banner „Demo für alle“ gegen linke bis linksextreme Schulexperimente zur Frühsexualisierung von Kindern auf die Straße. An unzähligen Orten protestieren die Bürger gegen die überall sich ausbreitenden Asylbewerberheime.

Heime, in denen Personen untergebracht werden sollen, die zum großen Teil gar nicht verfolgt wurden, sondern allein wegen der Aussicht auf bessere Lebensverhältnisse nach Deutschland kamen, wo ihre Versorgung Milliarden verschlingt. Die, um es klar zu sagen, in ihrer großen Mehrheit hier sind, weil sich die Politik weigert, eine tragfähige, kontrollierte Zuwanderungspolitik zu entwerfen und durchzusetzen. Die politische Führung knallt den Bürgern das Resultat ihres Versagens stattdessen einfach vor die Nase, als handele es sich um die unabwendbare Folge höherer Gewalt. Die etablierten Parteien ebenso wie die großen Staats- und Konzernmedien verschließen sich nahezu vollständig vor dem aufkeimenden Bür-

1 Vortrag des Verantwortlichen Redakteurs Politik/Wirtschaft der PAZ vor der Regio Hamburg am 1.12.2014

gerprotest. Das Gleiche gilt für Kirchen, Gewerkschaften und praktisch sämtliche sogenannten „gesellschaftlich relevanten Organisationen". Von dort erfahren die protestierenden Bürger nichts als Ignoranz, Diffamierung oder gar Hohn.
Die Bürger sehen sich einem massiven Block der Mächtigen gegenüber, die in feindseliger Arroganz auf ihr Volk herabblicken.
Einen derart geschlossenen Block hatte nicht einmal die DDR-Opposition einst vor sich, denn sie konnte wenigstens auf den Beistand der Kirche setzen und darauf, dass westdeutsche Medien über die Bürgerbewegungen in der DDR einigermaßen fair berichteten.
Heute dagegen bleiben nur sehr wenige Medien, wie etwa die *Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ)*, um die Wahrheit über den aufflammenden Bürger-Unmut öffentlich zu machen. Oder das Internet.
Die Wirkung auf die Bürger muss verheerend sein. Insbesondere in den neuen Bundesländern, wo sich viele noch erinnern, mit welcher Begeisterung sie vor 25 Jahren für die freie, pluralistische Demokratie gekämpft haben.
Angesichts des kompakten Blocks der Mächtigen, der sich in allen wesentlichen Fragen einig zu sein scheint und jede Kritik mit wüsten Beschimpfungen quittiert, muss ihnen das Versprechen von gelebter Demokratie, also bürgerlicher Mitbestimmung, und echter Meinungsvielfalt wie eine gewaltige Lüge vorkommen. Und die neuen Lügner befleißigen sich überdies noch einiger Methoden, welche den Menschen mit DDR-Erfahrung erschreckend bekannt vorkommen müssen.
Da sind beispielsweise jene berüchtigten offiziellen Sprachregelungen, deren Verlogenheit in der DDR jedem offenkundig war.
Nur ein Beispiel, welche Blüten dieser „Gleichsprech" in unseren Tagen treibt. Heute spricht und schreibt jedes Staats- oder Konzernmedium in ebenso ermüdendem wie verlogenem Gleichklang von „Flüchtlingen", obschon es sich in der Mehrheit der so Bezeichneten gar nicht um Menschen handelt, die flüchten mussten, wie die große Mehrheit der Asylanträge belegt, die mit einer Ablehnung enden.
Ein besonders dreistes Beispiel dieser verlogenen Sprachregeleung, auf das wir bereits in der *Preußischen Allgemeinen* hingewiesen haben, macht deutlich, in welcher Weise die Sprachregelung die Wirklichkeit verzerrt: Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb von einem tödlich geendeten Streit zweier „Flüchtlinge" in einer Massenunterkunft. Ein Mann aus Gambia hatte einen Marokkaner erstochen. Wie aus diesem und

weiteren Berichten hervorging, hatten sich beide Männer zuvor auf Spanisch gestritten. Wieso Spanisch? Weil beide zuvor viele Jahre in Spanien gelebt hatten.
Mit anderen Worten: Die Männer haben die iberische Halbinsel verlassen, weil sie sich in Deutschland eine Verbesserung ihrer Lage erhofften. Wer will es ihnen verdenken? Das würde ich wahrscheinlich genauso machen. Nur wäre ich dann auch ein Flüchtling mit Anspruch auf kostenlose Unterkunft, Geld und andere Willkommensmaßnahmen des Aufnahmelandes, wenn ich beispielsweise nach Spanien aufbräche, weil ich mir dort ein besseres Leben erhoffte als im kalten Deutschland? Würde ich, weiter zugespitzt, gar zum sogenannten Binnenflüchtling, wenn ein wahnsinnig gewordener Bundeskanzler mir den Posten des Regierungssprechers anböte und ich wegen der besseren Bezahlung im Vergleich zu meinem jetzigen Posten nach Berlin zöge?
Doch die verlogene Sprache ist beileibe nicht das einzige, was nach bürgerlichem Protest schreit.
Die Behauptung, Deutschland benötige Massenzuwanderung um seinen ausgedörrten Arbeitsmarkt mit frischen Arbeitskräften versorgen zu können, gehört ins Standard-Repertoire von Politikern und Medien. Ist das so?
Deutschland ächzt, realistisch betrachtet, unter gut fünf Millionen Arbeitslosen.
Zu dieser Zahl gelangen Erhebungen, die den offiziell knapp drei Millionen Menschen ohne Arbeit noch jene hinzuzählen, die sich durch sogenannte Fort-, Um- oder Weiterbildungsmaßnahmen quälen, in Ein-Euro-Jobs untergebracht sind, zwangsfrühverrentet wurden oder auf andere Weise aus der Statistik getilgt sind.
Dazu kommen mehr als sieben Millionen Menschen im sogenannten Niedriglohnsektor, von denen viele nicht einmal den Hartz-IV-Satz erreichen und als „Aufstocker“ ein kümmerliches Dasein fristen.
Gleichzeitig stagniert die Wirtschaftsleistung nahezu. Die Schönredner in den Medien phantasieren ja schon vom „Boomland Deutschland“, wenn das statistische Wirtschaftswachstum bloß mit einer Eins vor dem Komma aufscheint.
Wer kann ein Interesse daran haben, dass sich in einen derart prekären Arbeitsmarkt ein nicht abreißender, ja stetig anschwellender Strom neuer potentieller Arbeitskräfte ergießt? Und dies insbesondere in den ohnehin überlaufenen Sektor der Geringqualifizierten?

Es ist nun einmal so: Der Preis auf dem Markt regelt sich nach Angebot und Nachfrage. Ob es sich dabei um den Markt für Tomaten oder den für Arbeit handelt, ist, so grobschlächtig das auch klingen mag, diesem Mechanismus egal.
Schon jetzt reicht die Nachfrage nach Arbeitskräften, wie die Zahlen zeigen, nicht aus, um das Angebot an Arbeitskräften in Deutschland auskömmlich aufzunehmen.
Das zeigt nicht allein die hohe Zahl an Erwerbslosen, sondern auch die Tatsache, dass immer noch viele, auch große Firmen es sich leisten können, selbst qualifizierte Kräfte über viele Jahre mit Zeit- oder Werksverträgen abzuspeisen.
Das zeigt zudem die hohe Zahl junger, motivierter und qualifizierter Arbeitskräfte, die es oft bis Mitte 30 und später nicht schaffen, in eine halbwegs sichere, unbefristete Stelle zu gelangen.
Wenn in einer solchen Ausgangssituation das Arbeitskräfteangebot immer noch weiter hochgeschraubt wird, kann die Folge nur ein weiterer Verfall des Preises der Arbeit, also von Löhnen und Arbeitsbedingungen sein.
Die Folgen sind längst statistisch erfasst und für jedermann ablesbar.
Seit Jahren bejubeln die Medien Deutschlands sagenhafte Exporterfolge, stellen stolz heraus, welche märchenhaften Handelsüberschüsse unsere leistungsstarke Wirtschaft jedes Jahr einfährt.
Gleichzeitig rechnen Ökonomen vor, dass die Reallöhne in Deutschland sogar im vergangenen „Boomjahr 2013“ schon wieder zurückgegangen sind, selbst, wenn man die zweifelhaft niedrige Preissteigerungsrate zugrunde legt, welche uns das Statistische Bundesamt mitteilt.
Wie gesagt, auch der Arbeitsmarkt ist ein Markt, wo der Preis fallen muss, wenn das Angebot ständig aufgestockt wird, während die Nachfrage kaum Schritt hält.
Wer kann das wollen?
Unbezweifelbar gibt es auch viele Arbeitgeber, die große Probleme haben, in unserer hochspezialisierten Wirtschaft für jeden Posten die passende Fachkraft zu finden. Das kann für manch mittelständisches Unternehmen existenzbedrohende Folgen haben.
Es gibt aber auch hemmungslose Manager, die ihre eigenen Fachkräfte über etliche Jahre in Zeitverträgen halten, weil sie wissen, dass der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt so groß ist, dass die Fachkräfte das mit sich machen lassen müssen.

Dass dieselben Managerkreise dann das Klagelied vom grassierenden Fachkräftemangel singen und die dringend notwendige Zuwanderung ausländischer Kräfte anmahnen, ist anstößig, aber aus der Logik des Skrupellosen heraus nachvollziehbar.
Doch sie sind ja beileibe nicht die einzigen – und vor allem nicht die lautesten!
Grotesk ist es, dass gerade der linke, angeblich den Arbeitnehmer-Interessen speziell verpflichtete Teil des politischen Spektrums aus Linkspartei, SPD und Grünen besonders eifrig auf immer noch mehr uferlose Zuwanderung pocht und jeden, wie die Demonstranten von Dresden, in die braune Ecke zu schieben versucht, der hier Widerspruch anmeldet.
Das war nicht immer so.
1973 schlug der Ölpreisschock in der erfolgsverwöhnten deutschen Wirtschaft ein. Umgehend wandten sich die Gewerkschaften damals mit der Forderung an die Bundesregierung, den Zustrom weiterer Gastarbeiter sofort zu stoppen.
Walther Arendt, Arbeitsminister der SPD-geführten Regierung Willy Brandt und selbst ein Mann der Gewerkschaftsbewegung, nahm die Forderung nur zu gern an und legte noch im selben Jahr das Gesetz zum sogenannten Anwerbestopp vor.
Wohl gemerkt: Er tat dies zu einem Zeitpunkt, als der Ölschock noch gar nicht auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen und die Arbeitslosigkeit noch gar nicht merklich gestiegen war. Allein die (berechtigte) Befürchtung, dass ab 1974 die Erwerbslosigkeit emporschnellen könnte, ließ ihn aktiv werden.
Einheimische Arbeitnehmer sollten angesichts der absehbaren Anspannung auf dem Arbeitsmarkt vor zusätzlicher Konkurrenz geschützt werden.
Die Überlegungen gingen sogar noch weiter: Öffentlich diskutierten die Verantwortlichen zudem eine Strafsteuer für Unternehmen, die weiterhin Ausländer beschäftigen.
100 Mark in Ballungsräumen und 50 Mark in Randgebieten sollte den Unternehmen pro Monat für jeden ausländischen Angestellten abgeknöpft werden.
Die Unternehmen sollte so gedrängt werden, den Ausländer zu entlassen, damit er in seine Heimat zurückkehre und ein arbeitslos gewordener Deutscher seinen Platz einnehmen könne.
Vierzig Jahre später hat sich die deutsche Linke komplett auf der entgegengesetzten Seite der Barrikade eingefunden.

Wem nützt das?
Die Linken behaupten: den Armen und Beladenen aus den Armutsregionen der Welt, Solidarität sei eben heute nur noch „international“ denkbar.
Für den Einzelnen, der es aus einem Entwicklungsland nach Deutschland schafft, mag das zutreffen.
Aber muss internationale Solidarität nicht auch die Entwicklung in den Herkunftsländern der Zuwanderer im Blick haben?
Was verlieren diese Länder?
Die Reise aus beispielsweise einem schwarzafrikanischen Land nach Deutschland ist für die dortigen Menschen dermaßen teuer, dass nur eine Minderheit sie sich leisten kann, selbst wenn Verwandte zusammenlegen.[2]
Es ist also weitgehend nur die dortige Mittelschicht, die diesen Weg gehen kann, keinesfalls vom Hunger bedrohte arme Teufel, die von einem Euro oder weniger am Tag leben müssen.
Überdies ist die Reise gefährlich, sie anzutreten, erfordert einige Entschlossenheit. Es sind also nicht die Trägen, es sind die Tatkräftigen, die sich aufmachen.
Seit 1988 lebe ich in Hamburg, und in all den Jahren ist mir erst ein einziger schwarzafrikanischer Bettler begegnet. Und der war schon recht alt, dürfte vermutlich erst hier unter die Räder gekommen sein. Ein trauriges Schicksal, das ihn ereilte, wie es auch viele Einheimische erfasst.
Dass er wie so manche Personen vom Balkan schon mit der Absicht hierher kam, sich mit Betteln durchzuschlagen, halte ich für kaum wahrscheinlich.
Internationale Solidarität?
Mit diesen Menschen locken wir gerade jene aus den Entwicklungsländern fort, welche in ihrer Heimat besonders dringend benötigt werden, damit das Land vorankommt.
Sie gehen, weil das Versprechen auf kostenlose Gesundheitsversorgung, Rechtssicherheit und ein staatlich garantiertes Existenzminimum im Falle des Scheiterns unwiderstehlich ist gegenüber der Aussicht, in

2 Anm. d. Red.: Seit etwa 8/2015 gibt es seriöse Hinweise, dass auch US-Organisationen die Migration finanzieren.

ihrer prekären, unsicheren Heimat zu arbeiten, wo es all dies nicht oder nur sehr unzureichend gibt.
Dann gibt es natürlich die, welche direkt in unsere Sozialsystem einwandern oder gar in die Kriminalität, wie die bundesweit bekannt gewordenen schwarzafrikanischen Drogendealer vom Görlitzer Park in Berlin.
Diese Leute los zu sein, dürfte für ihre Herkunftsländer in der Tat eine Entlastung darstellen. Doch was richtet solcherlei Zuwanderung bei uns an?
Schon jetzt bersten die Budgets von immer mehr Kommunen unter den rapide steigenden Sozialkosten, derweil öffentliche Gebäude und die Infrastruktur verkommen.
Wer von den Massen an neuen Zuwanderern nicht auf den ohnehin strapazierten Arbeitsmarkt strömt, der trägt zur weiteren Überforderung der Sozialsysteme bei, die irgendwann in ihrem Kollaps enden muss.
Die Bürger, die in Dresden demonstrieren, wissen oder spüren den Betrug, der an ihnen auch und gerade vonseiten der politischen Linken, der angeblichen Siegelbewahrer der einstigen Arbeiterbewegung und der sogenannten Solidarität, begangen wird.
Nach den jüngsten Landtagswahlen wunderten sich Analysten darüber, dass wider Erwarten so viele Menschen AfD gewählt haben, die vorher SPD oder Linke angekreuzt hatten, wo die AfD doch als rechte Partei eingeordnet werde.
Der hier geschilderte Betrug mag eine Antwort sein, denn wer sich heute der Fährte des 2005 verstorbenen Arbeitsministers Arendt auch nur näherte, würde sofort mit den
härtesten Anti-Rechts-Anfeindungen belegt.
Indes ist kaum anzunehmen, dass Pegida und andere Erscheinungen der neuen Bürgerbewegung sich allein aus dem Unmut über die uferlose Zuwanderungspolitik speisen, auch wenn dies in Dresden das einende Motto ist.
Ebenso wenig mag ich glauben, dass die Frühsexualisierung von Kindern allein die Tausende auf die Straße treibt, die sich auf der „Demo für alle“ versammeln.
Dahinter verbirgt sich ein weit tieferes, umfassenderes Unwohlsein. Als sei unser gesamtes Gemeinwesen in eine verhängnisvolle Schieflage geraten, erleben sehr viele Bürger, wie das einst so stabile Gefüge der Bundesrepublik mit wachsender Geschwindigkeit abrutscht.

Der Niedergang vollzieht sich auf allen Ebenen, hier nur ein paar Beispiele:
All diese Menschen von Dresden, Hannover oder Stuttgart, unter denen die fleißige Mittelschicht klar dominiert, erleben, wie sie einer wachsenden Kriminalität zunehmend schutzlos ausgeliefert sind.
Die geschönten Statistiken wischen sie weg mit ihrer Alltagserfahrung, sie trauen lieber ihren eigenen Augen als denen von Petra Gerster, Marietta Slomka oder Klaus Kleber auf den abendlichen Bildschirmen.
Sie müssen darüber hinaus mit ansehen, wie ihre Ersparnisse Eurobedingt zerfressen werden, wie die finanzielle Solidität des Landes erodiert durch Zahlungs- und Haftungsgarantien für die dysfunktionalen, korrupten Eliten gewisser Staaten der Euro-Zone und zur Rettung gigantischer Spekulationsgewinne von finsteren Gestalten vom Schlage eines George Soros.
Sie erleben, wie der Staat jeden Winkel nach kleinen Steuersündern absucht, derweil Steuerverschwendung straflos bleibt, und wie an die Spitze der EU-Kommission ein Mensch gesetzt wurde, der 19 Jahre lang Ministerpräsident eines Landes war, das Großkonzerne zum Schaden der europäischen Steuerzahler trickreich mit dem Angebot gewaltiger Steuernachlässe angelockt hat.
Einen Mann, der ewig für seine Lebensdevise „Wenn es ernst wird, muss man eben lügen“ stehen wird und nun verspricht, mehr gegen die Steuervermeidungstricks der Großkonzerne unternehmen zu wollen.
Gerade die Führungseliten in Deutschland hatten stets das Glück, ein Volk regieren zu dürfen, das ein in anderen Ländern kaum anzutreffendes Grundvertrauen in seine Regierenden setzte.
Dieses Urvertrauen erodiert zusehends, wie die neue Bürgerbewegung sichtbar macht.
Diese Erosion ist nicht die Folge einer irrationalen Verdrossenheit, sie hat sehr reale Gründe, die es wert sind, näher betrachtet zu werden.
Zusammengenommen entfaltet sich vor den Bürgern das Bild einer Machtelite, die sich längst nicht mehr als Anwalt des Volkes versteht, sondern die ganz eigene Ziele verfolgt.
Der Erziehungswissenschaftler Hartmut Krauss konstatiert eine globale „Re-Feudalisierung“ der Machtstrukturen.
Statt dass die Eliten sich als ihren Völkern und Bürgern gegenüber in Verantwortung stehende Führung verstünden, entwickele sich ein

Netzwerk globaler Herrschaft, das den länderübergreifenden Feudalstrukturen im vordemokratischen Europa erschreckend ähnlich sehe. Nicht zu Unrecht interessieren sich einige unabhängig denkende Journalisten in letzter Zeit zunehmend für Organismen wie die Bilderberg-Konferenz oder die Trilaterale Kommission[3], die sie als die Foren der neuen Feudalherren ausgemacht haben.

Oder für den globalen Einfluss von Großbanken, allen voran Goldman Sachs, welche es geschafft hat, ihre Leute an die Spitze sowohl der europäischen wie der britischen Zentralbank zu hieven, wo sie ihre Posten ganz im Sinne der Großbanken und ganz und gar zum Schaden der Bürger und Sparer wahrnehmen, die zugunsten der Banken und der mit ihnen mittlerweile untrennbar verklumpten und verklüngelten Regierungen schleichend per realem Negativzins enteignet werden.

Man kann es nicht oft genug in Erinnerung rufen: Der da jetzt auf dem Chefposten der EZB sitzt, ist derselbe Mario Draghi, der Europachef von Goldman Sachs war, als die Bank den Griechen dabei assistierte, sich in den Euro hinein zu betrügen.

Dass die Elite der europäischen Politik ihn dennoch (oder deshalb?) an die EZB-Spitze brachte, sagt mehr über die Beschaffenheit dieser Elite aus als tausend Wahlkampfreden.

Dieser Draghi hat, gestützt von den Regierungen der Euro-Zone, die Ersparnisse der Europäer zum Spielgeld in einem aberwitzigen Schneeballsystem degradiert. Und wir wissen: In einem Schneeballsystem gewinnen nur die, die dabei Regie führen, alle anderen werden ruiniert. Die Regie führt das ganz große Geld, das sich in diesem Schneeball-System bei den Bürgern fürstlich bedienen kann.

Der Verfall des Geldsystems, der Arbeitsmärkte und der Sozialstaaten spielt jenen in die Hände, deren Ziel globale Uferlosigkeit ist, eine Welt, in der kleine Klüngel mächtiger, sehr reicher Einflussnehmer die Entscheidungsspielräume der demokratischen Nationalstaaten so weit einengen, dass die Demokratie zur reinen Staffage wird.

---

3 Die **Trilaterale Kommission** ist eine im Juli 1973 auf Initiative von David Rockefeller bei einer Bilderberg-Konferenz gegründete private, politikberatende *discussion group*. Die *Kommission* ist eine Gesellschaft mit ca. 400 höchst einflussreichen Mitgliedern aus den drei („*Tri*") großen internationalen Wirtschaftsblöcken Europa, Nordamerika und Japan sowie einigen ausgesuchten Vertretern außerhalb dieser Wirtschaftszonen. Auf diesem Weg verbindet die *Trilaterale Kommission* erfahrene politische Entscheidungsträger mit dem privaten Sektor. Ziel ist eine verbesserte Zusammenarbeit der drei Wirtschaftsmächte. (Wikipedia)

Schon jetzt sehen sich nationale Parlamente weitgehend zu Abnick-Kammern herabgestuft, welche nur noch Weisungen umsetzen dürfen.
Indes: Die uferlose Zuwanderungspolitik erfüllt aus Sicht der neuen Feudalherren nicht allein einen ökonomischen Zweck, indem sie den Druck auf den Arbeitsmärkten erhöht und einen global nach ihren Wünschen grenzenlos verfügbaren Typus des neuen Wanderarbeiters hervorbringt.
Denn die uferlose Zuwanderung hat noch andere, weit tiefergreifende Auswirkung auf die Entwicklung der Demokratien.
Aus der Historie wissen wir, dass den demokratischen Bewegungen ein entscheidendes Ereignis vorangegangen ist: die Erweckung des Nationalbewusstseins.
„Vive la Nation!“ lautete der Schlachtruf der Pariser Revolutionäre von 1789. Erst als die Menschen bereit waren, sich über Klassen, Schichten und Regionen hinweg als eine Nation, ein Volk auch als politische Einheit also, zu verstehen, konnten sie gemeinsame Interessen formulieren und ihr demokratisches Recht durchsetzen. Warum soll ich mit auf die Barrikade gehen, mag sich mancher Berliner im März 1848 gefragt haben. Die Antwort war denkbar einfach: Weil auch du ein Deutscher bist!
Erst diese Selbstverständlichkeit der Gemeinsamkeit in einer Großgruppe namens Nation, deren Konsens nicht am grünen Tisch erklügelt wurde, sondern tief in Geschichte und Kultur wurzelte, vermochte es, die Menschen zum geschlossenen Handeln gegen die Mächtigen zu motivieren, machte aus Untertanen Bürger.
Bei uns wird seit Jahrzehnten mit wachsendem Eifer daran gearbeitet, jeden nationalen Konsens, der mehr sein soll als die Einigung aufs Grundgesetz, mit finsteren Verdächtigungen auszumerzen.
Wichtig ist den Akteuren stattdessen, dass irgendwie alles dazu gehören soll, nicht allein der Islam.
Die Kampfparole lautet scheinbar zahm „Vielfalt“.
Die Erfahrung lehrt jedoch: Wo alles dazugehört, wo drinnen und draußen zur Gänze getilgt sind, gehört am Ende nichts mehr zusammen.
Doch wo schon das einstmals Selbstverständliche plötzlich in Frage steht, wie beispielsweise, dass man sich als Inhaber des deutschen Passes auch als untrennbarer Teil des deutschen Volkes und als Patriot empfindet, da wird es eben immer schwieriger, einen übergreifenden Konsens der Bürger gegen die Mächtigen herzustellen.

Für die Machtelite ein komfortabler Zustand, wie an Ländern zu ersehen ist, deren Staatsvölkern das einende Band gemeinsamen Nationalbewusstseins fehlt wie zahlreichen afrikanischen Staaten. Die Demokratie-Inszenierungen dort sind ein Farce, eine Bürgergesellschaft fehlt, das Land liegt einer korrupten Elite, die mangels wirklicher Nation und echter Patrioten niemand in die Schranken weist, zum Fraß vor.
Ist es das, was man mit uns vorhat?
Oder sind das nur wieder die hanebüchenen Verschwörungstheorien manischer Schwarzseher?
Verschwörungstheorie setzte voraus, dass all das im Verborgenen angerichtet würde.
Dem aber ist nicht so, es spielt sich vor unser aller Augen deutlich sichtbar ab.
Mario Draghi und seine Biographie und Politik sind ebenso real wie Jean-Claude Juncker oder George Soros, der erst dieser Tage wieder aufgetreten ist, um Deutschland zu einer noch weiter forcierten Fortsetzung des für ihn so einträglichen Schnellball-Systems zu drängen, indem es noch mehr Schulden macht.
Die Tausenden von Lobbyisten in Brüssel, Washington oder London sind real.
Bilderberg oder Trilaterale Kommission sind real.
Und alle, die ich hier aufgezählt habe, formulieren die gleichen Ziele: Zurückdrängung der Nationalstaaten und damit Verlagerung der Macht von gewählten, einigermaßen kontrollierbaren Regierungen hin zu internationalen Netzwerken, die niemand mehr kontrollieren kann, man nennt es „Global Governance".
Migration so uferlos wie es geht unter dem Etikett der „Arbeitnehmerfreizügigkeit" oder von „mehr Vielfalt".
Schließlich: Die Enteignung der Bürger zugunsten kleinster Geldeliten.
Hartmut Krauss nimmt noch einweiteres Feld ins Visier, auf dem er die Spuren der zitierten Re-Feudalisierung entdeckt hat: Die Zerstörung des Bildungssystems.
Neben der Erweckung des Nationalbewusstseins war die aufkeimende Massenbildung unverzichtbar dafür, dass aus dem steuerbaren Untertan der politisch bewusste und entsprechend aufmüpfige Bürger werden konnte.
Hier erleben wie eine historische Rückabwicklung, die einen ganz eigenen Vortrag wert wäre.

Und nun? Ist das alles nicht mehr abzuwenden?
Viel Schaden ist angerichtet, und die Lenkung der Massen wie der Politik und der Medien funktioniert leider immer noch recht gut.
Doch die Ereignisse der jüngsten Zeit lassen Risse erkennen.
Überall in Europa entstehen zum Teil schon machtvolle Gegenbewegungen der Völker.
Und wie es scheint, kommt auch eine wachsende Zahl von Deutschen in Bewegung.
Die Medien bekamen es bereits zu spüren: In Dresden weigern sich die bürgerlichen Demonstranten strickt, mit der Vertretern der Mainstream-Presse überhaupt zu sprechen. Nebenbei: Unser Mann (der PAZ) vor Ort hatte da übrigens keine Probleme.
Für die angeschwiegenen Journalisten ist das eine katastrophale Erfahrung. Medien in einem freien Land mit wirklich unabhängiger, kritischer Presse sind der Katalysator der Debatte zwischen Volk und Führung sowie der Debatte im Volk selbst. Reden die Bürger nicht mehr mit ihnen, verlieren sie ihren Existenzgrund.
Anders gesagt: Der gleichgeschaltete Verlautbarungs- und Diffamierungsjournalismus wird so brutal auf sich selbst zurückgeworfen.
Fadenscheinige Dialog-Angebote von Vertretern der Obrigkeit ließen die Pegida-Leute ebenfalls sausen.
Sie haben diese vorgetäuschte „Offenheit“, diese durchkomponierten Schein-Dialoge satt, weil sie das Theater, weil sie den Betrug durchschaut haben.
So bedrohlich und perfide die Gefahren sich darstellen und so mächtig ihre Protagonisten auch sind, offenbar darf oder muss man mit dem Volk doch noch rechnen.
Die Geschichte lehrt, dass sich keine, auch noch so unbezwingbar erscheinende Macht halten konnte, wenn das Volk es nicht wollte.
Ganz gewiss werden die Kämpfe, die vor uns stehen, an Brisanz und Härte alles in den Schatten stellen, was die meisten von uns zu Lebzeiten je erlebt haben.
Doch es hilft nichts: Große Dinge treiben auf eine Entscheidung zu.
Wenn es soweit ist, muss das Volk, müssen die Bürger wach und politisch kampfbereit sein. Sonst, so meine Furcht, treten wir in eine unsäglich finstere Epoche ein.

Willy Wimmer[1]

Zur wilden Einwanderung und ihren Ursachen[2]

Ken Jebsen

Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner sieht hin. Diese bigotte Technik des Verdrängens hat seit der Beteiligung Deutschlands am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien Hochkonjunktur. Deutschland spielt in der Nato seit 1990 eine aktive Rolle, wenn es darum geht, die imperialen Ziele der USA global umzusetzen, und wer vor der Haustür Bomben lässt, indem er Ramstein als Zielfernrohr zulässt, muss sich nicht über Hunderttausende von Flüchtlingen aus dem Orient wundern, die jetzt Europa überrennen und auch nach Deutschland wollen. Und, zack, sind sie wieder da, die guten alten Grenzkontrollen die seinerzeit abgeschafft wurden, damit Europa sich als Ganzes begreifen kann. Was geht hier eigentlich vor, und wie verkauft uns das nicht nur die Regierung in Form des Innenministers, sondern auch die Opposition? Am Telefon haben wir zu diesem komplizierten Thema jetzt Herrn Wimmer. Ich grüße Sie, Herr Wimmer. Sie sind ja insofern der ideale Gesprächspartner zu diesem Thema, also: wie umgehen mit der Flut der Flüchtlinge, da Sie schon damals in Jugoslawien darauf hingewiesen haben, dass wir hier die Büchse der Pandora öffneten. Können sie vor allem jungen Menschen mal erklären: Balkankrieg damals und Flüchtlinge heute, was hat das denn miteinander zu tun?

Willy Wimmer

Das kann man in wenigen Worten, was den Balkan anbetrifft, sagen. Wir haben ohne jede Ermächtigung seitens der Vereinten Nationen (denn die müssen gefragt werden bei einem Krieg) Jugoslawien mit Krieg überzogen, und wir haben die Infrastruktur dieses Landes, also Straßen, Brücken und Versorgungseinrichtungen, systematisch zerstört. Das berühmte Bild

1 RA Willy Wimmer, 1976-2009 MdB, 1988-92 Parlamentarischer Staatssekretär im BMVg,1994-2000 Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE; Mitautor des Buches *Wiederkehr der Hasardeure: Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914/2014*

2 Telefon-Interview mit Ken Jebsen/KenFM zur Einführung von Grenzkontrollen, veröffentlicht am 13.09.2015: https://www.youtube.com/watch?v=qDQxf_bpZRE; Transkription sprachlich etwas geglättet.

war die Brücke von Nisch die Hunderte von Kilometer vom Kampfgebiet entfernt in Schutt und Asche und in die Donau gesprengt worden ist. Und wir haben, nachdem der Krieg gegen Jugoslawien (Serbien) beendet werden konnte, das ganze Gebiet auf dem Balkan, also nicht nur Jugoslawien (Serbien), sondern auch Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien und die umliegenden Länder, strukturell lahmgelegt. Wir haben in diesem Gebiet keine Infrastrukturentwicklung und keine wirtschaftliche und ökonomische Perspektive mehr zugelassen, weil wir uns mit den Amerikanern nicht darüber verständigen konnten, in welche Richtung Infrastrukturmaßnahmen durchgezogen werden sollten.

Ken Jebsen
Auch aus dieser Gegend kommen heute Flüchtlinge!

Willy Wimmer
Ja, wenn wir den Menschen die Lebensgrundlage nehmen, wenn wir ihre Heimat zerbomben oder aus übergeordneten strategisch-ökonomischen Gründen lahmlegen, dann müssen wir uns natürlich nicht wundern, wenn die Menschen sich bei erstbietender Gelegenheit auf den Weg machen, da hin, nicht nur, wo die Bomber gestartet sind, sondern die ökonomische Entwicklung eine bessere ist, und versuchen, da ihr Heil zu suchen und in jedem Fall eine bessere Zukunft für sich und ihre Familie zu finden.

Ken Jebsen
Sie bringen das ja immer zusammen: die Bombardierung von Ländern, nicht nur Jugoslawiens, sondern auch des Orients: Syriens, Afghanistans und des Iraks, um nur einige zu nennen, indem Sie sagen: Wenn wir dort bombardieren, müssen wir uns nicht wundern, dass sich Menschen auf den Weg machen.

WillyWimmer
Ja, das sehen wir ja beispielhaft im Irak, wir sehen es beispielhaft in Afghanistan, wir sehen es beispielhaft in Syrien, wir sehen es genauso gut in Libyen. Wir haben im Zusammenhang mit den imperialen Wünschen der Vereinigten Staaten uns an deren Kriegen, und sei es nur logistisch, beteiligt, und wir haben diese Länder in Schutt und Asche gelegt. Wir vergessen ja überhaupt, dass es im Irak mehr als hunderttausend Tote

wegen des zweiten Golfkriegs gegeben hat. Und das Erstaunliche für mich ist immer, dass wir nichts dagegen in unserer Presse gehört und gelesen haben, und wir durch den Generalbundesanwalt auch nicht verfolgt haben, wenn afghanische Hochzeitsgesellschaften durch amerikanische Täter ums Leben gebracht worden sind. Das sind alles Entwicklungen, bei denen ich mich wundere: Da sind Länder in Schutt und Asche gelegt worden, und da hat man hier nichts von Göring-Eckardt und Özdemir gehört. Und dann wird hier jetzt in einer Art und Weise auf Gutmensch gemacht, dass ich mich frage, warum hat man das in Afghanistan an Ort und Stelle, wo die Menschen in ihrer Heimat hätten bleiben können, oder im Irak oder in Syrien, warum hat man denn da nichts gemacht? Da wäre es doch möglich gewesen.

Ken Jebsen
Herr Wimmer, da werden wir gleich noch zu kommen, was die sogenannte Opposition macht, und wie glaubwürdig diese ist. Aber sie haben noch ein anderes Fass aufgemacht, nämlich die Justiz – da muss ich, ehrlich gesagt, lachen – also: Wie unabhängig ist eigentlich die Justiz, wenn es um Völkerrechtsverbrechen geht? Das wissen ja viele nicht: Die Justiz auch hier in Deutschland arbeitet ja weisungsbefugt. Also, wenn man darauf wartet, dass Herr Maas sich in Bewegung setzt, dann muss man eigentlich im Kanzleramt anrufen. Warum das so ist, das ist eine andere Diskussion, aber lassen Sie uns mal in die Gegenwart zurückkehren: Jetzt wurde ja vom Innenminister de Maizière das Schengen-Abkommen aufgehoben. Was ist denn das ganz genau, und wann wurde dieses Schengen Abkommen in Kraft gesetzt?

Willy Wimmer
Ja, wir haben das in den neunziger Jahren, als Ergebnis der Europäischen Entwicklung ins Leben gerufen. Das ist mit dem Namen Helmut Kohl verbunden. Man wollte in Anbetracht der europäischen Entwicklung sicherstellen, dass Bürger aus den damaligen EG Staaten in andere Staaten würden fahren können, ohne lästige Grenzkontrollen über sich ergehen lassen zu müssen. Das war aber verbunden mit der Überlegung: Wenn wir innerhalb Europas auf die Grenzen verzichten, die ja im Wesentlichen den Zweck der Kontrolle hatten, dann müssen aber die Außengrenzen der europäischen Union geschützt sein, wie früher eine zwischenstaatliche Grenze. Das war dem Namen Schen-

gen verbunden. Wir wissen ja hier im holländisch-belgisch-deutschen Grenzgebiet, dass uns das das Leben erleichtert, das schafft Sympathien, das schafft gute Nachbarschaft. Und dann ist natürlich noch die gemeinsame Währung dazugekommen, und wir leben hier ohne Grenzen in einer Weise zusammen, wie es über Generationen in Europa nicht möglich war. Und das ist in Anbetracht dieser Entwicklung auf null gesetzt worden, dadurch, dass jetzt wieder Grenzkontrollen kommen, die nötig sind, weil sonst unser Staat offensichtlich in Anbetracht des Versagens dieser Bundesregierung auseinanderfliegt.

Ken Jebsen
Herr Wimmer, das muss man ja auch der Generation YouTube sagen. So wie man heute mit seinem Mobiltelefon durch die Weltgeschichte fährt und selbstverständlich in Kirgistan, New York City aber auch bei Ihnen im Kölner Raum erreicht werden kann, war das früher nicht. Früher gab es ein Kabel am Telefon, und früher ist man immer ganz schnell, wenn man in Frankreich war und in die Niederlande wollte, an die Grenze gekommen. Dann ging da so ein Balken runter, da musste man den Pass zeigen – dass können sich viele gar nicht mehr vorstellen. Wenn wir jetzt von diesen Außengrenzen sprechen, diese Außengrenzen sind ja nicht nur durchlässig geworden sondern man kann sie ja auch gar nicht halten. Das kann man auch gar keiner Regierung vorwerfen bei dieser Überflutung mit Flüchtlingen. Man kann es einer griechischen Regierung – bei diesem Inselstaat – gar nicht vorwerfen, dass plötzlich Hunderttausende sich auf den Weg machen. Jedes Land wäre damit überfordert.

Willy Wimmer
Ja, das ist richtig, nur wir fangen einen Staat ja nicht bei null an. Was haben eigentlich unserer Hilfsorganisationen in den syrischen Flüchtlingslagern, was haben eigentlich unsere Nachrichtendienste in der Gegend zwischen Afghanistan und Mali gemacht? Haben sich unsere Botschafter nur auf den Cocktail-Empfängen rumgetrieben, oder wussten sie, was in diesen Gebieten los war? Das sind ja Entwicklungen, bei denen man normalerweise auf Monate hinweg weiß, was sich zusammenbraut. Es kann ja nicht nur darauf ankommen, dass der Papst sich ans Mittelmeer begibt um festzustellen, dass da Flüchtlinge umkommen, oder Leute Bote benutzen, die im Mittelmeer untergehen. Das war ja Regierungswissen, und die große Frage ist für alle in diesem Land: Was

hat unsere eigene Regierung gewusst, wann hat sie es gewusst und vor allen Dingen, warum hat sie es unter den Tisch gekehrt? Offensichtlich um den Amerikanern und den kriegstreibenden Kräften in Europa zu Gefallen zu sein. Das muss man ja sehen, wenn man diese Entwicklung feststellt. Wir wissen doch, warum die Leute aus Afghanistan sich auf dem Weg nach Deutschland und auch Europa machen. Wir haben das Land in Schutt und Asche gebombt, und wir wussten darum, als sich die Leute aufgemacht haben, um nach Europa zu kommen. Und die Türkei hat eine total merkwürdige Rolle zum wiederholten Mal in diesem Zusammenhang gespielt. Denn es kann doch niemand sagen, dass die Türkei nicht wusste, was sich auf Ihrem Staatsgebiet abspielen würde auf dem Weg nach Griechenland und in andere Staaten der Europäischen Union.

Ken Jebsen
Die Türkei spielt ja auch eine merkwürdige Rolle, um Ihren Wortlaut zu benutzen, wenn man sich anschaut, wie involviert sie in die Aktivitäten des IS ist und dort Grenzdurchlässigkeit ja auch herstellt, und von daher würde ich sagen, es ist etwas schwierig oder falsches Spiel mit Roger Rabbit ...

Willy Wimmer
Wir haben ja hinlängliche Erfahrung mit der Türkei. Ich bin ja über diese Gebiete geflogen, weil man sich da kaum mit Wagen bewegen kann, es sei denn, es sind Militärstraßen. Die Türkei hat vor Jahrzehnten, in den siebziger Jahren, in den kurdischen Gebieten der Türkei über 3000 Städte, Gemeinden und Gehöfte platt gemacht. Hat Hunderttausenden Menschen die Lebensgrundlagen deshalb genommen, weil man sich mit den kurdischen Großgrundbesitzern gegen die PKK verbündet hatte, und hat die Leute an die türkische Küste und nach Deutschland transportiert. Das heißt, wir haben mit der türkischen Republik eine einschlägige Erfahrung, und das wiederholt sich jetzt hier wieder zum ausschließlichen Nachteile der europäischen Staaten und vor allem unseres eigenen Landes.

Ken Jebsen
Wenn man mit Ihnen spricht, Herr Wimmer, Sie sind ja auch Vize der KSZE gewesen, und dann vergleicht, was in den Zeitungen steht, und was die aktiven Politiker immer von sich geben, dann muss man sich die Frage stellen, ob wir in unterschiedlichen Welten leben.

Willy Wimmer
Ja, aber sicher leben wir in unterschiedlichen Welten! Ich muss doch die Welt zur Kenntnis nehmen, wie sie ist, und wir wissen doch, was durch unser eigenes Tun und in unserer Umgebung passiert. Aber wenn die Regierung den Schnabel hält, die Presse stiekum ist und nichts davon sagt, was Sie weiß, und das deutsche Volk in die Irre führt, dann haben wir die Ergebnisse, wie wir Sie derzeit feststellen müssen.

Ken Jebsen
Lassen sie uns mal auf Bundesinnenminister Thomas de Maizière zurückkommen, der hat ja jetzt die Wiedereinführung der Kontrollen gefordert, wird sie auch durchsetzen, erstmal vorübergehend an den Landesgrenzen, das hat er auch bestätigt, und er hat gesagt, der Schwerpunkt wird zunächst an der Grenze zu Österreich liegen; und ich weiß, derzeit werden Grenzzäune verlegt, also so richtig mit Stacheldraht . Was halten sie von dessen Aktivitäten?

Willy Wimmer
Da muss man natürlich darauf aufmerksam machen, dass das heute in der Sache und wegen der Erklärungen der Bundeskanzlerin ein Scheitern der deutschen Politik bedeutet. Vor wenigen Tagen hat sich Frau Dr. Merkel im Sinne einer privaten persönlichen Notstandsverordnung über geltendes Europäisches Recht hinweggesetzt und hat erst die Sogwirkung in Zusammenhang mit Ungarn und Österreich in Bewegung gesetzt, die uns heute die großen Probleme bereitet, und hat gesagt (das ist auch durch den Wirtschaftsminister Gabriel unterstrichen worden): Kommt alle rein! Gabriel hat gesagt: Wir können dieses Jahr 500.000 Leute locker aufnehmen. Das Ergebnis ist, das man nach wenigen Tagen auf Druck der bayrischen Staatsregierung einsehen musste, dass unser Land vor die Hunde geht, und die guten Absichten dabei den Rhein runter schwimmen. Das sind doch alles Überlegungen, die machen deutlich: Wir haben es hier in Deutschland und im Übrigen auch in der Europäischen Union nicht mehr mit einem funktionsfähigen Gemeinwesen zu tun. Ein Staat und auch eine europäische Gemeinschaft, wie wir Sie haben, kann sich so etwas nicht erlauben. Weder den Leuten, die von draußen kommen gegenüber, noch den Leuten gegenüber, die in diesem Land selber leben.

Ken Jebsen
Man muss es den Menschen erklären, aber man hat ja auch für die, die man aufnimmt eine Verantwortung. Man muss Sie ja unterbringen. Ich sage nur mal, wer krank ist oder zur Schule muss, wer einen Job sucht ... Das sind ja Hunderttausende von Menschen, die kann man ja nicht wie Container endlagern, das sind alles Probleme, mit denen man sich auseinandersetzen muss. Da kann man auch Menschen verstehen, die z.B. in Bayern wohnen und sagen: Hört zu, Sie kommen zuerst zu uns, und was machen wir denn dann mit denen? Wir kennen es ja auch aus der Presse, aber es ist dann auch ganz schnell raus aus der Presse, und die Menschen bleiben dann auf diesen Problemen sitzen. Aber lassen sie uns zu Herrn de Maizière zurückkehren. Der hat ja geschrieben: Die Hilfsbereitschaft der Deutschen darf nicht überstrapaziert werden. Da habe ich spontan an Ramstein gedacht. Da wird doch auch die Hilfe überstrapaziert. Hier werden doch Drohnen-Kriege umgesetzt und dann Flüchtlingsströme ausgelöst. Warum höre ich das nie von ihm?

Willy Wimmer
Weil die Bundesregierung den Vereinigten Staaten gegenüber, ja was soll ich sagen, hörig, willfährig, feige und Gott weiß was ist. Die Vereinigten Staaten dürfen sich in Deutschland nur zu Verteidigungszwecken aufhalten. Dem hat der deutsche Bundestag als der Souverän oder als Repräsentant des Souveräns zugestimmt. Dafür sind völkerrechtliche Verträge erforderlich. Die Vereinigten Staaten setzen sich, ohne dass der deutsche Bundestag dazu jemals die Zustimmung hätte geben können, seit Jahr und Tag im Sinne Ihrer globalstrategischen Interessen über diese Dinge hinweg, und die Bundesregierung kneift den Schwanz ein. Dass ist doch die Situation mit dieser Regierung.

Ken Jebsen
Herr Wimmer, wird Deutschland missbraucht, und ist die Regierung hier auch hilfsbereit?

Willy Wimmer
Sie ist hilfswillig. Sie ist so eingeknickt, wie wir das noch nie von einer deutschen Regierung gehabt haben. Man muss sich ja zurückerinnern an die Zeit von Helmut Kohl um zu wissen, was eine deutsche Regierung im internationalen Kontext und auch im Zusammenhang mit den Vereinigten Staaten machen konnte, wie sie sich bewegen konnte.

Doch seit dem völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ist die eine wie die andere Bundesregierung in Bonn und in Berlin den Amerikanern gegenüber in einer Weise willfährig, dass von Deutschland nichts mehr übrig bleibt.

Ken Jebsen
Man muss es ja auch mal geopolitisch einordnen. Was geschieht eigentlich auf diesem Kontinent, Wenn Sie das mal in die Zukunft projizieren? Was passiert hier im Moment?

Willy Wimmer
Die Vereinigten Staaten nutzen uns, als Glacis gegenüber der russischen Föderation und als Hub, wie das heute so schön heißt, für ihre Transportflüge und ihr militärpolitisches Engagement gegenüber dem Rest der Welt. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, welche amerikanischen Hauptquartiere, die mit uns gar nichts zu tun haben, wir auf deutschem Boden haben. Da ist vor allen Dingen das Africa Command. Das sind die Stuttgarter Kommandoeinrichtungen der Vereinigten Staaten. Wenn man sich deren Verantwortungsgebiete ansieht, dann treffen sie sich mit denen des Hauptquartiers in Honolulu irgendwo im indischen Ozean auf der Höhe von Somalia. Das heißt, das ganze Gebiet mit den globalpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten wird von deutschem Territorium aus bedient, sei es im Sinne von Kommandoeinheiten und Kommandostrukturen, oder sei es im Zusammenhang mit militärischen Einsätzen. Wir sind nicht mehr, als der befestigte Flugzeugträger der Amerikaner.

Ken Jebsen
Herr Wimmer, da muss man sich doch die Frage stellen, als Demokrat und als jemand, der Krieg nicht erlebt hat, aber den Großeltern zugehört und auch ihrer Generation zugehört hat: Da gibt es doch dieses Grundgesetz, und da steht eindeutig drin: Von deutschen Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Die Deutschen dürfen sich an Angriffskriegen generell nicht beteiligen. Das ist doch alles gegen das Grundgesetz.

Willy Wimmer
Ja, selbstverständlich ist das gegen das Grundgesetz. Wir haben uns ja schon mal drüber unterhaltenen, es steht im Grundgesetzt, dass wir das

nicht machen dürfen. Es steht im Soldatengesetz, dass Soldaten es nicht machen dürfen, und es wird dann trotzdem gemacht. Dann muss man sich die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in diesem Zusammenhang auf der Zunge zergehen lassen: welche Klimmzüge gemacht werden, um nicht mal deutlich zu sagen, dass diese Bundesregierung sich permanent gegen die Verfassung verhält. Einzig das Bundesverwaltungsgericht hat einmal darauf aufmerksam gemacht, dass ein Offizier der Bundeswehr zu Recht sich an Dingen nicht beteiligen durfte, die sich militärisch gegen den Irak im Sinne des amerikanischen Vorgehens gerichtet haben. Das war eine höchstrichterliche Rechtsprechung durch ein oberstes deutsches Bundesgericht. Aber die Bundesregierung ist sowas von kaltschnäuzig über dieses Urteil hinweggegangen, dass es nur so gekracht hat. Aber wenn Sie in Berlin einen deutschen Bundestag und eine Bundesregierung haben, wo die Leute die dem Bundestag angehören oder in der Bundesregierung sind, sich liebend gerne mit irgendwelchen amerikanischen Councils schmücken, wo sie Ihre Abendeinladungen verbringen, dann muss man sich nicht wundern, was in Berlin los ist.

Ken Jebsen
Herr Wimmer, ich weiß, dass das, was wir hier auf unserem Kanal veröffentlichen, auch international wahrgenommen wird, es wird aber auch national wahrgenommen bei der Bundeswehr oder bei der Regierung. Sie werden darauf angesprochen, Sie sind ja immer noch sehr gut verdrahtet. Was glauben Sie denn, wie viel Druck kann man noch auf diesem Kessel bringen, bis die Deutschen sagen: Jetzt haben wir die Faxen dicke? Denn die sehen doch Ursache und Wirkung, auch wenn es nicht in der Presse steht – so dumm sind die doch nicht.

Willy Wimmer
Ich habe vor einigen Tagen, das war am vergangenen Freitag, von einer Führungspersönlichkeit eines großen süddeutschen Rundfunks einen Anruf bekommen. Mir war dieser Herr nicht bekannt. Der hat ein Bild verwendet, welches ich mühelos nachvollziehen kann: Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat das deutsche Volk an den Rand eines Strudels gebracht, und dieser Strudel wird das deutsche Volk und wird Deutschland runterziehen. Das heißt, wir haben eine Perspektive mit dieser Bundesregierung, die ist schrecklich, und deswegen muss man das deutlich ansprechen.

Ken Jebsen
Lassen Sie uns mal auf die Opposition kommen. Sie haben sie vorhin angesprochen, nämlich die grüne Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt. Die hat ja mit scharfer Kritik auf die Entscheidung Grenzkontrollen reagiert und hat gesagt, mit den Grenzkontrollen lenke die Bundesregierung von ihrem eigenen Versagen ab. Da ist mir spontan aufgefallen: Die Parteien die 1999 erstmal beim Balkankrieg ja gesagt haben, das waren noch die die SPD und die Grünen?!

Willy Wimmer
Ja, das macht ja auch deutlich, dass diese Erklärungen, die Frau Göring-Eckardt in diesen Tagen abgibt, das Papier nicht wert sind auf das sie gedruckt worden sind. Man muss ja wirklich sagen, wenn sich aus einer Partei jemand so äußert, dann muss ich mich doch fragen: Wie hat er sich denn geäußert, als die Amerikaner Afghanistan (und wir übrigens auch) oder den Irak oder Syrien über den IS, an dem auch die Türken beteiligt sind, in Schutt und Asche gelegt haben? Da haben wir nur Verständnis dafür, dass der Generalbundesanwalt nicht gegen amerikanische oder gegen andere Soldaten vorgeht im Zusammenhang mit den berüchtigten Kollateralschäden. Das Schweigen dieser Leute gegenüber den eigentlichen Kriegsursachen und den Ursachen für Flucht und Vertreibung – das ist das Kriminelle mit dem wir es zu tun haben.

Ken Jebsen
Lassen Sie uns auf die Linken kommen. Gregor Gysi kann ich zitieren, der gesagt hat: Es wird höchste Zeit, so schnell und wirksam wie möglich die Fluchtursachen zu bekämpfen. Was ist von dieser Aussage zu halten?

Willy Wimmer
Ich habe natürlich einen guten Überblick über die Äußerungen des einen oder anderen. Aus der Linksfraktion hat sich am präzisesten Frau Dr. Wagenknecht geäußert. Das, was Frau Dr. Sahra Wagenknecht zu diesen Entwicklungen sagt, ist die politische Wirklichkeit, mit der wir es zu tun haben, und Sie sagt es, obwohl Sie sich von den anderen in Berlin meilenweit damit absetzt, die es wissen und trotzdem nicht sagen. Und wenn Herr Gregor Gysi, Herr Bartsch und Frau Wagenknecht sich so äußern, wie das deutsche Volk es eigentlich weiß oder wissen könnte, dann kann ich das nur mit Interesse feststellen und

sagen: Wenigstens die drei nehmen die Verantwortung wahr, die Sie im politischen Bereich haben.

Ken Jebsen
Nochmal zu Herrn Gysi: „Grenzen kann man schließen, aber die Probleme löst man damit nicht." Zitat Ende. Wie löst man die Probleme, wie müsste man die eigentlich lösen.

Willy Wimmer
Wenn der Herr Bundespräsident in wenigen Wochen seinen herbeigesehnten Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten macht, müsste er vor laufender Kamera, den amerikanischen Präsidenten Obama auffordern, es endlich mit den Kriegen Schluss sein zu lassen. Nur – dann knicken die ein, haben Tränen in den Augen, wenn sie Obama die Hand geben können, und wir werden genau das, was für uns so wichtig wäre, das werden wir nicht erleben! Diese Leute haben offensichtlich eine Vorstellung, die jedenfalls von der Mehrheitsbevölkerung in Deutschland nicht geteilt wird.

Ken Jebsen
Herr Wimmer, da stellt sich eine grundsätzliche Frage, die ich für mich ja längst beantwortet habe: Das, was wir Demokratie nennen, also, dass zumindest Teile dessen, was das Volk möchte, gehört und umgesetzt werden – das geschieht ja nicht. Also niemand möchte diese Spannungspolitik, diese Strategie der Spannung, niemand möchte TTIP, niemand möchte Monsanto hier auf diesem Boden, und trotzdem wird das alles so gemacht. Ist das noch Demokratie?

Willy Wimmer
Das, was wir haben, ist vielleicht nur noch in den Lehrbüchern ein demokratisches Gemeinwesen. Wenn eine Bundeskanzlerin hingeht und sagt: Wir wollen die Demokratie marktgerecht sich entwickeln lassen, dann kann ich nur sagen: Sie führt ein demokratisches Gemeinwesen in die Verkommenheit eines Staatswesens. Das ist die logische Konsequenz, und das haben wir ja in den zurückliegenden Jahren auch erlebt. Wenn Sie sich die zweite Säule unseres Staates ansehen – jetzt gehe ich mal zur Funktion der Presse, denn anders geht es ja nicht, als sich darüber zu vermitteln – dann ist die deutsche Presse – das haben wir doch spätestens in der Ukrainekrise, aber vorher auch schon beim Krieg gegen

Jugoslawien und den anderen Kriegen gesehen – die ist ja sowas wie die große Trommel für NATO-Kriegstreiber geworden, sodass man sie totalitär nennen muss. Man konnte im „Neuen Deutschland“ und in der „Prawda“ immer noch zwischen den Zeilen lesen, sich seine Meinung bilden. Das brauchen Sie in der deutschen Presse gar nicht mehr. Die trommeln zwischen Flensburg und München alle für den Krieg, oder für das, wie sie dieses Land durch Immigrationswellen verändern wollen. Sie können lesen was Sie wollen, das macht keinen Unterschied, und wo bleibt dort die demokratische Vielfalt? Das deutsche Volk denkt anders.

Ken Jebsen
Herr Wimmer, ist bei der Expansion des Neorealismus die Demokratie nur im Weg?

Willy Wimmer
Man muss heute annehmen, dass das demokratische Gemeinwesen, dass die parlamentarische Demokratie, dass die soziale Marktwirtschaft, die dazugehört für ein mitteleuropäisches staatliches Gemeinwesen, nur eine Funktion hatte in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion im Kalten Krieg. Nach Ende des Kalten Krieges, sind die demokratischen Rechte, ist der Staat als solcher, ist die soziale Marktwirtschaft in die Ecke gefeuert worden, und wenn wir TTIP-Land werden, nicht Deutschland sondern ein TTIP-Land, dann werden wir feststellen, was wir sind: nichts mehr von Bedeutung.

Ken Jebsen
Herr Wimmer, eine letzte persönliche Frage, die Sie aber nicht beantworten müssen, aber Sie können es tun. Ich weiß, dass demnächst die Feierlichkeiten anstehen „Wiedervereinigung 25 Jahre“, und da sind dann sehr viele Menschen geladen, die damals dabei waren und dazu beigetragen haben, und Sie haben ja auch dazu beigetragen. Es gibt das Gerücht: Sie sind nicht eingeladen. Ist das richtig?

Willy Wimmer
Sie haben gesagt, dass ich auf diese Frage keine Antwort geben sollte.

Ken Jebsen
Herr Wimmer, ich bedanke mich ganz herzlich für dieses Gespräch!

Gerd Schultze-Rhonhof

Eingabe zur Migration an die Bundeskanzlerin (offener Brief)

Gerd Schultze-Rhonhof 39340 Haldensleben, 11. Sept. 2015
Jägersteig 1
Tel.: 03904-7252554
e-mail gerd@schultze-rhonhof.de

Eingabe

Betr: Migration

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir Bürger werden immer wieder aufgerufen, uns am politischen Leben zu beteiligen. Ich tue dies mit dieser Eingabe zur Lösung des augenblicklichen Problems der Migration an Sie, Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, und einige Ihrer Abgeordneten-Kolleginnen und -Kollegen. Da ich mehrfach die schlechte Erfahrung gemacht habe, dass Minister und Ministerpräsidenten meine Eingaben nicht beantwortet haben, erlaube ich mir, diesen Brief als „offenen Brief" zu behandeln und ihn auch an alle Länder-Ministerpräsidentinnen und -präsidenten, an die Damen und Herren Parteivorsitzenden und an einige andere Politiker zu senden, mit der Bitte, Sie zu unterstützen, sowie an einige Zeitschriften und Privatpersonen.

Mit freundlichem Gruß

Gerd Schultze-Rhonhof

Grenzenlose Gastfreundschaft

Ich möchte nicht als ausländerfeindlich gelten. Habe ein halbes Jahr lang einem Armutsflüchtling ohne Gegenleistung ein Zimmer mit Bad gestellt, ihn an den Mahlzeiten der Familie teilnehmen lassen, ein Fahrrad geschenkt und ihn unfallversichert. Trotzdem meine ich, dass die jetzige, in Deutschland gewährte grenzenlose Gastfreundschaft gegenüber

Migranten sinnlos ist, unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden zerstört, das bisher noch vorhandene Vertrauen unserer Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit von Parlament, Demokratie und Kommission der Europäischen Union im allgemeinen und die Fähigkeiten der hier politisch handelnden Funktionsträger im besonderen schwer beschädigt, wenn nicht gar bei Teilen der Bevölkerung völlig zerstört. Rund 50% Nichtwähler unter den deutschen Wahlberechtigten zeigen, wie weit dieser Enttäuschungs- und Entfremdungsprozess jetzt schon ohne den neuen Einwanderungsdruck gediehen ist. Wir erleben derzeit sehenden Auges einen Zustrom von mehrheitlich nicht integrierbaren Migranten und Flüchtlingen nach Deutschland und einigen anderen Ländern Europas, der unsere Gesellschaft sprengen, unsere Demokratie als handlungsunfähig vorführen, unsere Kommunen auf Dauer in die Zahlungsunfähigkeit treiben und unser eigenes Volk langfristig auf seinem Territorium zur Minderheit werden lässt. Wir sind die tatenlosen Zuschauer des Beginns einer Völkerwanderung, die Sie als solche offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen. Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, werden es durch ihre bisherige Konzeptlosigkeit und Unentschlossenheit vor unseren Enkeln mit zu verantworten haben, dass wir in wenigen Jahren Rassenprobleme wie in den USA, Banlieues wie in Frankreich und rechtlose Stadtteile wie in England haben, wenn Sie der jetzigen Entwicklung weiter konzeptlos und ohne wirksame Taten zusehen.

Ich bitte sie deshalb dringend, zu erwirken,

- dass die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- dass der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird,
- dass die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- dass die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird,
- dass Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und dass Angehörige dieser Staaten und Gebiete ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden,
- dass nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden und

- dass die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird.

(Einzelheiten zu diesen Vorschlägen lesen Sie bitte auf dem letzten Blatt.)

Zur **Begründung** meines Begehrens lesen Sie bitte Folgendes:

Falsche Prognosen

Die Ströme von Migranten, die in diesem Jahr auf Deutschland zukommen, wurden erst auf 250.000, dann auf 450.000 und nun auf 800.000 prognostiziert. Wie wir alle „die Politik" kennen, wird jede unangenehme Entwicklung nur scheibchenweise zugegeben. Zum Jahresende ist eine Realität von einer Million Migranten nicht unwahrscheinlich. Und in den kommenden Jahren ist nicht mit einem Abnehmen des Migranten-Stroms zu rechnen, weil die Bevölkerungsexplosion in Afrika und die Entfesselung von Bürgerkriegen rund um Kerneuropa kein Ende nehmen, und weil das überwiegend herzliche Willkommen in Deutschland und in Österreich einen unwiderstehlichen Sog auf weitere Millionen „Migranten in Warteposition" ausüben. Unablässig verbreitet sich die frohe Kunde der erfolgreich Angekommenen per Handy in Windeseile innerhalb der Auswanderungsländer und setzt neue Wanderer in Marsch.

Anfang einer Völkerwanderung

Der jetzige Strom an Zuwanderern ist kein einmaliges und mit unseren bisherigen Gewohnheiten und Mitteln zu lösendes europäisches Problem. Und die großzügigen Gesten der deutschen und der österreichischen Regierung, ein paar Tausend in Budapest „aufgestaute" Migranten ins Land zu lassen, um das dortige Elend zu beenden, sind nicht, wie einige deutsche Minister geäußert haben, ein einmaliger Akt. Es wird ein Drama mit immer neuen Szenen geben. Das jetzige Drama ist der Anfang eines stets weiter anschwellenden Problems, der Anfang einer Völkerwanderung. Außerdem ist diese Völkerwanderung aus der Migranten-Sicht nicht in erster Linie ein europäisches Problem, weil die meisten Migranten ganz bewusst Deutschland und Österreich wegen ihrer Sozialsysteme und ihrer Ausländerfreundlichkeit ansteuern. Trotzdem können sich unsere Politiker bisher nicht zu einer grundsätzlichen und nachhaltigen Lösung des Problems durchringen.

Armutsbekämpfung
Im Jahr 1962 habe ich auf einem Seminar im Auswärtigen Amt gehört, dass Westdeutschland die Armut der Welt durch Entwicklungshilfe am Entstehungsort bekämpfen werde. Das hat in Fernost und in Südamerika da ganz und dort weitgehend funktioniert. In weiten Teilen Afrikas sind die Lebensumstände heute aber bedrückender als damals. Im Jahr 1990 hat der UNHCR prognostiziert, dass die Flüchtlingsströme auf 50 Millionen Menschen pro Jahr anschwellen werden. Ich habe damals auf einer Parteiveranstaltung gefragt, wie Deutschland darauf reagieren werde. Die Antwort war: „Wir bekämpfen die Armut am Ort ihres Entstehens." Was die Politiker-Worte von 1962 und 1990 und heute zu dieser Frage wert sind, sieht man. Auch die jetzige Einlassung eines deutschen Parteivorsitzenden, man brauche einen neuen Marshall-Plan für bedürftige Staaten, lässt außer Acht, dass Deutschland die Marshall-Hilfe zurückzahlen musste. Der Herr Parteivorsitzende hat aber dem Anschein nach wieder nur an geschenktes Geld gedacht.

Drei Migranten-Ströme
Wir werden jetzt von drei Migranten-Strömen überrollt, aus Afrika, aus Kriegsgebieten und aus den südlichen Balkanländern.

Afrika
Afrika hat einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 30 Millionen Menschen. Ein erheblicher Anteil dieser Menschen wird Jahr für Jahr nach Europa drängen. Je mehr Europa davon aufnimmt und je komfortabler der zeitweilige oder dauerhafte Aufenthalt in Europa erlebt wird, desto größer wird der Anreiz für immer neuen Migranten. Inzwischen brauchen Migranten nur noch am Südufer des Mittelmeers in See zu stechen, dann werden sie von den NATO-Marinen abgeholt und auf die europäische Seite des Mittelmeers transportiert. Sie, die Politiker, die das veranlassen, machen unsere Marinesoldaten damit zu „Schleppern und Schleusern" entgegen deren guter Absicht. Außerdem muss zur Kenntnis genommen werden, dass die Systemwechsel-Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs in den Staaten des Süd- und des Ostrandes des Mittelmeers erst die Tore für die Migranten-Ströme aus dieser Richtung geöffnet hat. Insbesondere der illegale und unnötige Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen hat das zuvor verschlossene Tor vor Afrika weit aufgerissen. Es ist bemerkenswert, dass sich unsere

Verbündeten USA und Großbritannien an der Bewältigung des durch die Destabilisierung Libyens entstandenen Migranten-Stroms nicht bzw. kaum beteiligen.
Je mehr Migranten wir über das Mittelmeer aufnehmen, desto größer werden der Anreiz für weitere Migranten, der Gewinn der Schlepper und die Zahl der Ertrinkenden. Die australische Regierung hat das gleiche Drama auf den Seegebieten vor ihrer Nordküste auf wirksame Weise beendet. Sie hat 2013 in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und verkündet, dass Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückgeschickt werden. Und die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote seither „auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück. Nach kurzer Zeit ist kein einziger Bootsflüchtling mehr vor Australiens Nordküste ertrunken. Ich fordere Sie auf, auf ein derartiges Vorgehen aller EU Staaten im Mittelmeerraum zu drängen, Schiffe der Bundesmarine unverzüglich in dieser Weise einzusetzen und den anderen EU-Staaten so voranzugehen. Und ich fordere Sie auf, die Asylanträge der afrikanischen Migranten, wie bereits vom Innenminister vorgeschlagen, in deren Heimatländern prüfen zu lassen.

Kriegsgebiete
Auch die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten kommen derzeit aus Territorien, an deren Destabilisierung ein Teil unserer Verbündeten mit offenen Kriegshandlungen, Geheimdiensten, Söldnern und Geldzuwendungen einen wesentlichen Anteil hat. Kriegsflüchtlingen muss zwar zeitweise Schutz und Bleibe geboten werden, aber nach den Kriegen sollten sie ihre Länder wieder aufbauen und dazu repatriiert werden. Jahrelanges Verbleiben in Deutschland, Asylanträge mit oft jahrelangen Gerichtsverfahren durch den Instanzenweg hindurch und sogenannte Abschiebehindernisse führen dazu, dass das für die Kriegsdauer gewährte Gastrecht von vielen Flüchtlingen zu einem Anspruch auf Dauerverbleib und ein leichteres Leben in Deutschland ausgenutzt wird. Deutschland besitzt keinen Steuerungsmechanismus zur Auswahl dieser Zuwanderer, und unsere Politiker auf Länder- und Bundesebene besitzen offensichtlich nicht die Weitsicht für die Folgen dieses Zustroms für unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden und nicht den Mut, die Repatriierungen durchzusetzen. Schon eine

Bürgerinitiative wohlmeinender und mitfühlender Flüchtlingsnachbarn gegen eine Abschiebung versetzt fast jeden Politiker in „Wähler-Angst“. So verbleiben bei etwa 97% der abgelehnten Asylanträge 85% der Antragsteller trotzdem in Deutschland. Sie werden entweder geduldet oder sie tauchen unverzüglich unter. So verbleiben im familiären Rand nicht repatriierter Bürgerkriegsflüchtlinge in Summa auch massenweise nicht integrierbare und sozialhilfeempfangende Ausländer in Deutschland.

Südliche Balkanländer

Eine dritte Gruppe sind derzeit die Migranten aus den südlichen Balkanländern. Es sind in der Regel Menschen mit dem verständlichen Wunsch nach einem materiell besseren und sichereren Leben. Solange sie in geringen Zahlen kamen, konnte unser Volk sie materiell versorgen, und es bestand eine größere Chance, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren. Der jetzt auf Deutschland zurollende, ungebremste Migranten-Strom aus dieser Region sprengt zusammen mit den zwei vorgenannten Migranten-Bewegungen auf Dauer unsere Staats- und Kommunalfinanzen, zerstört den Bürgerfrieden in kleinen Städten, Ortschaften und in vielen Stadtteilen großer Städte und überfordert die Kapazitäten der Kommunalverwaltungen, der karitativen Einrichtungen und der freiwilligen deutschen Helfer.

Verpflichtungen

So verständlich es ist, dass Menschen aus Überbevölkerungsgebieten, Kriegsgebieten, Katastrophengebieten und Herrschaftsgebieten mit eingeschränkten Bürgerfreiheiten bei uns in Nordeuropa Schutz, Asyl und bessere Lebensbedingungen suchen, so sehr gehört es zur selben Realität, dass sie auf Dauer von uns ernährt, untergebracht und versorgt werden wollen. Wir, das deutsche Volk, sind aber genauso wenig moralisch oder anders verpflichtet, wie z. B. Dänen, Tschechen oder Polen, die Aufbau- und Lebensleistung von uns und unserer Vorfahren bis hin zur Selbstzerstörung unseres Gemeinwesens und seiner politischen Kultur den Hoffnungen der Migranten zu opfern. Wir sind nicht verpflichtet, unsere materielle und kulturelle Substanz und unsere auf numerischer Überlegenheit beruhende Selbstbestimmung im eigenen Land auf Dauer an fremdstämmige Migranten-Mehrheiten abzugeben. Dabei ist nicht nur an die direkte Zuwanderung zu denken. Im Haus

neben mir z. B. wohnt eine Migranten-Familie (ohne Deutschkenntnisse). Das Familienoberhaupt hat 11 Kinder, und eine seiner Töchter hat bereits 12 Kinder. Fast alle jüngeren Migranten bekunden außerdem, dass sie ihre Familien nachzuholen gedenken.

Gegenseitige Forderungen und Ablenkungsmanöver

Deutsche Politiker auf allen Ebenen vom Europäischen Parlament bis zu den Gemeinderäten sind offensichtlich unfähig, die angesprochenen Probleme grundsätzlich, durchgreifend und nachhaltig zu lösen. Sie verlangen gegenseitig voneinander die Lösung der Probleme oder Hilfen dazu: mal soll es eine EU-Lösung sein, mal sollen es die Kommunen richten, mal der Gesetzgeber, mal soll der Bund mehr Geld geben, mal soll die freiwillig helfende Bevölkerung mehr leisten. Offensichtlich ist unser System nicht mehr dazu tauglich, Probleme dieses Ausmaßes in den Griff zu bekommen. Politiker und Medien überbieten sich stattdessen im Nebelkerzen-Werfen und Ablenken. Sie verweisen auf die Nützlichkeit zuwandernder Arbeitskräfte. Der Versuch in einer mitteldeutschen Großstadt, aus 300 „Asylbewerbern" Kräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, ergab 6 vermittelbare Zuwanderer, und der dänische Arbeitgeberverband hat in diesem Frühjahr eingestanden, dass die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt auf ganzer Linie gescheitert ist. Zahlreiche Medien überbieten sich gegenseitig mit der Darstellung erfolgreicher Integrations-Initiativen und suggerieren damit eine falsche Wirklichkeit. Tausend gelungene Integrationsbeispiele bei einer Millionenzuwanderung betreffen nur ein Promille der Realität. Diese Medien versuchen hiermit, die öffentliche Stimmung zu manipulieren. Andere Politiker und Medien preisen die multikulturelle Vielfalt. Sie wissen offensichtlich nichts von „Multikulti" in Belgien, im alten Serbien, in der Ukraine und in Syrien, geschweige denn von „Multikulti" in mehreren Stadtteilen deutscher Großstädte. Die Geschichts- und Landeskenntnis der deutschen Durchschnittspolitiker reicht diesem Anschein nach nur zur Wiederholung anderenorts schon gemachter Fehler.

Falscher Vergleich

Manche Politiker kommen uns mit falschen Vergleichen, so z. B. mit der Aufnahme der ostdeutschen Vertriebenen 1945 und 1946. Die damaligen Vertriebenen wurden samt und sonders von Polen, Tschechen und

Sowjets mit roher Gewalt aus ihrer Heimat ausgetrieben, in der sie trotz aller Kriegszerstörungen sonst gern geblieben wären. Die Vertriebenen flohen auch nicht in ein reiches, „gelobtes Land", um besser zu leben. Sie flohen in einen ebenfalls verwüsteten, verarmten Teil ihres eigenen Landes. Ihre Perspektive ergab sich aus ihrer Integrationsfähigkeit, aus ihrem Fleiß und ihrer Fähigkeit, das zerstörte Westdeutschland wieder mit aufzubauen. Alles das ist bei der übergroßen Mehrheit der heutigen Migranten nicht vorhanden. Es handelte sich damals einerseits um die Flucht innerhalb des eigenen Landes und andererseits um die Aufnahme von Landsleuten. Vielen deutschen Politikern und Medienschaffenden ist aber offensichtlich das Empfinden für die Besonderheit einer Solidarität unter Landsleuten abhanden gekommen.

Beschimpfungen und mangelhafte Berichterstattung

Die Mehrheit der deutschen Politiker und Medienleute lenkt mit der Beschimpfung von Kritikern und den Klagen über Ausländerfeindlichkeit vom eigentlichen Problem, der außer Kontrolle geratenen Massen-Zuwanderung, ab. Ausländerfeindlichkeit ist hässlich, aber verglichen mit der derzeitigen Problem-Massierung nur ein sehr bedauerlicher „Kollateralschaden". Zuwanderungskritik ist etwas anderes. Es fehlt das Reflektieren der Bedenken der Einwanderungskritiker. Sie werden in die rechtsradikale Ecke gestellt, „aus der Front der Demokraten" exkommuniziert, als „dumpfes" Pegida-Volk und „empathieloses Pack" beschimpft, des Populismus und des Rassismus bezichtigt, ihnen werden unberechtigte Ängste und Angstmache unterstellt, ihre Bedenken werden als „ideologischer Müll" bezeichnet oder sie werden anderweitig verunglimpft und gemobbt. Es fehlt dagegen jegliche Berichterstattung über die nachbarschaftlichen Unverträglichkeiten, die oft in der Nähe größerer Migranten-Ansiedlungen bestehen. Es gibt in den Medien keine Berichterstattung über die wirklichen Schwierigkeiten der Einfügung in die deutsche Gesellschaft. Es wird nicht über die Fälle von Angriffen und Beschimpfungen auf und von Polizei und Anwohner berichtet und nicht von Fällen von Vermüllung von Unterkünften und Straßen. Es gibt stattdessen entweder Schuldzuweisungen gegen deutschstämmige Deutsche oder Berichte über lobenswerte Beispiele deutscher Integrationshilfen. Die Realitäten dazwischen werden unterschlagen. Weiterhin wird manchmal falsch, manchmal manipuliert und nach meiner bisherigen Kenntnis nie rich-

tig und umfassend über die Kosten informiert, die ein Migrant (vor seiner Anerkennung als Asylant oder bis zu seiner Ausweisung) pro Monat durchschnittlich den Steuerzahler kostet: an Lebensunterhalt, Unterkunfts-Sanierung, Miete, laufender Reinigung der Unterkünfte, medizinischer Versorgung, Fahrrad, Handy, Wäsche, Taschengeld, Sprachunterricht, Gerichtskosten, Übersetzer-Kosten, Betreuer-Kosten, Polizei-Einsatzkosten, zusätzlichen Planstellen für zusätzliche Lehrer und die Bearbeiter von Registrierungen und Asylanträgen sowie die Rückführungen usw. In einer demokratischen Gesellschaft mit einer freien Presse hätte das längst offengelegt werden müssen. Dass dies nicht geschieht, erweckt den Anschein, dass alle Politiker Angst haben, ihre Wähler darüber zu informieren und dass die Medien zu gewissen Themen über die Presse- und Fernsehräte gelenkt werden.

Zuwanderungskritik

Die durch Beschimpfungen und Mediendruck nicht mehr öffentlich geäußerte Zuwanderungskritik entzündet sich vordergründig an dem zur Schau gestellten Verhalten etlicher Migranten. Sie hat aber auch eine grundsätzliche Dimension. Die vordergründige Kritik entzündet sich am unangemessenen Verhalten einiger Asylanten und in Deutschland verbleibender oder geduldeter Migranten. Es mag nicht häufig vorkommen, aber es „verbreitet" sich schnell auf dem Erzählweg. Ich nenne aufdringliches Macho-Verhalten, Missachtung von deutschen Frauen, z. B. Verhöhnung von Helferinnen, die den Toilettendreck der Migranten entfernen, Drogenhandel, Rempeleien und Schlägereien, überzogene Anspruchshaltung bei Behörden und Ärzten, mangelhafte Hygiene in den Unterkünften, das Verdrängen anderer Ethnien bis hin zur Drangsalierung deutschstämmiger Kinder in mehrheitlich migrantenstämmigen Schulklassen u.a.m.

Die grundsätzliche Dimension ist dagegen bedeutender. Es geht um den Charakter unseres Landes, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung unseres Volkes, um unsere politische Kultur und um unsere Selbstbestimmung als Gastgeber im eigenen Land. Weite Teile unserer Bevölkerung, wahrscheinlich eine Mehrheit der deutschstämmigen Deutschen, wollen ihr Land, ihre Identität und das Sagen im eigenen Land behalten. Diese Mehrheit will keine Auflösung der deutschen Nation in einer europäisch-asiatisch-afrikanischen Mischbevölkerung und keine Auflösung unseres Staats in einem Europa-Staat. Das haben

wir Jahrzehnte lang so gesehen, und das ist uns genauso lang von unseren Spitzenpolitikern versichert worden. Es hieß lange Zeit, dass die Bundesrepublik ein föderatives Europa anstrebt; von einem europäischen Staatsvolk und einem Europa-Staat war nicht die Rede. Aber bereits 1990 gab Herr Lafontaine aus seiner damaligen Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung und seiner Ablehnung der damit verbundenen Stärkung Deutschlands die Gegenrichtung vor. Er sagte in einem Vortrag: „Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Deshalb müssen wir uns von dem völkisch orientierten Nationenbegriff lösen." Dahingegen bekundete der Vizepräsident der EU-Kommission Sir Leon Brittan im Oktober 1996: „Der deutsche Bundeskanzler Kohl hat uns zugesagt, dass er keine Vereinigten Staaten von Europa anstrebt, und dass die Nationen erhalten bleiben." Drei Jahre später Bundespräsident Rau: „Eine Europäische Föderation wäre nicht darauf angelegt, die Nationalstaaten verschwinden zu lassen." (4.11.1999). Innenminister Schönbohm (Brandenburg): „Ich glaube, die Nation ist ein ganz wichtiger Identifikationsrahmen in der Geschichte, Schicksalsgemeinschaft, Staatsvolk, Kultur und gemeinsame Zukunftsgestaltung." (26.3.1999) Die seit ein paar Jahren betriebene Vergemeinschaftung innerhalb der EU zielt aber eindeutig auf einen gemeinsamen Staat und auf eine Mischung der Landesbevölkerungen bis zum Verschwinden ihrer nationalen Eigenschaften und Identitäten. Der 2014, wie von lenkender Hand gesteuert, einsetzende Migranten-Strom verändert nun auch das Staatsvolk Deutschlands in einer Geschwindigkeit, die keine Integration und Assimilation der Neubürger mehr zulässt. Nach ungefähren UNHCR-Prognosen und einer genaueren des Prof. für Militärdemographie, Heinsohn, am NATO Defense College (Rom) kommen bis 2050 etwa 950 Millionen Migranten aus Afrika und aus dem Nahen Osten auf Europa zu. Wenn sich ein Drittel davon in Deutschland ansiedelt, verändert das unser Staatsvolk von Grund auf. Pikanterweise erinnert dieser Prozess an eines der amerikanischen Kriegsziele von 1945, „Der Abschaffung der Reinrassigkeit in Deutschland".

Sie, Frau Dr. Merkel, sagen heute: „Deutschland und Europa werden sich verändern". Sie sagten aber noch im November 2004: „Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert" Ihre Anpassung in dieser Hinsicht zeugt von Resignation oder von Prinzipienlosigkeit. Bitte verstehen Sie, dass ein großer Teil der deutschstämmigen Deutschen Ihren Sinneswandel nicht mit vollziehen kann und will. Viele Bürger

wollen, dass sie, ihre Kinder und Kindeskinder der dominierende Bevölkerungsteil im eigenen Lande bleiben. Sie sehen in der anrollenden Völkerwanderung eine kalte Eroberung. Viele sind überzeugt, dass die Worte unseres Altkanzlers Schmidt der nahenden Realität entsprechen: „Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."
Es gibt keine Vertretung der konservativen, das Staatsvolk und die Rechtsordnung bewahrenden Deutschen mehr in den Volksparteien. Diese Wählergruppe ist heute ohne Stimme, und sie gehört inzwischen mehrheitlich zu den Wahlverweigerern. Die deutschen Politiker sollten diesen Umstand in ihrem Willkommens-Hype nicht übersehen, so wie die vielen Wiedervereinigungsgegner von vor 1998 und die Mehrzahl der Medien die tatsächliche Stimmung für eine Wiedervereinigung falsch eingeschätzt haben. (Ablehnend: Lafontaine, Schröder, Bahr, Hans Jochen Vogel, Brandt, Bölling, Glotz, Steinkühler, Joschka Fischer, Jürgen Schmude u.a.m.) Bitte verkennen Sie auch nicht, dass die hässlichen Gewalttaten gegen Migranten-Wohnheime nur die unschöne Spitze eines unter Wasser großen Eisbergs seriöser Sorgen sind.

Belastungen contra Bereicherung
Regierung und Medien bemühen sich, der deutschen Bevölkerung den Zuzug von Migranten in großer Zahl als kulturelle Bereicherung, als Hilfen für den Arbeitsmarkt und als Ausgleich für den derzeitigen Bevölkerungsschwund anzupreisen und eine „Veränderung Deutschlands und Europas" wie etwas Positives erscheinen zu lassen. Es wird verschwiegen, dass diese Vorteile nur begrenzt zutreffen, und es wird vor allem völlig unterschlagen, dass der Zuzug von Migranten in großen Zahlen auch erhebliche Nachteile für die deutsche Bevölkerung und den deutschen Staat mit sich bringt, dies vor allem, wenn der Migranten-Zulauf weiter unvermindert anhält. Es seien erwähnt:

- die Missstimmung in einer großen Zahl anderer EU Staaten über Deutschlands Vorpreschen mit seiner Migranten-Aufnahme und über den von ihm ausgeübten Druck zur Übernahme von Migranten nach einer Quote,
- das Bilden weiterer Parallelgesellschaften durch nicht gelungene Integration (Hierauf hat Brandenburgs Innenminister Schönbohm schon 1999 hingewiesen.),

- das Abgleiten weiterer Stadtteile in Zonen außerhalb deutschen Rechts und deutscher Polizeigewalt,
- der überproportionale Zuzug von in den Arbeitsmarkt nicht vermittelbaren Migranten bei unterproportionalem Zuzug von arbeitsmarkttauglichen Migranten,
- dadurch die Zunahme der Armen und der Armut in Deutschland,
- das Absenken der durchschnittlichen Pisa-Vergleichs-Ergebnisse für die Kinder der Wohnbevölkerung in Deutschland,
- die anwachsenden Sozialkosten und Transferleistungen in nicht abschätzbarem Ausmaß,
- dadurch zunehmende Belastungen für die öffentlichen Haushalte und deren erneute Verschuldung,
- die weitere Desintegration der deutschen Bevölkerung,
- das „Einwandern" von Antisemitismus und von ethnischen und religiösen Konflikten aus den Herkunftsländern,
- die Überlastung des Schulwesens,
- das Entstehen einer „Sozialblase" durch den weiter wachsenden Bedarf an Sozialarbeitern, Angestellten der Arbeitsämter und Sozialbehörden, Betreuern, Sonderlehrern, Kita-Mitarbeiterinnen, Gefängnispersonal usw.,
- das Bilden eines neuen Großstadtproletariats aus arbeits- und beschäftigungslosen, nicht integrierten Migranten und abgelehnten, abschiebebedrohten und untergetauchten Asylbewerbern, deren hohe Erwartungen an Deutschland sich trotz eines anfangs herzlichen Willkommens nicht erfüllt haben,
- die verdeckten und leichteren Einreisemöglichkeiten für Extremisten und Terroristen und
- die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte und von Akademikern aus „armen" Staaten, die aus Sicht der Herkunftsländer dort zu Fortschritt und Lebensstandard beitragen müssten. Dies wirkt der deutschen Entwicklungshilfe entgegen.

Zu der hier kritisierten Darstellung der Zuwanderungsfolgen durch Regierung und Medien muss man bemerken, dass die ganze Lüge bei der halben Wahrheit anfängt.

Asyl

Nach Artikel 16a des GG genießen „politisch Verfolgte" Asylrecht in Deutschland und für abgelehnte Asylsuchende gibt es in bestimmten

Fällen Abschiebeverbote. Soweit ergänzende Ausführungsbestimmungen, Gesetze und Urteile den Kreis der „politisch Verfolgten“ erweitert haben, können diese Gesetze und Bestimmungen geändert werden und ergangenen Urteilen, auch des Bundesverfassungsgerichts, können in einer neuen Lage neue Urteile nachfolgen. Auch bei früheren, anderen Änderungen der politischen „Großwetterlagen“ hat das Bundesverfassungsgericht das GG neu interpretiert und der Bundestag in Grundsatzfragen Kehrtwendungen gemacht, z. B. zu den Bundeswehreinsätzen im Ausland. Durch den 2015 einsetzenden Massen-Ansturm von Migranten ist wieder eine neue Großwetterlage für Deutschland entstanden. Die Zahl der Asylanträge ist sprunghaft angestiegen. Zwei Drittel der abgelehnten Antragsteller gehen mit Berufungen in den oft Jahre dauernden Gerichts-Instanzenweg. Deutsche Gerichte können sich wegen der Überlastung nur noch unzureichend mit den Rechtsverfahren deutscher Parteien befassen. Hohe Prozess- und Dolmetscherkosten belasten den deutschen Steuerzahler. Die verursachte jahrelange Dauer der Asylverfahren führt in der Regel anschließend zur Aufenthaltsduldung der Antragsteller oder diese tauchen mit großer Mehrheit unter, um einer Abschiebung zu entgehen. Abschiebehindernisse sind oft nicht zu überprüfen oder sie sind fragwürdig. Warum z. B. dürfen junge Eritreer, die ihren langen Nationaldienst im Heimatland nicht leisten wollen, nur deshalb nicht abgeschoben werden, weil sie bei Rückkehr dafür bestraft würden. Internetportale geben Argumentationshilfen für Asylanträge. Angaben über Herkunftsstaaten sind oft nicht zu verifizieren. Syrische Pässe werden gehandelt. So ist eine Grauzone um ein edles Grundrecht entstanden, in der deutsche Dienststellen für Asylverfahren und Gerichte jetzt und vorhersehbar in Zukunft überfordert sind. Politiker-Aussagen wie, „Asyl hat keine Obergrenze“ oder „Wir wollen Asylrecht nicht verschärfen. Wir wollen freiwillig zurückführen“ sind angesichts der Lageentwicklung weltfremd. Das Asylrecht soll, wie im GG formuliert, Bestand haben, aber die deutsche Asyl- und Abschiebe-Praxis müssen der neuen Lage angepasst werden.

Ich bitte Sie, eine Änderung der Gesetze und Bestimmungen zu erwirken, die den Kreis der anerkannten Asylanten wieder auf wirklich „politisch Verfolgte“ begrenzt, wie das GG es vorsieht, eine Änderung, die Abschiebeverbote auf drohende Lebensgefahr begrenzt und Berufungen und Revisionen zu den Verfahrens-Erstentscheidungen ausschließt.

Europäische Lösung

Eine nachhaltige Lösung, die inzwischen nicht mehr beherrschbare Völkerwanderung nach Kern-Europa zu beenden, muss eine europäische Lösung sein. Ein „Europäischer Verteilerschlüssel" für Migranten ist aber keine Dauerlösung für das eigentliche Problem. Er ist außerdem ein illegitimer Eingriff in die Souveränität der europäischen Staaten. Auch die bisherige, nachgiebige deutsche Haltung gegenüber der Migranten-Wanderung ist unter den 28 EU-Staaten, wie sich zeigt, nicht konsensfähig. So wie ein deutscher EU-Abgeordneter gefordert hat, dass Deutschland ein Vorbild als Aufnahmeland geben soll „und den anderen anbieten soll, sich anzuschließen", so fordere ich, dass Deutschland mit einer zukunftsfähigen, stringenten Haltung ein Vorbild für ein Unterbinden der Völkerwanderung setzt, das die anderen EU-Staaten zum Mitmachen anreizt. Die erkennbare Tendenz unter anderen EU Staaten ist dazu bei Großbritannien, Frankreich, Polen, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Griechenland, Italien und vermutlich weiteren Staaten vorhanden. Der damalige Bundespräsident Johannes Rau hat 1999 in einer bedeutenden Rede gefordert, die deutsche Europa-Politik solle sich auch an den Vorstellungen unserer europäischen Nachbarn orientieren. Heute fordert ein Landes-Ministerpräsident: „Nicht wir müssen uns von Positionen verabschieden, sondern die anderen." Ich neige Altpräsident Rau zu. Viele andere Regierungen mit schwierigen Erfahrungen mit Massenzuwanderungen aus ihren früheren Kolonien oder mit großen ethnischen Minderheiten sehen die auf sie zukommenden Probleme, die eine neue Zuwanderung für ihre Länder mit sich bringt, realistischer und äußern sie ehrlicher als die Mehrheit der deutschen Politiker. Deutschen Politikern ist eine Klarsicht in der Migranten-Frage nach ihren vielen Fehlprognosen und nicht eingehaltenen Versprechungen vor der Wiedervereinigung, vor der Einführung des Euro und zu Beginn der Griechenland-Finanzkrise nicht mehr zuzutrauen. Auch insofern ist der Vorwurf des ungarischen Ministerpräsidenten nicht unberechtigt, die Massenzuwanderung sei ein deutsches Problem. Deutschland hat seit vielen Jahren weltweit signalisiert, dass Zuwanderer willkommen sind, und zwar unterschiedslos.

Der augenblickliche Beifall des amerikanischen Präsidenten und des englischen Ministerpräsidenten zur plötzlichen Grenzöffnung für die in Ungarn „aufgestaute" Migranten-Menge belegt nicht das Gegenteil.

Beide Präsidenten haben ein Interesse an einer weiteren Durchmischung und Desintegration der deutschen Bevölkerung und damit an einer Schwächung Deutschlands gegenüber ihren eigenen Staaten. Deutschland muss in der EU eine Vorreiterrolle für ein Unterbinden der Völkerwanderung übernehmen und nicht weiter auf eine EU-Entscheidung warten.

Unzulängliche und ungeeignete Vorschläge

Die augenblicklichen Bemühungen der Kommunen, Länder, des Bundes und der EU richten sich auf die Bewältigung der derzeitigen Migranten-Zuwanderung. Obwohl erkennbar ist, dass der heutige Migranten-Strom der Beginn eines Dauerzustands ist, ist nirgendwo in der Politik ein Ansatz zu einer nachhaltigen Lösung des Problems zu erkennen. So gut wie kein Politiker zeigt bisher die Weitsicht und die Courage, unser neues Dauerproblem anzusprechen und nachhaltige Lösungen zur Beendigung der neuen Völkerwanderung vorzuschlagen und sie anzustreben. Die nachfolgenden Vorschläge aus den Reihen deutscher Politiker und Parteien sind allesamt untaugliche Versuche, das eigentliche Problem zu lösen und der offensichtliche Versuch, von ihm abzulenken:

- Quoten für die 28 EU-Staaten lösen das Mengenproblem einer Völkerwanderung nicht.
- Die deutsche Forderung nach europäischer Solidarität ist nur minimal erfolgversprechend.
- Legale Wege für Migranten schaffen zwar eine humane Erleichterung für die, die unterwegs sind, und stören den Schleppern die Geschäfte, aber auch sie lösen das Mengenproblem der Migration nicht, sie verstärken es stattdessen.
- Ein „Beschäftigungs- und Ausbildungs-Korridor“ aus dem Balkan nach Deutschland befreit uns nicht vom Zuwanderungsdruck. Selbst wenn deutsche Arbeitsämter in den Herkommens-Ländern die für den deutschen Arbeitsmarkt geeigneten Bewerber auswählen würden, kämen andere weiterhin auf „illegalen“ Wegen.
- Seenotrettung im Mittelmeer ist eine humanitär unumgängliche Maßnahme, aber auch sie löst das Mengenproblem einer Völkerwanderung nicht. Sie verstärkt es eher.
- Deutsche Unterstützung Griechenlands und Ungarns bei der Aufnahme und Registrierung lindert zwar die Not der dort wartenden

Migranten, aber sie verstärkt eher den Anreiz für weitere Migranten, als dass sie bremst.

- Die Vorschläge, bessere Aufnahmeeinrichtungen bereitzustellen, unserer Willkommenskultur zu stärken und Wohnungen für Migranten zu bauen, nehmen zwar den Druck von den angekommenen Migranten, aber sie erzeugen nur Anreize für immer neue Migranten.
- Mit der „ganzen Härte des Gesetzes gegen rechtsradikale Gewalttäter vorzugehen". Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber keine Lösung des Problems.
- Auch der Vorschlag eines Parteichefs „Der Bund muss dauerhaft mehr Kosten übernehmen." wirkt angesichts der Lage ziemlich hilflos.
- Der Vorschlag eines Zuwanderungsgesetzes ist mindestens 30 Jahre alt. Dass wir keines haben, zeugt davon, dass die Parteien sich nicht einigen können, was sie damit bezwecken wollen.
- Ein Vorschlag der EU Kommission, 1,8 Milliarden Euro für Projekte in Afrika zur Verfügung zu stellen, um dort Not zu lindern, verschließt die Augen vor der dortigen Bevölkerungsexplosion und der Wirkungslosigkeit der vielen schon bisher dorthin transferierten Milliarden.

Vorwurf und Bitte

Was wollen Sie der deutschen Bevölkerung noch alles zumuten? Reichen die verspielten Milliarden für die Griechenland-Finanzhilfen und die meiner Meinung nach damit begangene Konkursverschleppung nicht? Ist Ihnen die Verkaufszahl für das Sarrazin-Buch „Deutschland schafft sich ab" mit 1,5 Millionen Exemplaren in kürzester Zeit keine Warnung gewesen? Wollen Sie die nachfolgenden Generationen in unserem Land noch mit weiteren Transferleistungen und Sozialkosten belasten? Schrecken Sie die rund 50% Nichtwähler nicht, die Ihnen bei jeder Wahl den Rücken zeigen? Wollen Sie Ihre politische Legitimation durch einen weiteren Anstieg der Nichtwähler-Prozente weiter untergraben?

Ich bitte sie dringend, zu erwirken,

- dass die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,

- dass der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird, (In der Schweiz sind Asylverfahren in der Regel binnen 48 Stunden abgeschlossen.)
- dass die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- dass die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, (Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, dass Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote „auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück.)
- dass Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und dass Angehörige aus diesen Staaten und Gebieten ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden, und dass dies in den Herkunftsländern bekanntgemacht wird,
- dass nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden,
- dass die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird, (Auswahl nach jährlichem deutschem Zuwanderungsbedarf, deutschen Sprachkenntnissen, Berufserfahrung und Bedarf am Beruf in Deutschland, Bildungsstand und Alter. Australien und Dänemark haben ähnliche Aufnahmekriterien) und
- dass Sozialleistungen, außer Witwen- und Waisenrenten, für die im Heimatland der Migranten und Asylanten verbliebenen Familienangehörigen gestrichen werden.

Bitte schieben Sie das Problem nicht in Erwartung einer EU-einheitlichen Lösung vor sich her. Gehen Sie voran. Sie können sicher sein, dass sich viele EU-Staaten schnell der vorgeschlagenen Regelung anschließen werden, und dass die sehr umstrittene europäische Quotenregelung damit bald obsolet sein wird.

Sie sind eine deutsche Politikerin und zuerst dem Wohle des deutschen Volks verpflichtet, und Sie sollten nicht versuchen, mit dem Drängen

auf eine Quotenregelung schon wieder den „EU-Schwarzen Peter“ in die Hand zu nehmen.

Mit freundlichem Gruß
Ihr Gerd Schultze-Rhonhof

Der Autor hat diesen Brief auch „an etliche Bundes- und Länder-Minister, an alle Ministerpräsidenten der Länder und eine ganze Reihe von Bundestags-Abgeordneten geschickt.“ Er wurde auch ins Portal der SWG gestellt. Der Brief kann mit Herkunftsangabe ganz oder teilweise weitergegeben werden.

*

In einem zweiten offenen Brief vom 07.10.2015 bittet er die Bundeskanzlerin unter Schilderung der verschärften Lage um Rücktritt zugunsten von Horst Seehofer.

Aus der Schlossbauhütte Berlin
© Förderverein Berliner Schloss

Alternative für Deutschland – Schillstraße 9 – 10785 Berlin Berlin, 09.10.2015

Staatsanwaltschaft Berlin
Turmstraße 91
10559 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland (AfD)

erstatten wir gegen

Frau Dr. Angela Merkel - Bundeskanzlerin -
Bundeskanzleramt, Berlin

Strafanzeige

wegen

Verstoßes gegen § 96 Abs. 1 Nr. 1 b) AufenthG - Einschleusung von Ausländern - sowie allen in Betracht kommenden rechtlichen Gesichtspunkten.

Begründung:

1. Sachverhalt

In den Tagen vor dem 3. September 2015 hielten sich in Ungarn, sowohl in der Hauptstadt als auch in Grenznähe zu Österreich, mehrere zehntausend Menschen auf, die mit der Absicht der Zuwanderung nach Deutschland über die sog. „Balkanroute“, aber auch andere „Fluchtrouten“, nach Ungarn gelangt waren. Die Mehrzahl dieser Menschen verweigerte eine Registrierung in Ungarn und machte sich zu Fuß in Richtung österreichischer Grenze.

Hierzu:
http://www.welt.de/politik/deutschland/article146071274/Steinmeier-Grenzoeffnung-nicht-zur-Praxis-machen.html

Am Freitag, 4. September, nahmen die ungarischen Regierungsstellen Kontakt mit Österreich auf, um zu vermeiden, dass hunderte österreichische Fluchthelfer, die sich in Ungarn befänden, verhaftet werden müssten. Dies hätte nationalem wie

internationalem Recht zum Schutz der Grenze entsprochen. Die österreichische Regierung ihrerseits kontaktierte die deutsche Bundesregierung.

Hierzu:
http://www.welt.de/politik/ausland/article146507736/Wer-die-historische-Grenzoeffnung-wirklich-ausloeste.html

Die Entscheidung zur Einreisegewährung „war in der Nacht zum Samstag zwischen Bundeskanzlerin Merkel und Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann abgestimmt worden“,

Hierzu:
http://www.n-tv.de/politik/Fluechtlingsaufnahme-sorgt-fuer-Koalitionsstreit-article15873786.html

Frau Merkel hat auch öffentlich eingeräumt, verantwortlich für die Einreiseentscheidung zu sein, Zitat: "Es war selbstverständlich, dass wir diese Entscheidung getroffen haben, und ich halte sie auch für richtig, sie hat vielen Menschen geholfen.", hierzu:

http://www.sueddeutsche.de/politik/merkel-zu-fluechtlingspolitik-dann-ist-das-nicht-mein-land-1.2648819.html

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 4. Oktober gab Frau Merkel an, sie „würde ihre Entscheidung vom September wieder so treffen“, was denknotwendig voraussetzt, dass sie diese Entscheidung in der Vergangenheit bereits einmal getroffen hat.

Hierzu:
http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/fluechtlingskrise-merkel-lehnt-aenderungen-am-asylrecht-ab-13837902.html

In der Folge dieser Gespräche entschieden Frau Merkel und die österreichische Regierung in der Nacht vom 4. auf den 5. September, den in Ungarn „festsitzenden Flüchtlingen“ den Grenzübertritt von Ungarn nach Österreich – insoweit eine Entscheidung des österreichischen Bundeskanzlers - sowie den Grenzübertritt von Österreich nach Deutschland – insoweit eine Entscheidung von Frau Merkel – zu erlauben.

Als direkte Auswirkung dieser Entscheidung von Frau Merkel reisten in den Tagen ab 4. bis ca. 6. September 2015 mehrere 10.000 Personen aus Ungarn nach Deutschland ein. Im weiteren Verlauf bis heute reisten in derselben Art und Weise mehrere 100.000 weitere Personen nach Deutschland ein.

2. Rechtliche Hinweise

Nach § 3 Abs. 1 AufenthG erfordert eine Einreise nach Deutschland einen gültigen Pass sowie nach § 4 AufenthG einen Aufenthaltstitel. Es ist offensichtlich, dass von

diesen zehntausenden Migranten viele über keinen Pass und niemand über ein gültiges Visum verfügte.

2.1
Die Visumpflicht besteht nach § 4 AufenthG dann nicht, wenn das Recht der europäischen Union etwas anderes bestimmt.
Nach europäischem Recht bestehen solche Ausnahmen u.a. für Unionsbürger, für Schweizer und für bestimmte Kurzaufenthalte bestimmter Staatsangehöriger. Die eingereisten Personen unterfallen keiner dieser Kategorien; vielmehr handelte es sich in ihrer Gesamtheit um Drittstaatsangehörige verschiedener Staaten, die sich zuvor überwiegend in Flüchtlingslagern in den Anrainerstaaten Syriens und Iraks aufgehalten haben. Jeder dieser Migranten unterfällt der Visumpflicht für eine Einreise nach Deutschland.
Allerdings bedürfen Asylbewerber keines Titels. Vielmehr ist Ihnen aufgrund nationalen Rechts zur Durchführung des Asylverfahrens der Aufenthalt im Bundesgebiet gestattet, § 55 Abs. 1 Satz 1 Asylverfahrensgesetz.

2.2
Migranten dürfen allerdings, soweit sie für den vorliegenden Fall aus Ungarn kamen, nicht nach Deutschland einreisen. Dies ergibt sich aus Folgendem:

Zum Recht der europäischen Union zählt u.a. die „Verordnung EU 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist“ (Dublin-III-Verordnung).

Nach § 3 der Dublin-III-Verordnung prüfen die Mitgliedstaaten jeden Antrag auf internationalen Schutz, den ein Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats einschließlich an der Grenze oder in den Transitzonen stellt. Es ist offensichtlich, dass eine Person sich nicht aussuchen kann, welcher der Signatarstaaten seinen Antrag zu prüfen hat. Vielmehr wird der Antrag nach § 3 Satz 2 Dublin-III-Verordnung von einem einzigen Mitgliedstaat geprüft, der nach den Kriterien des Kapitels III als zuständiger Staat bestimmt wird - hier Ungarn. Hat eine Person somit ungarischen Boden betreten, ist ausschließlich Ungarn zuständig. Ein Fall des Selbsteintrittsrechts nach Abs. 2 Satz 2 Dublin-III-Verordnung (systemische Schwachstellen) liegt offensichtlich im Fall Ungarns nicht vor. Ein Selbsteintrittsrecht für Deutschland kann Frau Merkel auch als Bundeskanzlerin nicht eigenmächtig schaffen.

Nach der o.g. Entscheidung von Frau Merkel vom 4./5. September überschritten tausende Personen die ungarisch-österreichische und anschließend die österreichisch-deutsche Grenze in Richtung Deutschland. Bei Österreich als Mitglied der EU handelt es sich um einen „sicheren Drittstaat“ im Sinne Art. 16 a Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz.
Einem Ausländer ist zwingend nach § 18 Abs. 2 Nr. 1 und 2 AsylVfG die Einreise zu verweigern, wenn er aus einem sicheren Drittstaat i.S. Art. 16 a GG einreist oder wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein anderer Staat auf Grund von

Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaft für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig ist.
Beides war der Fall. Tausende Personen reisten aus Österreich ein, einem sicheren Drittstaat, die zuvor aus Ungarn, einem ebenso sicheren Drittstaat, kamen. Anhaltspunkte, dass Ungarn für die Bearbeitung des Asylverfahrens zuständig ist, lagen nicht nur vor, vielmehr war das offensichtlich. Zwar richtet sich § 18 AsylVfG an die Bundespolizei im Rahmen der Grenzsicherung. Allerdings ist ebenso offensichtlich, dass der Bundeskanzlerin nicht erlaubt sein kann, was der Bundespolizei strikt verboten wäre, wenn sie Grenzkontrollen durchführen würde, nämlich die Einreise von Ausländern aus sicheren Drittstaaten zuzulassen. Genau das hat Frau Merkel aber getan.

2.3
Eine Ausnahme von § 18 Abs. 2 Nr. 1 und 2 AsylVfG könnte allerdings im Fall einer sog. „Ministeranordnung“ nach § 18 Abs. 4 Nr. 2 AsylVfG vorliegen. Danach könnte von einer Einreiseverweigerung erst dann abgesehen werden, wenn dies das Bundesministerium des Innern aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland angeordnet hat. Möglicherweise hat der Innenminister am 13. September anlässlich der öffentlich verlautbarten Wiedereinführung von Grenzkontrollen eine entsprechende geheime Anordnung erlassen. Damit hätte verhindert werden können, dass die Beamten der Bundespolizei dem Vorwurf einer Straftat oder eines Dienstvergehens ausgesetzt werden, falls die Polizeibeamten die Einreisewilligen aus dem sicheren Drittstaat nicht zurückweisen, sondern passieren lassen. Diese Information war der BILD-Zeitung vom 20.September 2015 zu entnehmen, konnte allerdings weder über seriöse Quellen verifiziert werden noch wurde ihre Existenz offiziell bestätigt.

Selbst für den Fall, dass diese Anordnung am 13. September erlassen worden wäre und von Frau Merkel als Rechtfertigungsgrund vorgebracht würde, könnte sich Frau Merkel, zumindest für den Zeitraum zwischen 5. und 13. September, nicht damit entlasten. Für diesen Zeitraum hat Frau Merkel die Einreise von mehreren zehntausend Personen rechtswidrig zugelassen.

Wir bitten um Mitteilung, unter welchem Aktenzeichen das Verfahren geführt wird.

……..	……
Dr. Frauke Petry	Dr. Alexander Gauland

Jakob Tscharntke[1]

Der Christ und der Fremde

Liebe Brüder und Schwestern, liebe Gäste,
wir wenden uns heute dem aktuellen und höchst emotionsgeladenen Thema „Zuwanderung“ zu.
Gibt es da von christlicher Seite überhaupt etwas zu diskutieren? Ist nicht ganz selbstverständlich, daß Christen alle Menschen lieben, deshalb allen Menschen helfen und Zuwanderer egal woher und welchen Glaubens in unbegrenzter Zahl in Deutschland willkommen heißen müssen?
So oder so ähnlich wird von kirchlicher und freikirchlicher Seite in diesen Tagen zuhauf argumentiert: Die Bibel predigt die Botschaft der Liebe. Wer Einwände gegen die Zuwanderung erhebt, der zeigt, daß er nicht liebt, zumindest nicht die Zuwanderer, und demnach gar kein wirklicher Christ sein kann. Ein römisch-katholischer Priester in Norddeutschland hat deshalb Zuwanderungskritiker gar direkt aufgefordert, aus der Kirche auszutreten.
An „biblischen Belegen“ für diese Sicht fehlt es natürlich nicht. Da wird auf das Liebesgebot und das der Nächstenliebe ganz allgemein und auf das der Feindesliebe im Besonderen hingewiesen. Wobei ich mich frage: Haben die, die das Letztere tun, nämlich auf die Feindesliebe hinweisen, bedacht, daß sie damit die Zuwanderer als unsere – zumindest potentiellen – Feinde bezeichnen?
Der Hinweis auf den barmherzigen Samariter darf nicht fehlen und erst recht nicht die alttestamentlichen Bestimmungen zum Umgang mit dem „Fremden“. ***„Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn ihr seid auch Fremdlinge in Ägyptenland gewesen“*** (2.Mose 22,20). Oder ***„Der Herr hat die Fremdlinge lieb!“*** (5.Mose 10,18). Wie kann man also bei einer solchen Wucht „biblischer Belege“

1 Pastor Jakob Tscharntke, Evangelische Freikirche Riedlingen (efk-riedlingen.de), 2 Predigten zur Frage ***Wie gehen wir als Christen mit der Zuwanderungsproblematik um?***
Hier die 1. Predigt v. 4. Oktober 2015, um Rhetorisches gekürzt.
http://www.efk-riedlingen.de/predigtarchiv/7-12.2015/128/04.10.15%20J.Tscharntke%20Jesaja1.2-7%20Der%20Christ%20und%20der%20Fremde%20128KBit.mp3

anders, als alle Herzen und Türen in Deutschland weit aufzureißen, und alle Zuwanderer willkommen heißen, seien es nun echte Asylsuchende, Wohlstandstouristen oder auch muslimische Terroristen – denn schließlich sollen wir ja auch die Feinde lieben!
Sagt Gottes Wort das wirklich?
Zunächst halten wir fest:
Ja, Christen lieben alle Menschen! Ja, Christen lieben alle Menschen! Aus einem mindestens zweifachen Grund. Denn ausnahmslos alle Menschen sind von Gott zu seinem Ebenbild geschaffen. Jeder einzelne Mensch, ganz unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Hautfarbe und seiner Rasse, hat einen einzigartigen Wert und eine einzigartige Würde, die ihn über alle anderen Geschöpfe dieses Universums hinaushebt. Wir Menschen sind von Gott in der Ordnung sogar höher gestellt als die Engel. Wir sind zu seinem Ebenbild geschaffen. Man kann es wirklich so sagen: Wir sind von einer einzigartigen Würde. Verliehen von Gott. Die uns über alle anderen Geschöpfe des Universums hinaushebt. Nur Gott steht über uns, was die Würde und den Wert anbelangt. So sagt es die Bibel. Das ist das Erste, von der Schöpfung her. Mit einer ganz einzigartigen Würde sind wir versehen. Jeder Mensch, ob rot, ob gelb, ob weiß, ob schwarz.
Und jeder Mensch ist von Gott geliebt. Das sehen wir in Jesus. Für jeden Menschen ist Jesus am Kreuz gestorben. Jeder einzelne Mensch ist teuer erkauft, nicht mit Gold oder Silber, sondern mit dem heiligen, teuren Blut Jesu. Für jeden hat Jesus das Heil vollbracht. Für jeden stehen die Tore ins Himmelreich sperrangelweit offen. Jeden sollen wir einladen, dieses Heil anzunehmen. Daß sie nicht eines Tages zufallen, wenn der Herr wiederkommt, und viele draußen stehen. Alle sollen mit Jesus zu leben, heute schon auf dieser Erde und erst recht in der himmlischen Herrlichkeit. Alle – ob Deutsche, Franzosen, Russen, Syrer, Nigerianer oder was es sonst an Rassen und Nationen auf dieser Erde geben mag. Christen liebe alle Menschen.
Heißt das aber auch, daß wir alle bei uns aufnehmen müssen? Sehr häufig kommt ja genau diese Schlußfolgerung, fast automatisch.
Laßt mich den Sinn oder Unsinn dieser Frage an einem praktischen Beispiel veranschaulichen:
Nehmen wir an, ich habe ein schönes nettes Einfamilienhaus mit 100 m² Wohnfläche samt Garten, 1 Bad, 1 Toilette, 1 Fernseher und 2 Liegestühlen. Nun gibt es in meinem Umfeld 10 000 Notleidende,

die ich alle als Christ von Herzen liebe. Also lade ich sie ein, bei mir zu wohnen, und sie an dem, was Gott mir geschenkt hat, teilhaben zu lassen. 200 von ihnen kommen tatsächlich. Ich bin begeistert. Ich liebe diese Menschen. Ich will ihnen helfen. Jetzt sind sie da. Super!!! Ich bekomme sie auch alle in meinem Häuschen unter, eng nebeneinandergestellt oder 3lagig übereinanderliegend gestapelt. Platz ist schließlich in der kleinsten Hütte! „Wir schaffen das!"
Bald aber wird's im Wohnzimmer laut: 50 streiten sich vor dem Fernseher, welches Programm angeschaut werden soll. Die ersten werden schon handgreiflich. Auch vor der Toilette gibt es Rangeleien, weil 15 gleichzeitig dringend „müssen". In der Küche versuchen derweil 25 meiner Gäste mit 5 Töpfen und *3 Pfannen auf meinem 4-Plattenherd 15 verschiedene Nationalgerichte zu kochen. Die ersten Scheitel werden gerade mit Hilfe meiner Pfannen neu gezogen. In den Schlaf- und Gästezimmern herrscht Gekreische, Füßestampfen und die ersten Messer werden gewetzt, weil der Verteilkampf um mein Bett, die Gästecouch und zwei Luftmatrazen eingesetzt hat. Schließlich naht die Nacht!*
Ich brauche dringend frische Luft. Nichts wie raus in die stille Beschaulichkeit meines Gartens. Dort fliegen schon die Fäuste. Meine Zaunlatten und Gartenpfosten werden als Waffen geschwungen. In einer Ecke sehe ich, wie einer den Hahn seines Revolvers spannt. Denn die 75, die gerade nicht am Fernseher, in der Küche, vor der Toilette sowie im Schlaf- und Gästezimmer am Klären ihrer Bedürfnisse sind, die „klären" gerade, wer von ihnen es sich auf den zwei Liegestühlen im Garten bequem machen darf.
Wir könnten das Szenario noch zwei Wochen oder auch 4 Monate gedanklich fortsetzen. Versetzt Euch möglichst mitfühlend in die Lage des liebevollen und gastfreundlichen Hausherrn! Und stellt Euch vor: in den kommenden Wochen stellen sich von den eingeladenen 10000 Notleidenden noch weitere 500 ein …!
Ich denke, ich kann hier einen Schnitt machen: Wer so handelt, der liebt nicht, der hilft auch nicht! Der vermehrt vielmehr Chaos und Unfrieden ins nahezu Grenzenlose!
So etwas kann nicht von Gott gewollt sein. Denn Gott will Frieden, und nicht Chaos und Bürgerkrieg! Schon allein deshalb sollte es für jeden denkenden Christenmenschen von vorneweg klar sein, ohne daß er dazu auch nur ein einziges Mal zusätzlich ins Wort Gottes schauen muß. So etwas kann nur von der Macht der Finsternis kommen, von

Satan, vom Teufel. Denn der Teufel ist der Diabolos, der große Durcheinanderbringer und Unruhestifter. Wenn der ein solches Chaos sieht, der reibt sich begeistert die Hände. Und in Deutschland reibt er sich in diesen Tagen gewaltig die Hände!
Damit zu dem, was Gottes Wort wirklich sagt.
Worin liegt der grundsätzliche Irrtum derer, die bei der derzeitigen Invasion nach Deutschland mit Argumenten wie der Nächstenliebe oder dem barmherzigen Samariter daherkommen?
Diese Menschen begehen einen sogenannten „*Kategorienfehler*“. Diesen Begriff dürft Ihr Euch durchaus merken. Solche Kategorienfehler sind weit verbreitet, sogar in der Wissenschaft. Obwohl die es definitiv besser wissen müßten, und stiften in der Regel eine Menge Verwirrung. Häufig werden sie auch ganz bewußt eingesetzt, gerade auch in der Wissenschaft, um Behauptungen scheinbar zu beweisen und andere gezielt für dumm zu verkaufen.
Ein solcher „Kategorienfehler“ liegt vor, wenn ich eine Aussage, die in einem bestimmten Zusammenhang gilt, auf einen ganz anderen Zusammenhang übertrage, und so tue, als würde sie dort genauso gelten.
Ich veranschauliche das gerne mit folgendem Beispiel:
Nehmen wir an, ich hätte vor 20 Jahren unsere Kinder, als sie noch klein und süß waren – jetzt sind sie nur noch süß – losgeschickt, um 5 Brezeln und 10 Wecken zu kaufen. Sie gehen los mit dem Geldbeutel und der Einkaufstasche, und kommen zurück - nach 20 Jahren. Im schicken roten Ferrrari fahren sie vor. Ich frage sie: „Wo um Himmels willen wart Ihr denn so lange? Was habt Ihr bloß gemacht?“ Sie antworten ganz cool: „Wir haben ein weltweites Handelsimperium in Sachen Backwaren aufgebaut. Dazu hast Du uns doch losgeschickt“.
Ich staune und denke nach: Von <u>Backwaren</u> hab ich tatsächlich geredet. Brezeln und Wecken gehören zweifellos zu den Backwaren.
<u>Geld</u> habe ich ihnen auch gegeben. Und Handel ging es also auch. Bei uns bezahlt ja nicht das Landratsamt.
Also mit dem <u>Geld</u> und mit den <u>Backwaren</u> haben sie Recht. Aber hatte ich sie tatsächlich zum Aufbau eines weltweiten Handelsimperiums losgeschickt? Definitiv nicht. Sie sollten <u>5</u> Brezeln und <u>10</u> Wecken kaufen. Ein ganz exakt begrenzter Auftrag. Sie aber haben meinen ganz exakt begrenzten Auftrag auf eine ganz andere Ebene übertragen.
- Kategorienfehler!

Versteht Ihr, liebe Geschwister, das biblische Gebot der Liebe, der Bruderliebe, der Nächstenliebe und der Feindesliebe, einschließlich des Beispiels vom barmherzigen Samariter, betrifft die Ebene der persönlichen Begegnung. Wir sollen als Christen jedem Anderen in Liebe begegnen. Dieses Liebesgebot in all seinen Schattierungen sagt aber rein gar nichts darüber, ob und in welcher Zahl ein Volk Fremde in seinem Land aufnehmen muss. Kategorienfehler! Denn das Erste ist eine Frage der persönlichen Begegnung, der persönlichen Beziehungsebene. Und das Zweite ist eine Frage der politischen Ebene. Das sind zwei vollkommen verschiedene Dinge. Ich sage immer: wer das Eine mit dem Anderen in einen Topf schmeißt, der verwechselt Äpfel mit Goldhamstern. Man sollte vernünftigen Menschen zutrauen, daß sie Äpfel von Goldhamstern unterscheiden können.
Und Jesus hat im Gleichnis vom barmherzigen Samariter von einem gesprochen, der unter die Räuber gefallen war. Er hat definitiv nicht davon gesprochen, daß wir unser Land von einfallenden räuberischen Horden ausplündern lassen müssten. Ich sage es bewußt in dieser Formulierung. Wir müssen differenzieren. Ihr wißt, ich lege großen Wert auf maximale Differenzierung. Ganz gewiß gehören nicht alle, die in diesen Tagen zu uns kommen, zu räuberischen Horden. Aber wenn wir sehen, was und wie und in welchem Stil sie zum Teil gewaltsam in unser Land einfallen, dann ist diese Formulierung nicht völlig falsch. Und wenn wir noch das dazunehmen, was in den Medien nicht berichtet wird. Wenn nur ein Teil davon stimmt, es man im Internet mitbekommt, dann ist dieser Begriff vielleicht berechtigter, als die meisten, die nur aus dem Fernsehen und der Zeitung informiert sind, für möglich halten. Aber wir differenzieren. Wir wollen nicht alle über einen Kamm scheren. Es gibt bestimmt auch die, die wirklich asylbedürftig sind.
Gerade am Gebot der Feindesliebe sehen wir den Unterschied sehr deutlich zwischen der persönlichen und der politischen Ebene. Auch das Gebot der Feindesliebe besagt keineswegs, daß wir dem Bösen freie Hand lassen und ungewehrt freie Bahn machen müssten. Das sehen wir als Erstes bei Gott selbst. Liebt Gott die Feinde? Da müssen wir nicht lange überlegen. Selbstverständlich liebt Gott jeden Menschen. Auch die Feinde. Er liebt ja alle Menschen. Dennoch hat er Israel nicht nur das Recht auf Verteidigung gegeben, mit Waffengewalt, gegen eindringende Feinde. Er hat auch Kriege befohlen. Aktive Kriege. Er straft und richtet den Sünder, unter Umständen mit dem Tod. Die

Feindesliebe bleibt davon völlig unberührt, weil das zwei ganz verschiedene Kategorien sind. Denn Gott liebt auch den Feind, den er, weil dieser Böses tut, mit dem Schwert bestrafen muß. Das Eine hat mit dem Anderen nichts zu tun. Und wer meint, das Eine hätte mit dem Anderen zu tun, der muß sofort das gesamte Justizsystem abschaffen. Denn wir sollen doch alle lieben!

Das gilt auch für das Neue Testament! Wir haben als Lesung Römer 13,1-4 gehört. Gottes Wort stellt hier fest: „***Die Obrigkeit hat das Schwert, denn sie ist Gottes Dienerin, eine Rächerin zur Strafe für den, der Böses tut***." Martin Luther hat mehrere Schriften zu diesem Thema verfaßt, unter anderem zur Frage „*Ob Kriegsleute in seligem Stande sein können*". Kann man als Christ Kriegsdienst ausüben? Luther hat die Frage klar bejaht. Und Luther hat noch verschiedene andere Schriften dazu verfaßt, über gerechte und ungerechte Kriege und so weiter. Und er hat in all diesen Schriften ausgeführt, daß die Obrigkeit selbstverständlich nicht nur das Recht, sondern die gottgegebene Pflicht hat, ihr Volk vor Feinden zu schützen. Deshalb gibt es von Rechts wegen, auch nach christlichem Recht und Ordnung, Soldaten. Die ein Land gegen Feinde von außen schützen. Und zwar nicht nur mit freundlichen Worten, sondern mit dem Schwert – also mit Waffengewalt. Wer in diesem Zusammenhang mit der Feindesliebe argumentiert, der zeigt, daß er nicht weit denken kann, auch und erst recht nicht biblisch.

Ein christlicher Pazifismus kann sich auf das Wort Gottes definitiv nicht berufen. Sonst hätte Paulus schreiben müssen: „*Die Obrigkeit trägt Samthandschuhe, um das Böse zu hätscheln und zu tätscheln*." Das steht in meiner Bibel aber nicht da! Da steht: Die Obrigkeit hat das Schwert. Und mit dem Schwert wird getötet. Wenn ein Christ meint, sich, seine Frau und seine Kinder widerstandslos mißbrauchen und abschlachten lassen zu müssen – mag er das tun, dann gilt das ganz bestimmt und ganz ausdrücklich nicht für den Staat. Es gilt auch nicht für den persönlichen Bereich. Aber erst recht nicht für den Staat. Das wäre pure christliche Schwärmerei. Der Staat hat vor Gott die Pflicht, sein Volk vor dem Bösen zu schützen, notfalls auch mit Gewalt.

Ich fasse diesen ersten Teil zusammen: weder das Gebot der Liebe allgemein, noch das der Nächstenliebe und auch nicht das der Feindesliebe, verpflichtet uns, in unser Land einströmende Massen willkommen zu heißen. Und schon gar nicht, wenn sie das mit tun Gewalt

und unter Mißachtung unserer Gesetze und Ordnungen. Ich verweise dazu nur auf das, was unser Bundesinnenminister Thomas de Maiziere in diesen Tagen zum Verhalten etlicher, wenn nicht vielleicht sogar vieler Zuwanderer zu sagen hatte Und er erwähnt als Politiker ja auch nur politisch korrekt die Spitze des Eisbergs. Wenn sie mit Gewalt kommen, wenn sie unter Mißachtung unserer Gesetze und Ordnungen kommen, dann sind sie eher als Feinde, denn als notleidende Flüchtlinge wahrzunehmen.

Damit kommen wir zum nächsten Schlagwort, das uns heute von christlicher Seite allerorten um die Ohren gehauen wird: dem „Fremden". Was sagt die Bibel zum „**Fremden**"?

Als ich angefangen habe, dieser Frage nachzugehen, hätte ich nicht gedacht, daß die Bibel so unglaublich präzis differenziert und so glasklar in diese Situation hineinspricht, wie sie es tatsächlich tut.

Es gibt zu meinem fassungslosen Erstaunen, und ich muß dazusetzen: zu meinem nicht geringen Emöpren, tatsächlich Christen, die zum Stichwort „Fremder" das Neue Testament zitieren. Und zwar zum Teil sogar von recht hochrangiger Stelle. Sie weisen darauf hin, daß auch wir Christen auf dieser Erde „***Gäste und Fremdlinge***" sind. Und sie leiten daraus ab, daß auch wir den Fremdling im eigenen Land willkommen heißen müssen.

Jetzt darf ich es fast nicht sagen, ich sage es trotzdem: da geht mir als Theologe das Messer in der Tasche auf, wenn ich sowas höre. Warum bin ich an dieser Stelle nicht nur fassungslos?

Weil das wieder ein ganz besonders brutaler Kategorienfehler ist. Aber ein so offensichtlicher, daß man ihn eigentlich keinem Christenmenschen zutrauen sollte, und schon gar nicht irgendwelchen Theologieprofessoren. Denn in welchem Sinne redet das Neue Testament davon, daß wir „Gäste und Fremdlinge" sind?

In einem ganz geistlichen Sinne. In einem rein und ausschließlich geistlichen Sinne. Paulus zum Beispiel hatte sogar das römische Bürgerrecht. Er war politisch betrachtet alles andere als ein „Fremdling" im römischen Reich. Er hatte ein Bürgerrecht, um das ihn 99% der Leute, die im römischen Reich gelebt haben, beneidet haben, sich alle zehn Finger danach abgeschleckt hätten, sie hätten dieses Bürgerrecht des Paulus auch. Aber darum geht es hier eben gar nicht. Der Paulus war trotzdem ein Gast und Fremdling auf dieser Erde. Denn es geht hier um das geistliche Bürgerrecht. Und das haben wir als Christen nicht

hier, wir sind nicht Deutsche oder Holländer oder sonstwas. Wir sind Christen. Wir haben unser Bürgerrecht im Himmel. Geistlich betrachtet sind wir hier auf dieser Erde nur Nichtseßhafte und Durchreisende. So wären übrigens auch die griechischen Worte im Nenen Testament viel besser übersetzt. Fast alle griechischen Worte, die das Neue Testament in diesem Zusammenhang, haben mit dem „Fremden" nichts zu tun, sondern meinen die Nichtseßhaftigkeit, das Außerhaussein, weil unser Haus beim Vater im Himmel ist.
Der Begriff „Fremdling" kann übrigens auch im Neuen Testament gar nicht in diesem heute relevanten politischen Sinne gemeint sein. Denn die christliche Gemeinde ist im Neuen Testament eine verfolgte Minderheit. Sie besitzt nicht das geringste politische Mitspracherecht. Sie hat nicht die allerwinzigste gesellschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeit. Sie kann froh sein, wenn sie selbst halbwegs geduldet wird. Die Frage des Fremden, wie der in einer bestimmten politischen Situation behandelt werden soll oder nicht, ist im Neuen Testament komplett außeen vor. Der Blick des Neuen Testaments ist im Wesentlichen weggerichtet, im „Wegsehen auf Jesus", weg von den politischen und gesellschaftspolitischen Ereignissen auf dieser Erde hin auf den wiederkommenden Herrn und unsere Zukunft in der himmlischen Herrlichkeit.
Ganz anders sieht das im Alten Testament aus. Da haben wir ein Volk. Im Neuen Testament ist die Gemeinde Jesu ja kein Volk. Die ist zertreut. Die ist Diaspora. Im Alten Testament ist das ganz anders. Das Alte Testament sagt uns nun tatsächlich Einiges über den politischen Umgang mit dem Fremdling. Sehr differenziert und sehr deutlich. Nur fällt uns in den deutschen Übersetzungen diese Differenzierung nicht gleich auf. Das Alte Testament redet nämlich von zwei Arten von „Fremden". Luther hat versucht, dies in der Unterscheidung von „*Fremdling*" und „*Fremder*" wiederzugeben. Elberfelder unterscheidet manchmal zwischen „*Fremder*" und „*Ausländer*", hält diese Unterscheidung aber nicht konsquent durch. Für uns sind beide sprachliche Differenzierungen nicht wirklich erhellend. Denn alle drei Begriffe „*Fremdling, Fremder* und *Ausländer*" sind für uns fast bedeutungsgleich. In der Bibel bezeichnen die hier jeweils im Hebräischen und Griechischen verwendeten und unterschiedenen Begriffe einen wahrhaft gigantischen Unterschied.

Da ist zunächst der Fremdling, der auf hebräisch „**ger**“ genannt wird. Das sagt uns ohne gute Hebräischkenntnisse erst mal gar nichts. Das wird ganz anders, wenn wir die griechische Übersetzung des Alten Testaments dazunehmen, die Septuaginta (LXX). In der wird das hebräische Wort „ger“ nämlich fast durchgängig wiedergegeben mit dem Wort „*Proselyt*.“ Und jetzt müßte es mindestens bei manchen von uns schon „klick“ machen. Denn ein Proselyt ist im Judentum wer? Das ist ein Heide, einer aus den fremden Nationen, der ganz und gar zum Judentum übergetreten ist. Voll und ganz. Das heißt: das hebräische Wort „ger“ würden wir heute viel eher wiedergeben im alttestamentlichen Zusammenhang mit dem Stichwort „Jude mit Migrationshintergrund“. Das hat mit dem, was wir unter einem „Fremden“ verstehen, gar nichts zu tun.

Von diesem „ger“, diesem Juden mit Migrationshintergrund, fordert Gott totale Integration. Auch totale religiöse Integration, einschließlich der Beschneidung des ganzen Hauses, das sehen wir schon bei Abraham. Als Abraham das Gebot der Beschneidung bekommt, heißt's: auch der Fremdling in deiner Mitte soll beschnitten werden am 8.Tag. Diese totale religiöse Integration sehen wir auch im Blick auf das **Passahfest** in 2.Mose 12,43-49. Zunächst stellt Vers 43 dazu fest: „***Kein Fremder*** (αλλογενησ = wörtlich: Fremdgeborener;) ***soll davon essen***“. Fremde bleiben draußen! Hier ist zunächst vom Fremden im neutralen Sinne die Rede. Dann fährt Gottes Wort fort „***Wenn sich aber ein Fremdling*** (LXX „προσηλυτοσ“ – hebräisch: wieder „ger“) ***bei dir aufhält*** – nämlich im Sinne von „ständig bei dir wohnt – ***und dem Herrn das Passah feiern will, so soll bei ihm alles Männliche beschnitten werden, und dann komme er herbei, um es zu feiern, und er soll wie ein Einheimischer des Landes gelten***.“ Wir halten fest: Es geht nicht nur um eine individuelle Entscheidung. Die kennt das Alte Testament nicht. Das Familienoberhaupt muß sich mit Mann und Maus, mit Kind und Kegel, den Ordnungen Gottes unterstellen. Dann gilt er „***wie ein Einheimischer***“. Dann gilt: „***Ein Gesetz soll gelten für den Einheimischen und für den Fremdling*** (hebräisch: ger; LXX: προσηλυτω), ***der sich mitten unter euch aufhält.***“ Hier ist aber nicht vom durchreisenden Fremdling die Rede, auch nicht von einem Asylanten, der sich für eine begrenzte Zeit im Land aufhält. Hier ist die Rede von dem, der sich ganz und verbindlich und dauerhaft dem Volk Gottes angeschlossen, der in Israel seine Heimat gefunden hat.

Im Blick auf diesen „Juden mit Migrationshintergrund“ mahnt Gottes Wort noch viele Male: „***Ein und dieselbe Ordnung soll für euch sein, sowohl für den Fremden als auch für den Einheimischen des Landes***“ (so z.B. in 3.Mose 19,33+34 + 3.Mose 24,22 + 4.Mose 9,14: + 4.Mose 15,15.16.26+29+30 + Hesekiel 47,22). Eine Ordnung! Dieser „Fremde“, der sich ganz dem Volk Gottes angeschlossen hat, soll komplett gleich behandelt werden wie jeder Jude im Volk Israel auch. Kein Unterschied! – bläut Gott seinem Volk immer wieder ein Nur weil der eine andere Hauptfarbe hat, eine andere ethnische Herkunft, darfst du keinen Unterschied machen.

Ganz unmißverständlich zeigen dies auch die weiteren Einzelanordnungen, etwa zum **Sabbatgebot** in 2.Mose 20,10: „***Du sollst*** (am Sabbat) ***keinerlei Arbeit tun, du und dein Sohn und deine Tochter, dein Knecht und deine Magd und dein Vieh, und der Fremde*** (Hebräisch: ger; LXX: προσηλυτοσ) ***bei dir, der innerhalb deiner Tore wohnt***“ (par. 5.Mose 5,14).

Von diesen vollintegrierten, auch religiös vollintegrierten, Fremdling redet die Bibel freundlich und mahnt, ihn zu lieben. So auch das heute so oft gebrauchte Wort in 2.Mose 22,20: „***Den Fremdling*** (Hebräisch: ger; LXX: προσηλυτοσ) ***sollt ihr nicht bedrücken***.“ Ebenso das zweite, in diesen Tagen so häufig zitierte Wort aus 5.Mose 10,18+19: „***Denn der Herr, …der Recht schafft der Waise und der Witwe und den Fremden liebt … Auch ihr sollt den Fremden lieben, denn Fremde seid ihr gewesen im Land Ägypten***.“

Der, der sich voll und ganz ins Volk Israel integriert hat, auch religiös, der soll behandelt werden wie der Einheimische. Aber eben auch nur der!

Von diesem „ger“, dem „*Juden mit Migrationshintergrund*“ unterscheidet das Alte Testament ganz messerscharf den, den wir eigentlich als „Fremden“ bezeichnen, den „**nechar**“. Das ist der „Fremde“ – der sich nicht oder nicht vollständig integriert hat!

Dieser „Fremde“ wird distanziert bis feindlich wahrgenommen. So heißt es von diesem Fremden von David in Psalm 144,7: „***Strecke deine Hand aus von der Höhe! Reiße mich heraus und errette mich aus großen Wassern, aus der Hand der Söhne der Fremde*** (Hebräisch: nechar, LXX: υιων αλλοτριων).“

Es ist auch hier interessant, das griechische Wort anzuschauen, das die LXX für diesen Fremden mehr oder weniger durchgängig gebraucht:

hallodrios – das kennen wir als Fremdwort von der Redewendung „*Allotria treiben*“ – Schabernack, nicht böse. Aber der Hallodria treibt, der Schabernack macht, der tut das Unpassende. Das ist der Hintergrund. Von daher kennen wir auch den „*Hallodri*“. Im Umgangssprachlichen ist das der Leichtlebige, der Unfug anstellt, damit aber eben auch der, der das Unpassende tut. Und das ist das Stichwort.

Der „Hallodri“, das ist der „Fremde“, der „Unpassende“, der nicht zum Volk Israel paßt, weil er sich nicht integriert hat und damit eben der Fremde bleibt, der Außenseiter, der Nicht-dazu-Gehörende. Und so wird er auch behandelt! Und bei unserem Bundespräsidenten ist es gut, genau hingehört zu haben, wenn er dieser Tage gesagt hat: die Herausforderungen durch die Zuwanderung werden größer als bei der Wiedervereinigung. Wie hat er das begründet? Er hat gesagt: Damals war die Herausforderung, daß zusammenwächst, was zusammen gehört – geschichtlich. Jetzt aber soll zusammenwachsen, was eigentlich nicht zusammengehört. Das Fremde, das Unpassende, soll zusammenwachsen. Da ist die Frage wichtig, ob das Unpassende sich auch anpassen will! Darüber redet die Bibel genau. Ganz deutlich. Ganz klar. Sehr differenziert.

Zu diesem „Fremden“ hält Israel deutliche Distanz. So etwa Nehemia 9,2: „***Und alle, die israelitischer Abstammung waren,*** – da dürfen wir jetzt auch vom Gesamtzusammenhang her die „Juden mit Migrationshintergrund“ dazunehmen, denn die werden als Einheimische gezählt – ***sonderten sich ab von allen Söhnen der Fremden*** (υιου αλλοτριου). ***Und sie traten hin und bekannten ihre Sünden und die Verfehlungen ihrer Väter***.“

Der Charakter dieses Wortes „Hallodri“ als fremd und feindlich findet sich so auch im Neuen Testament wieder in Hebräer 11,34, wo es von den großen Taten der Glaubenshelden heißt, sie „***haben der Fremden*** (αλλοτριων) ***Heere zurückgetrieben***“. Da ist der Fremde politisch gemeint und ich brauche nicht zu fragen, welches griechische Wort hier steht: die Hallodris.

Und im geistlichen Sinne in Kolosser 1,21: „***die ihr einst entfremdet*** (απηλλοτριωμενουσ) ***und Feinde*** (nämlich Gottes) ***wart nach der Gesinnung in den bösen Werken, hat er aber nun versöhnt***“. Das ist hier der Fremde nicht im Sinne der Gäste und Durchreisenden, sondern Feinde Gottes, durch die Sünde von Gott entfremdet, als ihr solche entfremdete Hallodris wart, da hat Gott euch versöhnt.

Dieser Fremde, der sich nicht vollständig, auch religiös, ins Volk Israel integriert hat, der ist vom Sozialwesen des Volkes Gottes ausgeschlossen, explizit ausgeschlossen. Der Hallodri hat definitiv und ausdrücklich nicht die gleichen Rechte wie der Einheimische oder eben auch der „Jude mit Migrationshintergrund".

So etwa sehen wir das in 5.Mose 15 – hier geht es um das **Erlaßjahr**. Gottes Wort hat ja eine ungeheuere Dimension an sozialen Maßnahmen für Gottes Volk. Die meisten kennen wir gar nicht mehr. Die wären heute Gold wert. Alle 7 Jahre soll man sich in Israel die Schulden erlassen. Das ist gewaltig. Alle 7 Jahre bekommt jeder Jude die Chance, neu anzufangen. Nicht aber notwendigerweise der „Hallodri", der Fremde, der fremd bleibt. Über ihn lesen wir in 5.Mose 15,2+3: „***Er*** – also der Jude - ***soll seinen Nächsten und Bruder nicht drängen, denn man hat für den HERRN einen Schuldernerlaß ausgerufen. Den Ausländer*** (Hebräisch: nechar, LXX: τον αλλοτριον) ***magst du drängen***" – nämlich, daß er seine Schulden bis auf Heller und Pfennig zurückzahlt. Nicht aber den Fremden, den Proselyten, der sich vollständig integriert hat! Das ist eine ganz ausdrückliche Unterscheidung.

Entsprechend sehen wir das auch in 5.Mose 23,20f im Blick auf die **Zinsen**: „***Du sollst deinem Bruder keine Zinsen auferlegen … dem Fremden*** – dem Hallodri - (Hebräisch: nechar, LXX: τω αλλοτριω) ***magst du Zins auferlegen.***" Hier gilt zweierlei Recht!

Wir haben hier übrigens den exakten Gegensatz dazu für den „*Juden mit Migrationshintergrund*". Denn in 3.Mose 25,35 geht es auch schon mal um die Zinsen, aber dort heißt es: „***Wenn dein Bruder verarmt und seine Hand neben dir wankend wird, dann sollst du ihn unterstützen wie den Fremdling*** (!) (προσηλυτου) – hier aber der Proselyt, der „Jude mit Migrationshinterrund - ***… du sollst nicht Zins und Aufschlag von ihm nehmen.***"

Gottes Wort macht also einen messerscharfen und glasklaren Unterscheid zwischen dem Fremden, der sich ins Volk Israel integriert hat, der Glied des Volkes Israel geworden ist, und dem, der sich nicht vollintegriert hat. Der Erste ist absolut gleich zu behandeln, wie jeder andere im Volk auch. Der Zweite ist ein Fremder und als solcher vom Sozialwesen ausgeschlossen!

Auch der soll sicherlich nicht gequält und terrorisiert werden. Auch der soll anständig und ordentlich behandelt werden. **Aber er bleibt von den Sozialleistungen des Volkes Israel ausgeschlossen!**

Und genau das ist ja der für unsere heutige Situation entscheidende Vergleichspunkt, wenn wir vom Fremden reden! Und wenn unsere Kirchenleute so vollmundig die biblischen Worte vom „Fremden“ in den Mund nehmen. Die reden vom ganz falschen „Fremden“. Einem Politiker, der sich im Wort Gottes nicht auskennt, sehe ich das nach. Theologen habe ich Schwierigkeiten, das nachzusehen. Da ist sehr viel Leichtfertigkeit, wenn nicht Böswilligkeit, mit im Spiel. So dürfen wir mit dem Wort Gottes nicht umgehen. Wir müssen genau hingucken. Das ist Theologie.

Genau das ist ja die heute diskutierte Frage: Sind wir vom Wort Gottes her verpflichtet, massenhaft Fremde bei uns aufzunehmen und ihnen mehr oder weniger diesselben Sozialleistungen zur Verfügung zu stellen, wie unseren eigenen Volksgenossen? Gottes Wort sagt glasklar und ganz eindeutig „Nein“!

Und wo im Volk Gottes diese Grenze mißachtet wurde, da baute etwa Salomo für seine Zuwanderergattinnen Tempel, für deren Götter, und das kostete dann ihn, beziehungsweise seinen Sohn Rehabeam, 5/6 seines Königsreichs! Die 10 Nordstämme wurden ihm weggenommen. Als Strafe Gottes für eine nichteingehaltene Grenze dem Fremden gegenüber!

Sicher können wir die völlige religiöse Integration nicht 1:1 auf unsere Situation heute übertragen. Israel war eine Theokratie. Das geistliche und das weltliche Recht waren eins. Das gilt für Deutschland heute nicht. Aber gerade im Blick auf den Islam müssen wir ernst nehmen, daß der Islam eben auch als theokratische Religion, in der sich alles Allah zu unterwerfen hat, im wesensmäßigen Gegensatz zu unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung steht. Jeder, der den Islam auch nur rudimentär kennt, weiß das. Der Islam per se ist mit unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung nicht zu vereinbaren. Für heute nur die Feststellung: der echte Muslim, der den Koran wirklich ernst nimmt, kann und will in unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat nicht integriert werden. Er kann es gar nicht können oder wollen, denn sein Glaube steht dagegen. Der echte Muslim, der den Koran, der seine Religion ernst nimmt, er muß die Umgestaltung unserer Gesellschaft und unserer Rechtsordnung im Sinne des Islam anstreben. Was am Ende zur Aufhebung der Trennung von Staat und Religion und zur Einführung der Scharia als Staatsrecht führt. Vorher darf der Muslim, der echte Muslim, überhaupt keine Ruhe geben.

Sonst wird er seiner Religion und Allah ungehorsam. Und damit sind wir notwendigerweise am Ende des Grundgesetzes, denn die Scharia und das Grundgesetz passen definitiv nicht zusammen. Das muß uns klar sein, wenn wir in diesen Tagen Unmengen an Muslimen in unser Land lassen.

Der nicht-voll-integrierte Fremde wird in der Bibel als ernste Gefahr gesehen. Sein Überhandnehmen wird ausdrücklich als Strafe Gottes beschrieben. Das lesen wir etwa in Sprüche 5,7-10, im Zusammenhang mit der Warnung vor Ehebruch: „***Nun denn, ihr Söhne, hört auf mich und weicht nicht ab von den Worten meines Mundes! … Sonst sättigen Fremde*** – Hallodris – (LXX: αλλοτριοι) ***sich noch an deinem Vermögen, an deinem mühsam Erworbenen***".

als ich das gelesen habe, da habe ich gedacht: Kann man überhaupt deutlicher zu diesem Thema in unsere heutigen Tage hineinreden, als dieses Wort es tut?! „***Sonst sättigen Fremde sich noch an deinem Vermögen, an deinem mühsam Erworbenen***". Weil unser Volk von Gott und seinem Wort abgefallen ist, deshalb ernähren sich in unser Land eingefallene Fremde von unserem Vermögen, von dem, was wir mühsam erworben haben. Genauso lesen wir es auch in Jesaja 1,7. Es ist ein Gerichtswort Gottes über sein Volk Israel: „***Euer Land ist eine Öde, eure Städte sind mit Feuer verbrannt, euer Ackerland – Fremde*** (LXX: αλλοτριοι) ***verzehren seine Frucht vor euren Augen***." Und ähnlich Jeremia 6,12 „***Ihre Häuser sollen den Fremden zuteil werden***" (hier für Fremde – ετερουσ - der Sinn bleibt gleich).

„***Ihre Häuser sollen den Fremden zuteil werden***". Dramatisch aktuell! Wenn wir nur als Beispiel ans Hotel Hofgarten in Bad Buchau denken, wo die Pächterin samt ihren Angestellten vertrieben wird, damit „Fremde" darin wohnen. Eins zu Eins die Situation, von der hier Jeremia spricht. Oder denken wir an die Stadt Nienheim und weitere Orte, wo der deutschen Bevölkerung gekündigt und das eigene Volk auf die Straße gesetzt wird, damit Fremde in ihren Häusern wohnen. Das meiste bekommen wir gar nicht mit. Heute Morgen oder gestern habe ichs im Internet gelesen, irgendwo im Markgräflerland erstickt ein Bürgermeister in einem Shitstorm, so nennt man das heute, von E-Mails und Telefonanrufen. Er wird aufs Übelste beschimpft. Vom Prinzip zurecht, weil der den eigenen Leuten die Wohnungen kündigt, die im städtischen Besitz sind, damit „Fremde" darin wohnen. Geht gar nicht! Auch nicht vom Wort Gottes her! Eine derartige Regierung

macht Politik gegen ihr eigenes Volk und Land. Wenn einer freiwillig einen Fremden bei sich aufnimmt, ist das eine ganz andere Geschichte. Heute geht es um glasklare Grenzziehungen. „***Eure Häuser sollen den Fremden zuteil werden***“. Nicht ein einziger derartiger Fall kann politisch korrekt und geduldet sein. Geht gar nicht, daß eine Regierung ihre eigenen Angehörigen, für deren Nutzen und Wohl sie zu sorgen hat, auf die Straße setzt und kündigt zugunsten von Fremden.
Deshalb sage ich nochmal: Wer so eine Politik betreibt, der schürt Bürgerkrieg im eigenen Volk und Land. Da kann man eigentlich nur massivst empört sein.
Und wir haben eine exakte Entsprechung der heutigen Vorgänge zu dem, was Gottes Wort als Gericht über ein gottloses Volk ankündigt. Wo ein Volk von Gott und seinen Ordnungen abweicht, da gibt Gott dieses Volk und sein Land und sein Hab und Gut den Fremden preis. Und unsere eigene Regierung tut ein Übriges und wirft es ihnen noch hinterher. Denn ein Volk hat die Regierung, die es verdient. Gott sagt in Jesaja 3,12, ich zitiere nach Luther: „***Kinder sind Gebieter meines Volkes und Weiber herrschen über sie. Mein Volk, deine Leiter verführen dich und zerstören den Weg, den du gehen sollst***“.
Umgekehrt ist es, wenn ein Volk in den Geboten des Herrn wandelt und damit unter dem Segen Gottes steht. Dann gilt: „***Die Söhne der Fremden*** – hier wieder ein anderer Begriff: die „Fremdgeborenen“, neutral! - (αλλογενεισ) ***werde deine Mauern bauen und ihre Könige dich bedienen***“ (Jesaja 60,10) und Jesaja 61,5: „***Dann werden Fremde*** (αλλογενεισ) ***dastehen und eure Schafherden weiden, und Ausländer werden eure Bauern und Weingärtner sein***“.
Schon die Wortwahl ist hier anders. Nicht mehr vom feindlichen „*Hallodri*“ ist hier die Rede, sondern neutral vom „*Fremdgeborenen*“. Wenn ein Volk unter dem Segen Gottes steht, weil es Gott liebt und seine Gebote achtet, dann werden neutrale „Fremde“ dem Wohl des Volkes dienen. Sie werden es nicht ausrauben und plündern, wie derzeit zum Teil unsere Supermärkte ausgeraubt werden und dicht machen müssen vor feindlichen Horden der Fremden. Sondern dann werden die Fremden dazu da sein, den Wohlstand des Volkes zu mehren. Wir können das in etwa vergleichen mit den 60er und 70er Jahren. Da blühte die deutsche Wirtschaft. Unser eigenes Volk war durch den Krieg personell geschwächt. Männer haben zuhauf gefehlt. Da kamen neutrale „Fremde“, die Gastarbeiter ins Land. Sie haben als Fremde

für den Wohlstand unseres Volkes gearbeitet. Sie wurden hoffentlich ordentlich und gut behandelt. So soll das sein in einem christlichen Volk und Land. Und sie konnten, ganz biblisch, auch Einheimische werden – Fremdlinge, die zwar von ihrer ethnischen Herkunft nicht zu unserem Volk gehören. Die sich aber integrieren, unsere Sprache lernen, unsere Kultur achten und unsere Gesetze befolgen. Dann können sie die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen – und dann gilt ganz biblisch gleiches Recht für alle – und auch die Sozialleistungen gleichermaßen.

Die doppelte Staatsangehörigkeit paßt allerdings nicht dazu. Denn die bringt keine wirkliche Identifikation zum Ausdruck. Da tanzt einer auf zwei Hochzeiten. Das ist nach dem Wort Gottes definitiv nicht vorgesehen. Es wäre also biblisch völlig in Ordnung und angeraten, die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit umgehend wieder abzuschaffen, bis vielleicht auf ganz wenige begründete Ausnahmen. Wer Deutscher sein will, egal mit welchem Migrationshintergrund, der soll dann auch ohne Wenn und Aber nicht nur die Rechte, die Sozialleistungen, sondern auch die ganzen Pflichten eines Deutschen auf sich nehmen und sich ohne Hintertürchen in unsere Gesellschaft mit einbringen.

Nun kann berechtigterweise die Frage aufkommen: Können wir diese Ordnungen des Alten Testaments einfach so auf uns übertragen? Ja. Denn zwar ist die Situation und Berufung Israels für sich genommen einmalig. Die können wir auf kein anderes Volk der Erde übertragen. Aber zugleich hat die Berufung Israels eine Vorbildfunktion für alle Völker. Am Beispiel Israels sollen die Völker sehen, wie gut es einem Volk geht, das zum Herrn gehört, das seine Gebote achtet und unter seinem Segen wächst und gedeiht. Sollte Israel sich aber von seinem Herrn abwenden, dann sollen die Völker auch sehen, wo ein Volk hinkommt, das von Gott nichts mehr wissen will, das seine Gebote mißachtet und störrisch und uneinsichtig auf eigenen Wegen geht. Das hat das Volk Israel bitter zu spüren bekommen. Und das bekommen wir in diesen Tagen bitter zu spüren. Und deshalb sage ich immer: Der Blick auf die politischen Fehlentwicklungen ist nur der vordergründige. Der wirkliche Blick muß auf die geistlichen Fehlentwicklungen gerichtet sein.

Eberhard Hamer[1]

Regieren uns die Großkonzerne? Was bedeutet TTIP?

Ich komme noch aus der Nachkriegsgeneration, welche nach der Hitler-Diktatur begeistert die Idee der Demokratie aufgegriffen hat, einem nicht mehr hierarchisch von oben nach unten, sondern durch Wahlen von unten nach oben legitimierten Regierungssystem. Wir haben uns für Demokratie begeistert und jahrzehntelang dafür gekämpft und glaubten, dass damit das Wohl der einzelnen Bürger durch gewählte Vertreter unseres neuen Staates Bundesrepublik Deutschland bestimmend würde. Uns war damals nicht klar, dass unsere gewählten Politiker nur begrenzte Entscheidungsfreiheit hatten und haben, dass sie vor der Oberhoheit der Besatzungsmacht, des von ihnen gelenkten Medienkartells und unter der Macht der angelsächsischen Finanzoligarchie standen bzw. stehen und dass im Laufe unseres Lebens immer mehr Demokratie abgebaut und dafür Zentralgewalt aufgebaut wurde.
Demokratie war im Laufe der Geschichte immer nur eine zeitlich begrenzte Ausnahmesituation.
Die Zentralisierung der ursprünglich dezentral-demokratischen politischen Macht hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte auf allen Ebenen durchgesetzt:

1. Zentralisierung im kommunalen Bereich.
Jede Verwaltung wird mehr von einzelnen die Gemeinde beherrschenden Großunternehmen und von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften bestimmt als vom Bürgerwillen. Jede Entscheidung der Verwaltung wird mit diesen Zentren wirtschaftlicher Macht abgestimmt, von ihnen genehmigt oder verworfen. Die meisten Entscheidungen werden sogar von ihnen eingefordert, durchgesetzt und nachher zu eigenen Gunsten auf Kosten der Gemeinde verwirklicht, wie z.B. Städteplanungen, Gewerbeansiedlungen, Entscheidungen über kommunale Infrastruktur und deren Finanzierung.

1 Prof. Dr. rer. Pol. Eberhard Hamer, Gründer und Präsident des des Mittelstandsinstituts Niedersachsen e.V., vor dem 1. Alternativen Wissenskongress (alternativer-wissens-kongress.de) in Witten/NRW am 22.3.2015

Beispiele:

- Ein halbes Dutzend Einzelhandelskonzerne haben in Deutschland durch Korruption die gesamte kommunale Handelsstruktur verändert, die Ansiedelung von Supermärkten und innerstädtischen Großeinkaufskomplexen durchgesetzt, für welche die gesamte Infrastruktur auf öffentliche Kosten erstellt werden musste, obwohl dadurch in Deutschland 400.000 selbständige mittelständische Einzelhändler und ein Drittel der bisherigen Einzelhandelsarbeitsplätze vernichtet wurden.
- Immigranten sind angeblich mehr Arbeitskräfte und Konsumenten für Konzerne. Konzerne und Arbeitgeberverbände verlangen deshalb mehr Immigration für größeres Arbeitskräfteangebot zu niedrigen Preisen. Es liegt deshalb im Konzerninteresse (billigere Arbeitskräfte), Immigration in die überfüllten Innenstädte zu ziehen und diese gegen das Interesse der einheimischen Bürger zu Immigrationsschwerpunkten zu machen und dort Immigrantenzentren aufzubauen, statt Zuwanderer in leer stehenden Häusern auf dem Land unterzubringen, wo ihre Integration viel einfacher wäre.
- Das kommunale Abgabensystem ist Konzernsubvention auf Normalbürgerkosten: Die Versorgung der Konzernbetriebe mit Strom, Wasser, Energie u.a. wird durch die Kommunen zu Vorzugstarifen gegenüber jedem Normalverbraucher angeboten. Dafür werden die Preise für Normalverbraucher entsprechend erhöht.

2. Konzerne herrschen auch in den Ländern

- Die Subventions- und Postenverteilungskompetenzen der Bundesländer stehen unter beherrschendem Einfluss der Konzerne und ihrer Verbände. Wo in einem Bundesland Großkonzerne wie VW, Daimler Benz, Siemens o.a. angesiedelt sind, haben diese mehr Macht als der jeweilige Ministerpräsident. Das zeigt sich schon daran, wer wen kommen lässt. Vor 30 Jahren ließ ein Ministerpräsident die Konzernchefs kommen, heute lassen die Konzernchefs die Ministerpräsidenten kommen, wie ich selbst erlebt habe, als ich mit einem Ministerpräsidenten in Süddeutschland im Aufzug war und er einen Anruf bekam, er habe sofort bei Daimler zu erscheinen. Er brach sofort das Gespräch ab und eilte zum Befehlsempfang in die Daimler-Zentrale.

- Konzerne beherrschen aber nicht nur die Landespolitik, sie gestalten sie auch. Das fängt bei der Auswahl der Abgeordneten an, die überwiegend von den drei Machtzentralen jedes Landes: Konzerne, Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ausgesucht werden.

3. Die Herrschaft der Multis über die Nationen

Wir haben in Deutschland inzwischen eine ganze Reihe von Tatbeständen, die eindeutig die Konzerne bevorteilen und den Mittelstand und die Arbeitnehmer benachteiligen. Solche Diskriminierungen der Bürger und Wähler kommen nicht durch „Verwirklichung des Wählerwillens", sondern durch Macht der begünstigten Konzerne zustande:

- Schon vor 20 Jahren hat das Mittelstandsinstitut Niedersachsen herausgefunden, dass der Mittelstand netto 80 % der Steuer- und Soziallasten in Deutschland zu bezahlen hat, während die Arbeitnehmerschaft mehr Sozialleistungen bekommt als sie an Steuern abführt, vor allem aber, dass die nicht einmal 1 % der Unternehmen ausmachenden deutschen Konzerne insgesamt mehr Subventionen bekommen als sie selbst an Steuern an den Staat abführten. 95 % unserer Subventionstöpfe gehen an die Konzerne, nur 5 % an den Mittelstand (hauptsächlich an die Landwirtschaft und bei ihr wiederum an die Großen).
- Wie rücksichtslos Konzerne mit Hilfe abhängiger Politik den Mittelstand ausbeuten, hat sich vor Jahren bei der angeblichen Reform des Kammerfinanzierungsgesetzes gezeigt. Die Industrie- und Handelskammern sind traditionell Sprachrohr der Großwirtschaft und wurden – weil die Beiträge an den Umsatz gekettet waren – früher auch überwiegend von den 4.000 Konzernbetrieben finanziert. In der Krise der 80er Jahre haben jedoch die Konzerne „mehr Beitragsgerechtigkeit" verlangt. Damit hat der damalige Wirtschaftsminister und ehemalige IHK-Angestellte Rexrodt die bislang umsatzbezogenen Beiträge zu Firmengrundbeiträgen geändert, wodurch 1,5 Mio. Klein- und Kleinstgewerbetreibende mit hohen Mindestbeiträgen zusätzliche Zwangsbeitragszahler der Kammern wurden, die Beiträge der Konzerne dagegen z.T. über 1000% abgesenkt wurden (VW von 800.000 auf 800 EUR Beitrag). Diese Konzernentlastung zu Lasten des Mittelstandes bezeichnete der FDP-Minister als „mehr Beitragsgerechtigkeit".

- Dass die Konzerne mit allen Gesetzen ihre Interessen wahren und durchsetzen können hängt nicht nur damit zusammen, dass sie die großen Verbände und Kammern beherrschen und diese nach Konzernvor- oder nachteilen arbeiten lassen, sondern auch damit, dass die Mehrheit unserer Bundestagsabgeordneten (ca. 70 %) am goldenen Zügel von Konzernen oder Wirtschaftsverbänden einschließlich Gewerkschaften geführt werden und somit ein Eigeninteresse daran haben, den Befehlen der Großwirtschaft mehr zu gehorchen als ihren Wählern.

4. Supranationale Konzernherrschaft über nationale Politik = EU

- Den entscheidenden Schub zur Entdemokratisierung der Nationalstaaten und die zentrale Machtübernahme der internationalen Großwirtschaft entstand durch die erst als Wirtschaftsgemeinschaft, dann als politische Union geschaffene EU-Zentrale. Deren Kommissare werden wie im Sowjet-System nicht gewählt, sondern berufen. Die Europäische Kommission ist also ein nicht vom Wählerwillen abhängiges Politbüro. Die Politkommissare der EU sind auch nicht dem europäischen Scheinparlament rechenschaftspflichtig, sondern nur dem Kommissionspräsidenten. Die autokratischen Zentralentscheidungen der Kommission sind für die untergeordneten nationalen Mitgliedsländer übergeordnetes Recht. So bestimmen inzwischen diese Weisungen oder Richtlinien der EU-Kommission 84 % aller deutschen Regelungen, die nur noch kommentarlos ohne Änderungsmöglichkeiten „umgesetzt", d.h. nachvollzogen werden müssen. EU = Aushöhlung unserer Demokratie.
- Mehr als 15.000 Büros der europäischen und internationalen Großwirtschaft betreuen, beraten, unterstützen, beeinflussen, bestechen die EU-Abgeordneten, die Beamten und die Kommissare, so dass im Wesentlichen deren Willen die Gesetzesinitiativen, Gesetzestexte, die Gesetzesabsicht und die Gesetzeslasten der EU-Richtlinien bestimmen. Längst hat nicht nur auf nationaler, sondern vor allem auf EU-Ebene die Wirtschaft die Herrschaft über die Politik übernommen, ist die EU-Politik zur Dienerin der großen internationalen Konzerne abgesunken.
- Beispiele hierfür sind CETA und TTIP, zwei Handelsabkommen, welche die amerikanische Großwirtschaft als „Freihandelsabkom-

men“ mit der EU-Kommission auskungelt. Wie der amerikanische Vize-Präsident zugab, soll das TTIP ebenso wie die militärische Machtübernahme der USA durch die NATO Europa auch wirtschaftlich amerikanischen Interessen unterordnen, gleichzeitig eine Barriere zwischen dem Handel Europas mit Russland errichten und außerdem die europäische Wirtschaft dem amerikanischen Rechtssystem mit Beweisumkehr unterstellen. Diese hinterlistigen imperialistischen Ziele wurden in Geheimverträgen von amerikanischen Regierungsbeamten und Konzernvertretern einerseits und wenigen EU-Beamten andererseits in Geheimverhandlungen vorbereitet und sollen ohne Beteiligung der mittelständischen Wirtschaft, der Umweltschützer, Gewerkschaften, der Kultur, aller beteiligten Gruppen in Europa als EU-Recht sogar ohne Beteiligung der Mitgliedstaaten durchgesetzt werden – wie das CETA-Abkommen mit der EU bereits abgeschlossen worden ist.

- Ebenso wie die NATO, ursprünglich ein harmloses Verteidigungsbündnis, sich von uns ungewollt zum militärischen Herrschaftsinstrument und zur Speerspitze für die US-imperialistische Angriffspolitik überall in der Welt entwickelt hat, sollen auch CETA und TTIP der wirtschaftlichen und rechtlichen Kolonisierung Europas und seiner Einbeziehung in die amerikanische Weltwirtschafts- und Finanzpolitik dienen.

Keine Gefahr für den Rest unserer wirtschaftlichen Freiheit und Demokratie ist zurzeit so groß wie dieser Versuch der wirtschaftlichen und rechtlichen Machtübernahme der amerikanischen Großwirtschaft über Europa wie durch TTIP! Lassen Sie uns dagegen kämpfen, solange wir noch Zeit haben. Spätere Generationen werden uns beschimpfen, dass wir dies geschehen lassen haben.

Auf allen öffentlichen Ebenen hat so den letzten Jahrzehnten Demokratie und Selbstverwaltung abgenommen und Zentralmacht und zentrale Herrschaft der Konzerne zugenommen. Inzwischen herrscht nicht mehr die Politik über die Wirtschaft, sondern die Großwirtschaft über die Politik, ist unsere Demokratie weithin nur Showgeschäft, welches uns die großen Kapitalgesellschaften bei untergeordneten Themen noch lassen, weil sie uns die entscheidenden Themen internationalisiert und zentralisiert aus der Hand genommen haben.

Da die Konzernmacht von oben nach unten zentralisiert und hierarchisch ausgeübt wird, und weil sie von der obersten politischen

Entscheidungsebene (EU) nur noch scheindemokratisch begleitet statt kontrolliert wird, ist die Politik in Europa zu einer nicht nur von den europäischen, sondern vor allem von den internationalen Konzernen ausgeübten Diktatur geworden.
Jährlich treffen sich die entscheidenden Kräfte von Banken und Konzernen mit ihren politischen Dienern in Davos und anderen Orten, um auszuhandeln, wo die Schwerpunkte der nächsten Arbeit und die Richtung hingehen sollen. Dass die deutsche Wirtschaft dabei nicht viel zu sagen hat, hängt auch daran, dass 90 % der DAX-Konzerne von der atlantischen Finanzoligarchie beherrscht werden. Diese wiederum träumen von der „Einen Welt" mit dem uniformen Arbeitnehmer (statt Bürger), der allseitigen Freiheit der Konzerne von nationalen Restriktionen und Regelungen, der Freiheit ihres Kapitals und ihrer Güter überall in der Welt und der weltweiten Steuerung der Finanz-, Wirtschafts- und Menschenströme.
Nicht nur im öffentlichen Bereich hat die Konzernwirtschaft die Macht über Politik und Verwaltung erreicht; auch in der Privatwirtschaft ist das Grundrecht der Wettbewerbsgerechtigkeit, nämlich Chancengleichheit, längst zum Vorrecht der Konzerne umgewandelt worden:

Von der Markt- zur Machtwirtschaft der Konzerne
Unsere freiheitliche Staatsordnung sollte gleiche Rechte garantieren, in der Wirtschaft Chancengleichheit. Nur mit Chancengleichheit ist Wettbewerb gerecht.
Machtpositionen in der Wirtschaft dagegen hebeln die Chancengleichheit aus. Statt mit Preis und Leistung kann sich der Marktmächtige Vorteile von den ohnmächtigen Partnern erpressen. Diese Machtposition kann durch Kartelle, Monopole oder aber durch schiere Größe des einzelnen Marktpartners gegenüber Kleinen entstehen, wie sie insbesondere für die internationalen Konzerne üblich sind. So entsteht das Problem der Nachfragemacht oder Angebotsmacht, indem die mächtigen Konzerne ihren Kunden oder Lieferanten keine Chancengleichheit im Geschäft mehr lassen, mit welcher sie vielmehr die kleineren, schwächeren und abhängigen Marktpartner erpressen.

Diskriminierungsmacht der Größe
Das Mittelstandsinstitut hat hunderte von diskriminierenden Geschäftsbedingungen und Vertragsklauseln, kriminelle und halbkriminelle

Erpressungen und Ausbeutungsdiskriminierungen zusammengetragen, z.B. durch

- einseitige Einkaufs- oder Zahlungsbedingungen
- Sonderrabattforderungen
- einseitige Schadensersatzforderungen
- Schmiergeldforderungen vom Personal des Mächtigen
- Ausschließlichkeitsrechte an Werkzeugen, Formen oder Aggregaten des Zulieferers
- Know-how-Offenlegung des Zulieferers an die mächtigen Abnehmer
- kostenlose Zusatzleistungen durch den Zulieferer.

Geschickt haben es die Konzerne verstanden, diese Marktmacht und ihre Diskriminierungsmöglichkeiten als „Vertragsfreiheit" mit Hilfe ihrer politischen Lobby immer wieder zu erhalten, wenn die Mittelstandsforschung das Grundrecht der Chancengleichheit für den Mittelstand gegen die Willkürfreiheit der Konzerne einforderte. Wettbewerbsgerechte, chancengleiche Marktwirtschaft hört eben einfach auf, wo die Konzerne mit Marktmacht herrschen und die Politik nicht mehr in der Lage ist, sie an dieser Herrschaft zu hindern.

Die mittelständischen Unternehmen werden nicht nur relativ höher besteuert (42 %) als die Kapitalgesellschaften (35 %), sondern haben auch nicht deren Steuerverschiebungs und -verwaltungsmöglichkeiten. Die Konzerne verschieben international über Verrechnungspreise angeblicher Patentlizenzen, Zinsen u.a. die meisten Gewinne ins steuerfreie Ausland, was z.B. ein lokaler Mittelständler nicht nutzen kann, weil er weder Auslandstöchter noch Steuerexperten für diese Tricks hat. Im Ergebnis sind jedenfalls die Steuerkosten des Konzerns relativ deutlich niedriger als die eines mittelständischen Konkurrenten.

Besonders deutlich wird dies hinsichtlich der Erbschaftssteuer. Kapitalgesellschaften sterben und vererben nicht, bleiben also von der Erbschaftsteuer befreit. Personalunternehmen dagegen werden in jeder Generation einmal zur Kasse gebeten und verlieren durch die Erbschaftssteuer Unternehmenssubstanz, die ihr Großkonkurrent nicht verliert. Eine von Kapital und Kapitalgesellschaften bestimmte Steuerpolitik hat schon immer die Kapitalgesellschaften gegenüber Menschen bevorzugt. Ganz gleich, ob gegenüber den Unternehmern oder den Arbeitnehmern.

Was Marx vorausgesagt hat, haben wir heute:

- Die Konzentration des Kapitals
- Die Neugestaltung der Markt- in Macht- und Verwaltungswirtschaft
- und die Ausbeutung von Unternehmern und Arbeitnehmern durch die Konzerne und ihre politischen Diener.

Internationale Konzernherrschaft durch TTIP

Inzwischen sind die atlantischen Konzerne, denen 70 % unserer DAX-Firmen ebenfalls gehören, mit Hilfe von TTIP dabei, die nationale Demokratie auszuhebeln und die Macht in Europa zu übernehmen: Das sog. Transatlantische Freihandelsabkommen wird geheim zwischen den Vertretern der amerikanischen Konzerne und der EU-Kommission verhandelt, ohne dass Gewerkschaften, Regierungen oder Umweltschutzorganisationen zugelassen wären. Kein Wunder, dass Wirtschaft, Wissenschaft und Bevölkerung im TTIP-Abkommen ein Komplott der multinationalen Konzerne zur Überwindung nationaler demokratischer Wettbewerbsstandards in Europa sehen.

Mit dem geplanten Freihandelsabkommen sollen nicht nur alle Zölle abgebaut werden, sondern auch unterschiedliche Standards. Die atlantischen Konzerne wollen damit in allen EU-Ländern alle Rechte haben, die sie auch im Heimatland haben. Das TTIP will deshalb vor allem die in Europa hohen Schutzstandards in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft, Medizin, Gesundheit, Forschung und Produktzulassung, Umwelt und Tierschutz, Arbeit und Soziales, Kulturförderung sowie wie alle Schutznormen schleifen, wirkungslos machen, denn amerikanische Regierungspolitik ist Konzernpolitik. Deshalb wurde bereits die von den USA verlangte Haftung der Nationen für alle die Investitionen der US-Konzerne beschränkenden (z.B. aus Umwelt- oder Gesundheitsgründen) Gesetze als „unverhandelbar“ erklärt, und die Schlichtung von Streitigkeiten nicht der nationalen Justiz überlassen, sondern soll Privatschiedsgerichten mit amerikanischen Anwaltsfirmen in New York vorbehalten bleiben. So soll also die europäische Justiz zugunsten der amerikanischen Konzernjustiz ausgeschaltet werden.

Mittelstand, Freie Berufe, Kultur, Kunst, Landwirtschaft und Gewerkschaften laufen Sturm gegen dieses Abkommen. Die Funktionäre in Brüssel und ihre amerikanischen Auftraggeber verhandeln jedoch ungerührt und geheim weiter.

Die Institute und Konzerne haben behauptet, TTIP würde einen Wachstumsschub für die USA und Europa bringen. Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, dass dies gefälschte Zahlen waren. Tatsächlich werden die USA ca. 2,7 % Vorteile aus TTIP gewinnen, die Europäer aber bis zu 5 % Rezession. Hier wird also von der internationalen Großwirtschaft den Europäern ein Abkommen aufgedrückt, welches Nachteile und Wohlstandsverluste für sie bringen würde. Trotzdem befördert unsere Regierung auf Befehl des großen Häuptlings dieses Abkommen mit.
Wir stehen also auf allen Ebenen, auf Landesebene, national, europaweit und international unter der Herrschaft der ca. 300 internationalen Konzerne, die der amerikanischen Finanzoligarchie gehören. Die Konzerne haben sich Steuerfreiheit, Kapitalverkehrsfreiheit, Freiheit, ihre Konzernmacht im Wettbewerb auszuüben und Zuzugsfreiheit für ihre Mitarbeiter überall erkämpft. Immer wenn der Mittelstand dagegen Einspruch eingelegt hatte, wurde dies mit „internationalem Wettbewerb“ (Kapitalverkehrsfreiheit), mit Menschenrechten (Personen, Zuzugsfreiheit), mit Vertragsfreiheit (Mittelstandsdiskriminierung der Konzerne), mit atlantischer bzw. Europa-Solidarität (Haftungsübernahme der europäischen Bürger für die Zockerschulden der internationalen Banken) begründet.

Wie lange lassen wir uns dies eigentlich noch gefallen?
Bei der Übernahme der faulen Kredite der internationalen Banken für Griechenland und andere Länder kam bereits Widerstand auf (AfD). Bei der nun von den Konzernen gewünschten Massenimmigration aus dem Orient und aus Afrika dürfte es jedoch Bürgerkrieg geben, denn nicht nur der Mittelstand wird dadurch benachteiligt, sondern vor allem auch die Unterschicht, die sich am ehesten wehrt.
Was uns angesichts der Mittäterschaft unserer Regierung nur noch helfen kann, ist eine große Weltwirtschaftskrise. Diese hat sich bereits durch die Börsenrezession angekündigt und wird nach der Theorie im nächsten Jahr auch die Realwirtschaft ergreifen. Wir leben noch in einer Scheinblüte. Diese wird in den nächsten Jahren zerplatzen und vieles ändern, was die Politiker sich nicht zu ändern getraut haben, was aber der Markt zwangsweise und bitter für alle Beteiligten korrigieren wird.

Thomas Hering[1]

Schwindendes Selbstbewußtsein – Über Fehlentwicklungen an deutschen Universitäten

I. Säkularer Geisteswandel

Es liegt gerade einmal ein Jahrhundert zurück, daß die Universitäten des kaiserlichen Deutschlands noch unangefochten den Maßstab für die wissenschaftliche Weltelite setzten. Die Bewunderung für das damals noch kein Jahrhundert alte Humboldtsche Erfolgsmodell ließ den Präsidenten der amerikanischen Stanford-Universität 1902 mit folgenden Worten für sich werben: *"We do a real university work, in the German sense [...] with Graduate Studies and seminars, and a specific 'Wissenschaftsgeist' both in Humanities and Sciences"*[2]. Noch heute führt Stanford das auf den Reichsritter Ulrich von Hutten zurückgehende stolze Motto „Die Luft der Freiheit weht" in deutscher Sprache.[3]

Im Deutschen Reich war man sich seiner weltweiten akademischen Vorbildfunktion vollauf bewußt, ohne dabei jedoch andere Länder und ihre Wissenschaftskulturen geringzuschätzen oder sich ihnen als Lehrmeister aufzudrängen. Das damals herrschende ruhige und berechtigte Selbstbewußtsein kommt in den Worten zum Ausdruck, welche der

1 Univ.-Professor Dr. habil. Thomas Hering, geb. 1967, ist an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Fern-Universität in Hagen Inhaber des Lehrstuhls für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Investitionstheorie und Unternehmensbewertung (http://www.fernuni-hagen.de/hering).

2 Bis vor kurzem dokumentiert gewesen auf den Netzseiten der Universität Stanford: http://www-sul.stanford.edu/depts/hasrg/german/collect.html, zuletzt abgerufen am 8. Januar 2015, später verschwunden und über die Bibliotheksseite nicht mehr frei zugänglich. Im Netz noch auffindbar unter http://www.porges.net/FamilyTreesBiographies/BiographiesVonPortheim.html, zuletzt aufgerufen am 3. Juli 2015.

3 Vgl. *Hering* (2003) sowie erneut Netzseiten der Universität Stanford, auf denen die auf deutsch zitierten Begriffe *Lehrfreiheit* und *Lernfreiheit* als Grundlagen der deutschen Universität und Vorbild für das amerikanische College-System gewürdigt werden: http://www.stanford.edu/dept/pres-provost/president/speeches/951005dieluft.html, zuletzt abgerufen am 3. Juli 2015. Das Stanford-Siegel ist abgebildet in *Edel* (2015), S. 111.

berühmte Altphilologe Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff[4] aus Anlaß der Jahrhundertfeier der Universität Berlin im Jahre 1910 an die zum Festmahl geladenen akademischen Ehrengäste richtete: „Und ich denke, wir alle schätzen unsere ausländischen Freunde gerade um deswillen so hoch, weil sie anders sind als wir selbst. Treu halten wir ein jeglicher an seinem Volkstum, und gerade damit dienen wir der Menschheit, denn wir wissen, daß die Weltkultur daran hängt, daß sie eine Harmonie von vielen, möglichst vielen Volksindividualitäten bleibt oder wird, während Uniformierung ihr Tod sein würde. Denn es ist so, wie mein Königlicher Herr es heut morgen ausgesprochen hat, ‚jede Nation muß ihre Eigenart wahren, wenn sie ihren Wert für das Ganze behaupten will. Und doch fühlen wir uns als Kollegen, wir Diener der Wissenschaft in allen Landen. Die alte res publica litterarum mit ihrer einen gelehrten Sprache ist freilich dahin. Weiter, aber auch reicher, vielstimmiger, aber auch vollstimmiger ist unsere Welt geworden. Eine neue Ritterschaft möchte ich unsere Gemeinschaft nennen, zusammengehalten durch dieselben Begriffe von Ehre und Pflicht und denselben Minnedienst. Die Arbeit ist´s, die uns adelt, sie allein, und Frau Wahrheit ist es, der wir uns gelobt haben. Sie zu suchen, für sie zu streiten, füllt unser Leben. Jede wissenschaftliche Trübung der Wahrheit aus Rücksicht auf Konfession oder Politik, auf Beifall oder Gunst oder Lohn, ist uns Felonie.“[5]

Im heutigen Deutschland herrscht ein ganz anderer Geist. An der Universität Berlin, die der große Wilamowitz einst so würdig vertrat, ist man zweihundert Jahre nach ihrer Gründung nicht mehr auf ungetrübte Wahrheitssuche bedacht, sondern nimmt Rücksicht auf Politik und Beifall. Anders ist der lächerliche Kotau vor der von oben aufgezwungenen Gender-Ideologie nicht zu erklären, den die früher renommierteste Universität Preußens und des ganzen deutschen Sprachraums in unseren Tagen vollführt: Ausgerechnet hier, auf dem einstigen Olymp des wissenschaftlichen Geistes und der Sprachkultur, verlangt eine Professorin, die sich selbst „Professx für Gender Studies“ nennt, bei

4 Kriegsteilnehmer 1870/71, Professor in Greifswald, Göttingen und Berlin. Gerühmt als *princeps philologorum* und *aquila in nubibus*. 1914 Mitunterzeichner des Aufrufs „An die Kulturwelt“ sowie Verfasser der „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“ (im Wortlaut dokumentiert in *Edel* (2015), S. 122 ff.).

5 *von Wilamowitz-Moellendorff* (1928), S. 318.

jeder Kontaktaufnahme geschlechtsneutral mit „Sehr geehrtx Professx“ angeredet zu werden.[6] Wer sich dieser offiziell verkündeten Kinderei verweigert, darf anscheinend mit keiner Antwort durch die Frau „Professx“ rechnen. Um die sich an unseren Hochschulen ausbreitende Art solcher „Forschung“ zu finanzieren, hat z.B. die Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald vor einigen Jahren (gegen heftige Proteste, auch aus dem Ausland) die Klassische Philologie geschlossen und den einst von Wilamowitz-Moellendorff innegehabten Lehrstuhl nicht wieder besetzt. Wozu auch noch die alten Griechen lesen, wenn die doch nicht geschlechtsneutral schrieben? Wahrscheinlich sind die gewollte Zerstörung der deutschen Sprache und die Abwicklung der alten Philologien nur vorbereitende Schritte für eine angestrebte letzte Konsequenz, die völlige Umstellung der akademischen Lehre in Deutschland auf die englische, genauer US-amerikanische Sprache. An der ebenfalls noch bis vor kurzem hochrenommierten Technischen Universität München plant der Präsident mit fadenscheinigen Argumenten, bis zum Jahr 2020 fast das gesamte Hauptstudium nur noch in englischer statt in deutscher Sprache zu lehren.[7] Damit ist die geistige Uniformierung, die Wilamowitz in seiner Rede noch als Weg zum Kulturtod gewertet hatte, akademisches Programm geworden.

Auch Huttens „Luft der Freiheit weht“ an deutschen Universitäten nicht mehr so frisch wie zu Kaisers Zeiten. Die geisttötende Uniformierung vollzieht sich einerseits politisch aufgedrängt über die Strukturen, andererseits freiwillig opportunistisch angepaßt über die Inhalte von Forschung und Lehre. Beiden Fehlentwicklungen wird in den folgenden Kapiteln näher nachgegangen.

6 Dokumentiert auf den Netzseiten der Humboldt-Universität zu Berlin: https://www.gender.hu-berlin.de/de/zentrum/personen/ma/1682130, zuletzt abgerufen am 3. Juli 2015.

7 Zu den Plänen und Argumenten vgl. etwa Sprachnachrichten des Vereins Deutsche Sprache e.V., Nr. 64 (IV/2014), S. 8 f.

II. Uniformierung der Strukturen[8]

1. Ziele und Motive der verordneten Hochschulrevolution

Von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt und angesichts vieler anderer, echter oder eingebildeter Probleme auch unterschätzt, vollzieht sich in Deutschland schon seit geraumer Zeit eine Revolution des Hochschulsystems. Im Unterschied zu den Aufsehen und Widerstand erregenden Unruhen von 1968, die im Kern von einer linksextremen Minderheit der Studentenschaft ausgingen, sitzen die heutigen Kulturrevolutionäre an den Schalthebeln der Macht in den Wissenschaftsministerien. Während die segensreichen preußischen Reformen ebenfalls allerhöchste (damals königliche) Rückendeckung besaßen, wurden sie im Gegensatz zur derzeitigen Politik von klassisch gebildeten, unabhängig denkenden Männern betrieben, die in Kantscher Pflichterfüllung nach dem Wohle des Staates strebten, dem sie durch geistige Kräfte zurückgeben wollten, was er an materiellen eingebüßt hatte. Sie waren eine Elite und erneuerten Staat und Verwaltung, Justiz und Schule, Armee und Universität, was den beispiellosen kulturellen und in der Folge auch politisch-wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands im 19. Jahrhundert erst ermöglichte. Heutige, anscheinend mehr ihrer Parteidisziplin als unserem Vaterland verpflichtete Amtsträger tun hingegen alles, um die immer noch lebende Humboldtsche Universitätsidee in Deutschland wieder auszulöschen. Wer den steilen Abstieg vom höchsten intellektuellen und patriotischen Niveau preußisch-deutscher Bildungspolitik zum zeitgenössischen bundesrepublikanischen Standard mit den Händen greifen will, braucht nur die jeweiligen Losungen gegenüberzustellen: damals die bahnbrechenden Formeln „*Bildung durch Wissenschaft*“ und „*Einheit von Forschung und Lehre*“, heute schiere Unsinns-Floskeln wie „*Brain up*“[9] und „*Gender Mainstreaming*“[10].

8 Vgl. *Hering* (2005/2006), *Hering* (2009). Einige der folgenden Passagen sind zum Teil wörtlich oder gekürzt und aktualisiert hieraus entnommen. Die beiden Quellen enthalten noch weitere, hier aus Platzgründen nicht aufgegriffene Aspekte des Problems, die erste Quelle darüber hinaus viele Literaturhinweise.

9 Kongenial sinnloser Name des an eine geistig arme Sendung des Privatfernsehens angelehnten damaligen Wettbewerbs „Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten“, für den die gescheiterte Bundesbildungsministerin Bulmahn verantwortlich zeichnete.

10 Ein ursprünglich feministisch verstandenes, aber anscheinend noch weitaus radikaler gemeintes gleichmacherisches Konzept, auf dessen unklaren, unvernünftigen und unwissenschaftlichen Inhalt alle Hochschulen (und andere staatliche Institutionen) eingeschworen werden sollen.

Ein geschlossenes revolutionäres Manifest besitzen die Ministerialbürokratien und ihre Vordenker (z.B. Bertelsmanns „Centrum für Hochschulentwicklung", das sich sicherlich nicht ohne Grund nach einer kommunistischen Ikone „CHE" abkürzt) nicht. Zudem gibt es je nach Bundesland geringfügige Unterschiede in der Radikalität der Forderungen. Allen gemein ist jedoch, unter Berufung auf angebliche „internationale Standards" strukturelle Defizite der deutschen Universität herbeizureden, die als Anlaß für eine grundstürzende Abkehr vom bisherigen Erfolgsmodell herhalten müssen. Viele Ziele klingen für den hochschulpolitischen Laien überwiegend nicht oder nicht auf den ersten Blick unvernünftig, z.B. Verkürzung der Studienzeiten, Verringerung der Abbrecherquoten, Erleichterung der internationalen Mobilität, familienfreundlichere Arbeitsverhältnisse, leistungsorientierte Bezahlung, Erhöhung der internationalen „Sichtbarkeit" und manches andere. Sie verschleiern allerdings mehr oder weniger stark ihre tieferen Motive, zu denen sie in einem Mittel-Zweck-Zusammenhang stehen.
Diese tieferen, tatsächlichen Ziele der Hochschulrevolution werden natürlich öffentlich nicht genannt. Hinter dem Schleier der wohlklingenden Verlautbarungen lassen sich zwei ganz klar unlautere Zielsetzungen identifizieren, deren Erfüllung in der Realität das eigentliche Bestreben der Kulturrevolutionäre ist:

1. *Ideologisches Ziel*: Zerstörung der deutschen Universität Humboldtscher Prägung durch Uniformierung (äußerliche Amerikanisierung und leistungsfeindliche Gleichmacherei) sowie durch politische und wirtschaftliche Einflußnahme auf Forschung und Lehre;
2. *fiskalisches Ziel*: Haushaltsentlastung durch Kostensenkung für Forschung und Lehre sowie Erlöserzielung über Drittmittelforschung und Weiterbildung.

Beiden Zielen liegt als Motivation das fehlende Selbst- und Geschichtsbewußtsein zugrunde, welches die gegenwärtige politische Führungsschicht daran hindert, die großen kulturellen Leistungen unserer akademischen Tradition in Forschung, Lehre, Bildungs- und Wissenschaftspolitik vorurteilsfrei zu analysieren, für die Zukunft zu erhalten und behutsam fortzuentwickeln. Nur nationale Minderwertigkeitskomplexe angesichts zweier verlorener Weltkriege können der tiefere Grund dafür sein, ohne jede Not aus einem trotz großer Überlast überraschend gut funktionierenden, gewachsenen Bildungs-

system eine das Unterste zuoberst kehrende experimentelle Spielwiese in beflissener Anlehnung an scheinbare US-amerikanische Vorbilder oder angebliche Erfordernisse eines „europäischen Hochschulraums" zu machen. Niemand von den dafür Verantwortlichen scheint sich zu fragen, ob der (noch) ungebrochene wirtschaftliche Erfolg Deutschlands nicht auch zugleich ein Erfolg seines dreigliedrigen Schulsystems und seines weltweit einzigartig ausdifferenzierten Berufsausbildungs-, Fachhochschul- und Hochschulwesens ist.[11]

Dasselbe fehlende politische und kulturelle Selbstbewußtsein der Herrschenden erklärt auch, warum die Politik ausgerechnet der Bildung und Ausbildung unserer jungen Generation die ihr zustehenden, durchaus überschaubaren fehlenden Finanzmittel nachhaltig vorenthält, um sich statt dessen lieber bedingungslos einer monströs ausufernden, gegen Wortlaut und Geist aller Vertragsgrundlagen verstoßenden „Euro-, Banken- und Griechenlandrettung" zu verschreiben. Als wäre diese immer teurer werdende Insolvenzverschleppung der von Anfang an unlauteren[12] Währungsunion noch nicht genug, duldet, fördert und finanziert die Politik parallel zur rechtswidrigen und niemals demokratisch beschlossenen Euro-Schuldenunion auch noch die massenhafte illegale Einwanderung überwiegend Unqualifizierter und Unbemittelter. Von diesen vielfach durch organisiert kriminelle ausländische Schlepperbanden ins Land Gebrachten erweist sich ein erheblicher Teil als nicht integrationswillig, mißachtet unsere Sitten und Gesetze geradezu demonstrativ und stellt dennoch mit Erfolg immer neue Forde-

11 Erinnert sei auch an das zwar so nicht richtige, aber durchaus mit einem kleinen Körnchen Wahrheit versehene geflügelte Wort, bei Königgrätz habe 1866 der preußische Schulmeister gesiegt. Vgl. ein Zitat von Moltke in *Schoeps* (2012), S. 344. Zu den preußischen Wurzeln unseres Bildungserfolges vgl. u.a. *Bödecker* (2004), S. 252 ff.

12 Historische Erfahrungen lehren, daß selbst Währungsunionen vergleichsweise ähnlich leistungsfähiger Länder nicht funktionieren (siehe lateinische oder skandinavische Münzunion). Der Euro als Einheitswährung wesentlich heterogenerer Volkswirtschaften beruht also bei wohlwollendster Interpretation „nur" auf grenzenloser wirtschaftlicher Naivität und Beratungsresistenz der maßgeblichen Politiker. Vieles spricht aber auch dafür, daß Kohl auf französischen Druck hin die gesunde Deutsche Mark als Preis für Mitterands Zustimmung zur Wiedervereinigung mit den mitteldeutschen Bundesländern opfern mußte, um dem gestärkten Deutschland sein einziges verbliebenes Machtmittel zu nehmen und die französische Weichwährungstradition im Euro fortzusetzen. Ohne jeden Zweifel unlauter war schließlich die auf Betrug und Fälschung gegründete Aufnahme Griechenlands in die Währungsunion, und es ist kein Zufall, daß das Scheitern der auf politischem Wunschdenken statt wirtschaftlicher Vernunft beruhenden Einheitswährung gerade am Scheitern dieses auch innerlich korrupten und rückständigen Balkanstaates augenfällig wird.

rungen an das Gemeinwesen, als schuldete dieses ausgerechnet denen, die nichts zu ihm beitragen (wollen), auch noch einen privilegierten Status. Ein selbstbewußter und souveräner Staat würde das kostbare Geld der hart arbeitenden Steuerzahler gemeinwohlorientiert in die Zukunft seiner Kinder investieren, statt es unvernünftig und illegitim in fremde Fässer ohne Boden zu gießen, bloß um sich „internationalen" Beifalls zu versichern oder die ideologischen Vorstellungen einer vom Volk abgewandten kosmopolitischen Führungsschicht zu erfüllen. Zum Verhalten der bundesrepublikanischen Spitzenpolitiker paßt leider im Ergebnis das Bismarck zugeschriebene Wort: „Eine feige Politik hat noch immer Unglück gebracht."

2. Maßnahmen der verordneten Hochschulrevolution

Um die Bestrebungen der gegenwärtigen Hochschulpolitik als letztlich ideologisch oder fiskalisch begründet zu entlarven, ist es lehrreich, einzelne Maßnahmen genauer unter die Lupe zu nehmen. Exemplarisch seien im folgenden drei besonders prominente herausgegriffen: die „leistungsorientierte" Professorenbesoldung, die Attacken auf das Habilitations- und Promotionsrecht der Universitäten sowie die neuen, „alternativlosen" Einheits-Studienabschlüsse „Bachelor" und „Master". Vor dem Professorenbesoldungsreformgesetz wurden Ordinarien nach C4 und Extraordinarien nach C3 besoldet, Hochschuldozenten und Oberassistenten nach C2. Diese Besoldung orientierte sich nur an akademischen Spitzenleistungen und kannte keinerlei automatische Beförderungen:[13] Der Aufstieg vom Assistenten der Besoldungsgruppe C1 in die Gruppe C2 war nur durch Habilitation möglich, der Aufstieg in die Gruppen C3 und C4 nur durch Berufung an eine andere Universität. Durch weitere Rufe ließ sich auch die C4-Besoldung nicht unbeträchtlich weiter steigern. In Anerkennung der einleuchtenden Tatsache, daß hochqualifizierte Arbeitsleistung nicht durch Buchhalterei, sondern nur durch persönliche Reputation „meßbar" ist, wurde der mit dem Alter des Wissenschaftlers wachsenden Belesenheit und Erfahrung pauschal durch Besoldungserhöhungen im zweijährlichen Rhythmus (bis zum Erreichen der Endstufe im Alter von 49 Jahren) Rechnung getragen. Diese Besoldungsanpassung nach dem Lebensalter

13 Lediglich bei den ebenfalls nach C2 oder C3 besoldeten Fachhochschullehrern war eine Beförderung von C2 nach C3 im eigenen Hause möglich und sogar ganz üblich.

erscheint für Wissenschaftler durchaus nicht unangemessen: Einerseits bleibt ihnen (im Gegensatz z.B. zu ministeriellen Wissenschaftsbürokraten) ein Laufbahnprinzip per Beförderung aus gutem Grunde verwehrt. Vorrangig[14] harte wissenschaftliche Kriterien entscheiden auf einem unbarmherzig umkämpften Markt über das Erreichen der nächsten Karrierestufe. Die akademische Stellenhierarchie ist nicht nur laufbahnlos, sondern auch sehr flach: Es gab bis 2004 nur maximal drei Schritte von C1 bis C4; dabei war ein einmaliger, direkter Sprung von C1 auf C4 sehr häufig. Schließlich gehört es zu den Besonderheiten des Wissenschaftlerberufs, daß er von kumulierter Erfahrung lebt und nicht selten große Werke, die als Summe eines Gelehrtenlebens anzusehen sind, erst in reiferem Alter hervorbringt (man denke an Immanuel Kant oder Theodor Mommsen).

Gleichwohl taten die Hochschulrevolutionäre so, als sei die leistungsorientierte C-Besoldung der Professoren leistungsfeindlich gewesen (ihre eigenen Abgeordnetendiäten und politischen Ämter der B-Besoldung sind selbstverständlich über „leistungsorientierte" Anpassungen nach unten erhaben). Getreu ihrem ideologischen Nivellierungsziel führten sie für Universitäten und Fachhochschulen uniform die neuen Besoldungsgruppen W2 und W3 ein. Im Widerspruch zum Kürzel „W", das wohl für „Wissenschaft" stehen soll, werden auch hohe Verwaltungsbeamte (Kanzler) in der Gruppe W3 geführt. Das Grundgehalt eines W-Professors lag anfangs deutlich unter dem Niveau, welches selbst für einen Erstberufenen der C-Besoldung galt, und wurde von der Rechtsprechung nicht überraschend als verfassungswidrig eingestuft, so daß der Gesetzgeber seinen leistungsfeindlichen Pfusch ein wenig nachbessern mußte. Zwar können in der W-Besoldung auch Zulagen beantragt werden, allerdings gibt es keinen Rechtsanspruch auf Erhörung der dafür regelmäßig zu erstellenden, die eigenen Vorzüge preisenden „Bettelbriefe" an den Rektor. Die sogenannte „leistungsorientierte Besoldung" hat sich also in der Praxis in ganz anderem Sinne als W-Besoldung, nämlich als Weniger-Besoldung, erwiesen. Außer natürlich für bestimmte politisch Begünstigte, z.B. so manchen Hochschulpräsi-

14 Von persönlicher Protektion, Netzwerken etc. kann hier abstrahiert werden, denn diese Erscheinungen gibt es überall und ganz unabhängig vom Besoldungssystem. Im Wissenschaftsbereich wirken sie außerdem weniger eklatant als beispielsweise in Politik, Verwaltung und öffentlicher Wirtschaft, da an der Universität auch die beste Protektion nicht das Fehlen elementarster akademischer Voraussetzungen (z.B. Promotion und i.d.R. Habilitation) ersetzen kann.

denten, Kanzler oder teuer aus dem Ausland abgeworbenen Kollegen. Um einen einzigen in der Schweiz oder den Vereinigten Staaten doppelt so hoch wie in Deutschland üblich bezahlten Professor für eine hiesige Universität zu gewinnen, müssen jeweils gleich mehrere inländische Professoren um ihre amtsangemessene Besoldung gebracht werden. Es ist unanständig, daß ein Universitätsprofessor der W2-Besoldung schlechter bezahlt wird als ein Gymnasiallehrer. Die stark abgesenkten Grundgehälter stellen in der Universitätsmedizin das Gehaltsgefüge zwischen Professor und untergebenen Oberärzten auf den Kopf, und jeder einigermaßen erfolgreiche Diplom-Kaufmann oder Dr. rer. pol. hat für die W3-Besoldung seines früheren Hochschullehrers nur Spott übrig. Mit derartigen Gehaltsstrukturen schreckt die Politik die besten Nachwuchswissenschaftler von einer Universitätskarriere ab, demotiviert das vorhandene Personal und setzt die ideologisch gewünschte Gleichmacherei aller Schul- und Hochschulformen konsequent und (kurzfristig sogar) haushaltsentlastend um. Der entscheidende Denkfehler der Hochschulrevolutionäre war, die bisherigen Amtsinhaber für faul und pflichtvergessen zu halten und von Neuberufenen im Durchschnitt mehr Leistung für weniger Geld zu verlangen. So ein gehässiges Nullsummenspiel motiviert niemanden und verschlechtert die Arbeitsbedingungen an den Universitäten nachhaltig.

Auch im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses setzen die Hochschulrevolutionäre auf Gleichmacherei und Kosteneinsparung. Aus der falschen und ideologiebelasteten Analyse, daß die Habilitation (als zweites großes wissenschaftliches Werk nach der Doktorarbeit) einen „international unüblichen" deutschen „Sonderweg" verkörpere, der in den von ihnen akademisch angehimmelten USA unbekannt sei, leiteten sie die Notwendigkeit ab, dieses bewährte und auch von den meisten Nachwuchswissenschaftlern als angemessen akzeptierte Qualifikationsverfahren zu Fall zu bringen. Mit alttestamentarischem Eifer, der erst im Sommer 2004 vom Bundesverfassungsgericht in die Schranken gewiesen wurde,[15] dekretierten die Neuerer, daß die Habilitation künftig verboten sei und sogar im Berufungsverfahren nicht mehr zugunsten eines Bewerbers Berücksichtigung finden dürfe, obwohl sie zuvor die Regelvoraussetzung für den Professorenberuf war. Dieser von einer selber nicht einmal promovierten Ministerin

15 Vgl. BVerfG, 2 BvF 2/02 vom 27. Juli 2004.

ausgeheckte Anschlag auf die Wissenschafts- und Berufsfreiheit war als Verstoß gegen das beamtenrechtliche Gebot der Bestenauslese bei der Vergabe öffentlicher Stellen klar rechtswidrig.[16] Der ganze ideologische Haß gegen den Privatdozenten offenbarte sich in der kaltschnäuzigen, menschenverachtenden Aussage eines Bürokraten aus dem besagten Bundesbildungsministerium, die jetzige Generation der Habilitierten sei eben ohne Übergangsregelung zu „*verschrotten*".[17] Nachdem dieses Ansinnen gerichtlich gestoppt worden war, blieb von dem politischen Kampfprojekt der Abschaffung der Habilitation nur noch die Schaffung des alternativen Qualifikationswegs eines „Juniorprofessors" übrig. Dieser soll sich in der Forschung lediglich über wissenschaftliche Aufsätze qualifizieren und zum Ausgleich mehr lehren, während ein Habilitand nur ein begrenztes Lehrdeputat hat und neben seiner Habilitation zusätzlich ebenfalls wissenschaftliche Aufsätze publizieren muß, um als berufungsfähig angesehen zu werden. Im Endeffekt entspricht der „Juniorprofessor" mit seiner gewollt kindlichen Amtsbezeichnung einem „Billigprofessor" oder Schmalspurprofessor, mit dem die Politik die Qualifikationsmaßstäbe absenken und gleichzeitig vollwertige Professorenstellen für die Lehre einsparen will. Viele Juniorprofessoren entscheiden sich daher nach wie vor parallel für die Habilitation. Leider verdirbt die Berufung Unhabilitierter auch insofern die Maßstäbe, als immer häufiger auch Habilitanden keine zeitaufwendige klassische Habilitationsschrift mehr verfassen, sondern sich ihre Zeitschriftenaufsätze als solche kumuliert anerkennen lassen. Auf diese Weise hat die politisch gewünschte und verhätschelte Einführung der Juniorprofessur - leider nicht ohne Zutun der Fakultäten, welche eine kumulative Habilitation mit zusammenkopierten Aufsatzsammlungen durchführen oder anerkennen - zur Nivellierung des Anspruchsniveaus beigetragen. Sogar das qualitätssichernde traditionelle deutsche Hausberufungsverbot gilt nicht für solche Juniorprofessoren, die mit einer entsprechenden Überleitungsmöglichkeit auf eine ordentliche oder außerordentliche Lebenszeitprofessur an der eigenen Universität privilegiert werden.

16 Man stelle sich einmal ein genauso absurdes Gesetz vor, das die Meisterprüfung abschafft und zugleich die Berücksichtigung des Meisterbriefes bei der Einstellung von qualifiziertem Personal verbietet.

17 Vgl. Meldung in Forschung und Lehre, 9. Jg. (2002), S. 61.

Zu dieser allgemeinen Absenkung anerkannter tradierter Leistungsanforderungen paßt, daß unhabilitierte Juniorprofessoren bereits kurz nach ihrer eigenen Promotion Doktoranden betreuen (was selbst für den mit formellem Promotionsrecht versehenen Privatdozenten vor seiner Berufung zum Professor nicht oder nur in fachlich begründeten Einzelfällen üblich ist). Nachdem die Habilitation im Ergebnis nicht beseitigt, sondern nur durch eigenes Verschulden der sie wenig selbstbewußt verteidigenden Fakultäten verwässert werden konnte, ist nun als nächstes die Doktorpromotion ins Visier der Gleichmacher geraten. Wie gerade erwähnt, wird sie einerseits auch schon in die Hände von gerade erst promovierten Juniorprofessoren gelegt, die nur wenig oder keinen Erfahrungsvorsprung gegenüber ihren besten Doktoranden haben. Andererseits verfolgt die Politik aktuell wieder mit aller Macht ihr altes ideologisches Gleichmacherziel, den Fachhochschulen das Promotionsrecht zu verleihen oder jedenfalls unhabilitierte Fachhochschullehrer zu Gutachtern in universitären Promotionsverfahren zu adeln. Damit soll die nicht zuletzt auch leistungsorientierte Unterscheidung zwischen Universitäten und Fachhochschulen im Interesse der politisch überrepräsentierten FH-Dozenten, die sich eben nicht an eine Hochschule mit Promotionsrecht berufen ließen und vielfach damit (und mit sich selbst) hadern, verwischt werden.

Besonders fanatisch kämpfen die Hochschulrevolutionäre für ihr Ziel, das durchschnittliche Bildungsniveau deutscher Akademiker abzusenken. Ein wesentliches Element bundesrepublikanischer Bildungspolitik ist das Beseitigen ideologisch verachteter deutscher akademischer Traditionen zugunsten einer möglichst weitgehenden Anbiederung an das von ihr als klar überlegen verehrte angloamerikanische Vorbild. Besonders augenfällig wird dies im Rahmen der Maßnahmen zur Nivellierung des Studienbetriebs. Da deutsche Studienabschlüsse wie der Diplom-Ingenieur (hier auch der dennoch ehrlich mit dem Zusatz FH gekennzeichnete) oder der *Magister artium* ungeachtet des akademischen Massenbetriebs weltweit exzellentes Ansehen genießen und auch von der heimischen Wirtschaft vollauf akzeptiert sind, mußte die vermeintliche Revolutionsnotwendigkeit mit regelrechten Lügen herbeigeredet werden.[18] Es ist atemberaubend, in welchem Ausmaß das deutsche

18 Zum sogenannten „Bologna-Prozeß“ vgl. die facettenreichen Kurzbeiträge im Sammelwerk von *Scholz/Stein* (2009) sowie ausführlich *Edel* (2015), S. 302 ff.

Volk von führenden Politikern und Interessengruppen (international tätige Großunternehmen, profilierungssüchtige Hochschulfunktionäre) über den tatsächlichen Inhalt der sogenannten Bologna-Vereinbarungen getäuscht wurde, die uns keineswegs verpflichtet haben, unsere erfolgreichen einstufigen Studiengänge (Diplom, Magister)[19] einer Gleichmacherei auf niedrigerem europäischen Niveau zu opfern und wie Hans im Glück gegen ein fast alternativloses[20] Zwangssystem mit zwei verschulten, englisch bezeichneten Stufen einzutauschen. Die erste Stufe bildet der sprachlich alberne halbakademische Abschluß „Bachelor", die insgesamt studienzeitverlängernde zweite Stufe der dennoch nur knapp vollakademische Anschluß-Abschluß „Master", welcher unprofessionellerweise zunehmend kolonial- oder vasallenartig in englischer Sprache gelehrt wird, also auf dem im Durchschnitt bestenfalls zweit- oder drittklassigen Niveau von Nichtmuttersprachlern.

Warum wird das getan? Abgesehen von dem ideologischen Ziel, sich auf Kosten der innerlich abgelehnten deutschen akademischen Tradition mit englischen Abschlußbezeichnungen und englischer Lehrsprache als „Amerikaner mit zufällig deutschem Paß" (Selbstbeschreibung eines inzwischen gerichtlich abgeurteilten deutschen Wirtschaftsführers) zu gerieren, geht es wiederum vor allem um Verflachung und Gleichmacherei: Während bisher der Diplom-Kaufmann und der Diplom-Betriebswirt (FH) ihr jeweils andersartiges Profil auf dem Markt klar zum Ausdruck brachten, sollen Universitäten, Fachhochschulen und Berufsakademien einheitlich und ohne Herkunftszusatz die (dadurch völlig beliebig gewordenen) Grade Bachelor und Master vergeben. „Master ist Master", argumentierte mit schlagender Logik die Politikerin Flach von der ihrem Namen nach freiheitlich orientierten Fachhochschullehrer-Lobbyistenpartei. Aha, Haus ist Haus, Auto ist Auto, Buch ist Buch. Man könnte über den infantil anmutenden Versuch, reale Unterschiede durch sprachliche Gleichsetzung zu leugnen, sogar lachen, wenn diese

19 Bezeichnenderweise nahm der Staat seine eigenverantworteten Studienabschlüsse, die Staatsexamina in den Bereichen Medizin, Rechtswissenschaft und Lehramt, zunächst oder bis auf weiteres von den qualitätssenkenden Neuregelungen aus, die er den Universitäten in allen anderen Fächern aufzwingt.

20 Nur wenige Universitäten kämpfen noch für vereinzelte Diplomstudiengänge, während Nordrhein-Westfalen sie sogar samt und sonders verbot und seine autoritäre Maßnahme, ironischerweise unter dem Titel „Hochschulfreiheitsgesetz", vor dem Bundesverfassungsgericht gegen eine ihre akademische Freiheit einklagende Fakultät durchsetzte.

Klippschulargumente nicht aus dem im Deutschen Bundestag für die Hochschulpolitik zuständigen Ausschuß kämen. Jede gewachsene und sinnvolle Differenzierung nach Leistung und Profil erscheint offenbar in der Denkwelt aller in Bund oder Ländern regierenden Parteien schon als elitär, ewiggestrig, „rechts", undemokratisch, „nicht hilfreich" (A. Merkel), unökologisch, menschengemacht klimawandelnd, unislamisch, frauenfeindlich, nicht gendergerecht oder wie auch immer untragbar. Der Gleichheitswahn triumphiert. Daß gleiche Etiketten im Berufsleben dennoch nicht gleiche Einsetzbarkeit und gleiche Chancen bedeuten, sondern nur die Unternehmen zu aufwendigeren Einstellungsverfahren zwingen und die Filterfunktion der öffentlichen Abschlüsse für den Arbeitsmarkt untergraben, scheint den Hochschulrevolutionären nicht einsichtig oder aber gleichgültig zu sein.
Die Politik legt darüber hinaus im falsch verstandenen Interesse der Wirtschaft Wert auf kurze, berufsqualifizierende Studiengänge, welche natürlich im Rahmen eines Bachelor-Zeitrahmens von drei Jahren gar nicht seriös realisierbar sind. Wer möchte sich schon sein Haus von einem Halbarchitekten entwerfen lassen? Hintergrund ist natürlich, das „BAföG" in vielen Fällen nur noch für eine Regelstudienzeit von sechs (statt acht oder neun) Semestern zahlen zu müssen und viele Stellen an den Universitäten einsparen zu können, denn nur einem kleinen Teil der halbgebildeten Bachelors soll nach dem Willen der Hochschulrevolutionäre noch erlaubt werden, Vollakademiker zu werden. Hinter der Bachelor-Master-Ideologie verbirgt sich nicht zuletzt ein gigantisches Entakademisierungsprogramm, welches neben der irrationalen Verenglischungsideologie auch ganz nüchtern das verfehlte Ziel verfolgt, die öffentlichen Haushalte auf Kosten der Bildung der jungen Generation zu entlasten. Schließlich haben unsere „überzeugten Europäer" mit dem Geld des deutschen Steuerzahlers ganz anderes vor, z.B. die oben erwähnte rechtswidrige, unbegrenzte Griechenland- und Eurorettung, die Förderung illegaler Masseneinwanderung, die staatlich alimentierte Verbreitung eines angeblich „zu Deutschland gehörenden", „friedfertigen" Islams und vieles mehr.

III. Uniformierung der Inhalte

1. Zurückdrängung deutscher durch angelsächsische Sichtweisen

Ganz unabhängig von den staatlich aufgezwungenen strukturellen Gleichschaltungen vollzieht sich an unseren Universitäten parallel

eine allein selbstverschuldete geistige Uniformierung. Zwar findet diese natürlich den Beifall und die Unterstützung der gleichgerichteten Hochschulpolitik, wäre aber ohne den Opportunismus oder das überzeugte Mittun vieler Professoren nicht so weit gediehen. Da beamtete Professoren in Forschung und Lehre frei und unabhängig sind, kann für das Zurückdrängen der deutschen akademischen Tradition zugunsten der Übernahme angelsächsischer Lehrmeinungen und Forschungsstile nicht die Politik verantwortlich gemacht werden.

Am Anfang dieser auf eine weltweit uniforme, englischsprachige Wissenschaft hinauslaufenden Fehlentwicklung stand gleichwohl politischer Druck, allerdings aus dem Ausland. Anders als das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn führten unsere westlichen Kriegsgegner den Ersten Weltkrieg auch als Feldzug gegen die Weltgeltung der von ihnen zu Feinden erklärten und aus den Akademien ausgeschlossenen Wissenschaftler, ihrer Sprache und ihrer Fachzeitschriften.[21] Genau wie die völkerrechtswidrige Hungerblockade[22] setzten Frankreich und England auch den Kulturkampf gegen die deutsche Wissenschaft über den Waffenstillstand hinaus rücksichtslos fort. Die für das Deutsche ungünstigen Folgen dieser unehrenhaften totalen Kriegführung selbst im Reiche der Wissenschaft ließen sich nicht wieder rückgängig machen, und eine Ironie der Geschichte liegt lediglich darin, daß das besonders rachsüchtige und unversöhnliche Frankreich nur einen Pyrrhussieg erfocht, weil sich nach der gewollt betriebenen Verdrängung des Deutschen als führender Wissenschaftssprache nicht etwa die französische Sprache an seine Stelle setzte, sondern die des amerikanischen Kriegsentscheiders.

Während vor dem Ersten Weltkrieg mehrere Wissenschaftssprachen parallel in Blüte standen, herrscht heute englische oder genauer US-amerikanische Monokultur. Anders als nach dem Ersten bestanden nach

21 Zum Kulturkampf gegen die deutsche Sprache und Wissenschaft im und nach dem Ersten Weltkrieg vgl. *Edel* (2015), S. 120 ff. und die dort genannten weiteren Quellen.

22 Die Fernblockade der deutschen Küsten verstieß gegen das Völkerrecht, was die USA freilich nicht gegen die Hauptabnehmer ihrer Rüstungsgüter und Empfänger ihrer Kredite, England und Frankreich, auf den Plan rief. Einen Kriegsvorwand sahen die USA erst durch den uneingeschränkten U-Boot-Krieg gegeben, der vom Kaiser bis 1917 immer wieder untersagt worden war (vgl. *Schröder* (2003)) und schließlich als verzweifelte letzte deutsche Notmaßnahme gegen die erdrosselnde, besonders für die Zivilbevölkerung todbringende Hungerblockade die Kriegsentscheidung bringen sollte. Die Aussicht auf den Verlust ihrer Kriegskredite im Falle eines deutschen Sieges rief die USA dann in der Tat auf den Plan.

dem Zweiten Weltkrieg kein ungebrochenes Selbstbewußtsein und keine von Besatzungstruppen unbeeinträchtigte staatliche Souveränität mehr, so daß, auch im Zuge der alliierten „Umerziehung", die politische und geistige Vormachtstellung des erneuten Kriegsentscheiders USA von vielen Deutschen als unvermeidlich oder sogar begrüßenswert akzeptiert wurde. Daher rührt, daß seitdem so viele das Heil in der Übernahme möglichst vieler tatsächlicher oder vermeintlicher Errungenschaften ihres Hegemons sahen.[23] Wie nicht nur das hilflos hingenommene Ausgespähtwerden unserer Regierung und Wirtschaft durch amerikanische Geheimdienste beweist, gleitet unser Staat derzeit vom im Kalten Krieg noch durchaus geachteten, da gegen die verbrecherische Sowjetunion benötigten starken Bündnispartner zum letztlich verachteten schwachen Vasallen der USA ab, was sein universitäres Spiegelbild in allerlei akademischen Anbiederungsversuchen findet: wissenschaftliche Tagungen in Deutschland vor Deutschen auf englisch, Umbenennung einst selbstbewußter Fakultäten in „Departments" und „Schools", Selbstaufgabe deutscher Traditionszeitschriften durch Verenglischung von Name und Inhalt, Verenglischung der Lehre[24].
Warum machen außer unseren Politikern auch so viele an sich unabhängige Wissenschaftler bei diesem kulturell würdelosen Umwandlungsprozeß eines einst stolzen und leistungsfähigen, ja führenden Universitätssystems in eine zweitklassige Imitation amerikanischer Wissenschaft mit? Dies erklärt Brinkmann so treffend, daß er hier wörtlich zitiert sei: „Die Welt der Kultur ist geteilt in ein Zentrum und mindestens eine, häufig mehrere Kolonien. Das Zentrum bestimmt die Inhalte der kulturellen Betätigung und deren Methoden, die Kolonien ahmen diese nach. Das vorzüglichste Instrument, mit dem das kulturelle Zentrum seine Herrschaft errichtet und ausübt, ist die Einführung seiner Sprache [...] Denn die Sprache bestimmt das Denken, die Weltsicht, die Methoden, die Inhalte. Die geistige Kolonisierung ist aber auch in der eigenen Sprache der Kolonien möglich; die Übernahme der Sprache des Zentrums kennzeichnet dann die Vollendung der geistigen Unterwer-

23 Zur Amerikafixierung großer Teile unserer politischen Führung (der freilich jenseits des „Eisernen Vorhangs" die noch viel beflissenere „Russenknechtschaft" der kommunistischen „DDR"-Bonzen karikaturenhaft gegenüberstand) vgl. *Edel* (2015), S. 183 ff.

24 Zur Nachteiligkeit der Einführung von Englisch als Wissenschaftssprache in Deutschland vgl. z.B. *Edel* (2015), S. 279 ff.

fung. Die Kolonien, fixiert auf das Zentrum, bemühen sich, mit ihren Nachahmungen vom Zentrum als gleichwertig anerkannt zu werden: ein vergebliches Bemühen, das Zentrum schaut mit Verachtung auf die Nachahmer herab, es nimmt sie nicht ernst und deshalb auch nicht wahr. Die Nachahmer ihrerseits ahmen das Zentrum auch darin nach, daß sie die [..] übrigen Kolonien und sich selber ignorieren, weil sie wie das Zentrum von der minderen Qualität ihrer eigenen Erzeugnisse und der ihrer Schicksalsgenossen in den übrigen Kolonien überzeugt sind. [...] Das einzige, was das Zentrum von den Kolonien übernimmt, sind brillante junge Leute, die es integriert“[25].

Wozu diese wissenschaftliche Kolonialkultur führt, sei abschließend an einem Beispiel aus der Betriebswirtschaftslehre aufgezeigt. Finanzwirtschaftliche Autoren sehen sich schon seit vielen Jahren mehr und mehr dazu gezwungen, den Geßlerhut der herrschenden angelsächsischen Meinung durch entsprechendes Zitieren gebührend zu grüßen. Zeitgenössische Zeitschriftengutachter schätzen es überhaupt nicht, wenn Beiträge frecherweise keine angelsächsischen Quellen aufführen. Dahinter steckt der Aberglaube, daß alles Neue seinen Urgrund jenseits des Atlantiks oder doch zumindest jenseits des Ärmelkanals haben müsse, Originäres also *auf gar keinen Fall* ohne Rückgriff auf angelsächsische Meister entstehen könne. Amerikanische oder englische Autoren hingegen zwingt garantiert niemand, deutsche Originalquellen zu zitieren, selbst wenn es wissenschaftlich zwingend geboten wäre.[26] Für deutsche Autoren gilt das genaue Gegenteil; wer es noch wagt, in einer sogenannten „internationalen Zeitschrift“ ((zu) viele) deutschsprachige Quellen aufzuführen, wird heute nicht selten von anonymen Gutachtern gedrängt, auf derartige dem internationalen Publikum angeblich nicht zumutbare Zitate zu verzichten. Damit entlarvt sich die vorgebliche Internationalisierung durch englischsprachige Zeitschriftenbeiträge unverhohlen als Teil eines wissenschaftsfeindlichen Kulturkampfes: Die Gutachterweisung an Autoren, deutsche Originalquellen nicht zu

25 *Brinkmann* (2003), S. 55.
26 Vgl. *Hering* (2014), S. 339.

zitieren, kommt einer skandalösen Aufforderung zum Plagiat gleich und verstößt damit eklatant gegen die wissenschaftliche Redlichkeit.[27]

2. Praktische Auswirkungen der Verdrängung deutscher Theorie

Der gegenwärtige Kulturkampf gegen die deutsche Sprache und die in ihr errichteten Gedankengebäude fügt nicht allein der Wissenschaft an sich schweren Schaden zu, indem Erkenntnisse nicht-englischsprachiger Provenienz mutwillig in die Vergessenheit abgedrängt oder aber aus Unkenntnis oder auf Druck von Zeitschriftenherausgebern fälschlich englischsprachigen Autoren zugeschrieben werden. Die Übernahme eines weltweit uniformen, aber wenig tragfähigen angelsächsischen Theoriekonstrukts kann auch in der Praxis verheerende Konsequenzen zeitigen. Auch hierzu sei wieder ein Beispiel aus meinem eigenen akademischen Fach angeführt.

Die weite Verbreitung von Bewertungskalkülen auf Basis der angelsächsischen neoklassischen Kapitalmarkttheorie hat durch die systematische Fehlleitung von Praktikern, die diese Modelle massenhaft real anwenden und möglicherweise sogar an ihre Fundiertheit glauben, mittlerweile erheblichen gesamtwirtschaftlichen Schaden angerichtet. Dabei erwiesen sich die mit amerikanischer Theorie begründeten „Werte" gleich als doppeltes Einfallstor für Fehlentscheidungen, nämlich sowohl durch Blendung der externen Bilanzleser als auch durch Lähmung des internen Rechnungswesens.[28] Zu der 2007/2008 ausgebrochenen schweren weltweiten Finanzkrise trug einerseits die sorglose Bilanzierung nach internationalen Rechnungslegungsstandards bei. Ganz im Widerspruch zu dem in der deutschen handelsrechtlichen Rechnungslegung verankerten Vorsichtsprinzip erlauben „internationale Standards" nämlich die bilanzielle Aktivierung nicht realisierter Zukunftshoffnungen, wie sie in Tagespreisen oder simplen Modell-

27 Ein dem Namen nach europäisches Journal für „Operational Research" verlangte in zwei zeitlich verschiedenen Fällen unterschiedlicher Autoren durch seine(n) anonyme(n) Gutachter, modellanalytisch notwendig zu zitierende Originalbeiträge auch *d. Verf.* (nur) wegen ihrer Deutschsprachigkeit aus den eingereichten Artikeln zu *eliminieren*. Sollte ein derartiger Kampf gegen deutschsprachige Quellen und ihre Verfasser generelle Politik der Herausgeber dieser und ähnlicher durchaus angesehener Zeitschriften sein, würden letztere dadurch jeden Anspruch verspielen, als wissenschaftlich zu gelten. Zu einem analogen Beispiel aus der Medizin, bei dem allerdings die Autoren leider unter dem ausgeübten unlauteren Druck einknickten, vgl. *Edel* (2015), S. 287 ff.

28 Vgl. *Hering* (2014), S. 338 f. sowie *Hering/Olbrich/Rollberg* (2010).

„Werten“ von weltweit angewendeten Praktikerverfahren auf Basis der angelsächsischen Kapitalmarkttheorie zum Ausdruck kommen.[29] Der mit dem vertrauenerweckend klingenden Werbebegriff „fair value“ verklärte Zeitwertansatz kommt einem säkularen Rückschritt zur Tageswertbilanzierung gleich, die aufgrund ihrer leichten Manipulierbarkeit schon unter Kaiser Wilhelm I. durch die Aktienrechtsnovellierung im Jahre 1884 abgeschafft worden war und die nun in scheinbar „modernem“ angelsächsischem Gewande wiederkehrt. Gerade die Parameter der angelsächsischen Gleichgewichtsmodelle laden besonders leicht zur Manipulation ein, und im Gegensatz zum subjektiven Ertragswertverständnis der deutschen Unternehmensbewertungstheorie versprechen diese US-amerikanischen Gleichgewichtsmodelle genaue Punktwerte statt Bandbreiten, so daß alle Bewertungsannahmen und -unsicherheiten dem externen Bilanzleser nicht ersichtlich werden. Unvorsichtige Bilanzierung kann Anleger zu Fehlentscheidungen verleiten, weil aus den optimistischen Wertansätzen nicht deutlich wird, wie schnell möglicherweise ein gravierender Abschreibungsbedarf eintritt, sofern sich die Hoffnungen nicht erfüllen oder die Marktpreise kollabieren (wie beim „Platzen“ der „Immobilienblase“ oder beim Auffliegen des betrügerischen Charakters der griechischen Euro-Staatsanleihen). In gleicher Weise verleiten die Bewertungsverfahren auf Basis US-amerikanischer Lehrbücher auch im internen Rechnungswesen zu Fehlentscheidungen, indem sie das Nachdenken über den subjektiven Wert einer Investition und die dabei auftretende Bandbreite der Erfolgsstreuung scheinbar ersparen. Ohne Rücksicht auf die individuelle Zielsetzung und das individuelle Entscheidungsfeld des Bewerters können quasi-objektive, rechnerisch fingierte „Marktwerte“ aber allenfalls als Argumentations- oder Schiedswerte gegenüber Dritten eingesetzt werden, jedoch nicht als Grenzpreise zur Fundierung ureigener Investitionsentscheidungen. Die Überschätzung der Werthaltigkeit von an Börsen gehandelten Im-

29 Nach deutschem Handelsrecht rechnet sich der Kaufmann in der Bilanz ärmer, als er ist (vorsichtige Bewertung von Vermögen und Schulden im Interesse des Gläubigerschutzes): Gewinne wirken sich erst aus, wenn sie tatsächlich „eingefahren“ (realisiert) sind, während drohende Verluste sicherheitshalber sofort angesetzt werden. Nach „internationaler“ – das heißt natürlich an US-amerikanischen Vorstellungen orientierter – Rechnungslegung steht hingegen das vermeintliche Informationsinteresse des Kapitalmarkts im Vordergrund, was zum Bilanzansatz von aktuellen Marktpreisen oder von auf Schätzungen zukünftiger Zahlungsströme beruhenden Barwerten führt. Bei guter Konjunktur können derartige Bewertungen einen deutlich höheren Eigenkapitalausweis bewirken, als dies nach deutschem Vorsichtsprinzip erlaubt wäre.

mobilien- und Bankpapieren sowie Anleihen schwacher Euro-Staaten wurde durch den in der angelsächsischen Bewertungstheorie angelegten Glauben an die in der Praxis falsche Gleichung „Wert gleich Preis" erleichtert, denn Börsenkurse sind nach dieser neoklassischen Theorie eben angeblich „fair" und nach Ansicht derer, die deutsche Beiträge zur Bewertungstheorie nicht lesen, sogar „das Beste, was wir haben". Eine Ausbildung der Entscheidungsträger unter Einbezug von Bewertungsmodellen deutscher Herkunft hätte natürlich auch nicht sicher vor Fehlbewertungen und Fehlschätzungen schützen können, besonders unter dem Einfluß von Gier im menschlichen Herdenverhalten. Sie wäre aber durch Schärfung des theoretischen Problembewußtseins und Relativierung eines blinden Glaubens an gezahlte Marktpreise (Börsenkurse) allgemein marktdienlich gewesen. Jeder einzelne Akteur, der durch größere Skepsis gegenüber vermeintlichen „Marktwerten" die Preise amerikanischer Schrottpapiere rechtzeitig als überhöht statt „fair" eingeschätzt hätte, wäre durch eine weniger uniforme betriebswirtschaftliche Lehre sogar vor Schaden bewahrt worden.

IV. Verkehrte Welt

Geben wir abschließend noch einmal dem seinerzeitigen Fürsten der Philologen das Wort: „Im Jahre 1910 feierte unsere Universität ihr hundertjähriges Bestehen. Wieder kamen Abgesandte aus allen Ländern, wieder fanden sie freudige Aufnahme öffentlich und in vielen Häusern, wieder gab es keinen Mißklang. Es imponierte doch, daß der Kaiser unter seinen Professoren saß, mitsang und vom Katheder sprach, daß Erich Schmidt als Rektor sagte: ‚im Götz ertönen nur zwei Hochrufe, es lebe der Kaiser und es lebe die Freiheit! Jetzt ist Kaiser und Freiheit zugleich verloren. Und die Verbrüderung von Militarismus und Wissenschaft imponierte auch; gerade das ist mir von ausländischen Gästen ausgesprochen."[30]

Während v. Wilamowitz-Moellendorff den in der Bundesrepublik Deutschland nach alliiertem Muster durchweg negativ verwendeten Begriff „Militarismus" noch in ganz positivem Sinne auf ein allen selbstbewußten Staaten selbstverständliches Bekenntnis zur friedferti-

30 *von Wilamowitz-Moellendorff* (1928), S. 315.

gen Wehrhaftigkeit nach außen bezieht,[31] scheint die heutige deutsche Universität ironischerweise umgekehrt der von Wilamowitz noch als kulturell todbringend eingestuften sprachlichen und geistigen Uniformierung zu huldigen. Es sind wohl erhebliche Zweifel daran erlaubt, ob die wenig selbstbewußte Verkehrung der Werte und die politisch betriebene bewußte Abwendung von der deutschen Universitätsidee und -tradition geeignete Mittel sind, um die Weltgeltung zurückzugewinnen, welche unsere Wissenschaft in ihrer Blütezeit vor dem Ersten Weltkrieg errungen hatte.

31 Man vergleiche einmal Inhalt und Stil der hier zitierten Ausführungen (sowie der in *Edel* (2015), S. 127 dokumentierten Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches von 1914) des sich freimütig zu einem derart verstandenen deutschen Militarismus bekennenden Wilamowitz mit dem haßerfüllten, blasphemischen „Gebet" des US-amerikanischen Parlamentes von 1918 (dokumentiert in *Uhle-Wettler* (2001), S. 159 f. sowie *Edel* (2015), S. 131 ff.), Auszug: „...Du weißt, o Herr, daß wir in einem Kampf auf Tod und Leben stehen gegen eine der schändlichsten (infamous), gemeinsten, gierigsten (avaricious), gierigsten (greedy) (sic 2x), blutdurstigsten, sinnlichsten (sensual) und sündigsten Nationen, die jemals die Seiten der Geschichtsbücher geschändet haben. Du weißt, daß Deutschland aus den Augen der Menschheit genug Tränen gepreßt hat, um daraus ein neues Meer zu machen, daß es genug Blut gesogen hat, jede Woge auf diesem Meer zu röten... Wir bitten Dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage das große Pack hungriger wölfischer Hunnen zurück, von deren Fängen Blut und Schleim (blood and gore) tropfen. ..." Selten haben sich die traditionell bigott als „Musterdemokratie" und „Lichtbringer" auftretenden USA so deutlich entlarvt wie in dieser jeden zivilisierten Menschen zutiefst abstoßenden Kriegspropaganda. Ein Paradebeispiel für die Methode „Haltet den Dieb!", den Gegner, dem die USA 1917 den Krieg erklärten, ohne von ihm bedroht worden zu sein, selber zum Friedensstörer und (negativ verstandenen) „Militaristen" zu stempeln.

Literaturverzeichnis

Bödecker, E. (2004): Preußen und die Wurzeln des Erfolgs, München 2004.

Brinkmann, G. (2003): Englisch: Die Hoffnung der deutschsprachigen Nationalökonomen, in: *Backes-Gellner, U., Schmidtke, C.* (Hrsg.), Hochschulökonomie, Berlin 2003, S. 51-61.

Edel, K.-O. (2015): Die deutsche Sprache in der Wissenschaft, Paderborn 2015.

Hering, Th. (2003): Der Bachelor und die 68er, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, 32. Jg. (2003), S. 565.

Hering, Th. (2005/2006): Universitäten als Unternehmen – Akademische Zerrbilder und ideologische Illusionen einer Anti-Elite, in: *Keuper, F., Schaefer, Ch.* (Hrsg.), Führung und Steuerung öffentlicher Unternehmen, Berlin 2005, S. 83-107, aktualisiert erneut abgedruckt in: *Frost, U.* (Hrsg.), Unternehmen Bildung, Paderborn u.a. 2006 (Sonderheft zur Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Pädagogik), S. 159-182.

Hering, Th. (2009): Bologna als akademische Illusion, in: *Scholz, Ch., Stein, V.* (Hrsg.), Bologna-Schwarzbuch, Bonn 2009, S. 195-200.

Hering, Th. (2014): Unternehmensbewertung, 3. Aufl., München 2014.

Hering, Th., Olbrich, M., Rollberg, R. (2010): Zur angelsächsischen Bewertungstheorie als Mitursache der Finanzkrise, in: *Keuper, F., Neumann, F.* (Hrsg.), Corporate Governance, Risk Management und Compliance, Wiesbaden 2010, S. 29-43.

Schoeps, H.-J. (2012): Preußen, Geschichte eines Staates, Hamburg 2012.

Scholz, Ch., Stein, V. (Hrsg.) (2009): Bologna-Schwarzbuch, Bonn 2009.

Schröder, J. (2003): Die U-Boote des Kaisers, Bonn 2003.

Uhle-Wettler, F. (2001): Der Krieg, Gestern – heute – morgen?, Hamburg/Berlin/ Bonn 2001.

von Wilamowitz-Moellendorff, U. (1928): Erinnerungen 1848-1914, Leipzig 1928.

PROF. Dr. jur. KONRAD LÖW
Konrad Löw, Kirchenstraße 17, 82065 Baierbrunn

Fon u. Fax Büro: 089/793 25 14
Privat: 089/793 22 28
…..e-Mail: loew@kabelmail.de

1. August 2015

Offener Brief
an die Verantwortlichen des NS-Doku-Zentrums München

Das ehemalige Gelände der Parteizentrale der NSDAP wurde mit dem Doku-Zentrum der optimalen Verwendung zugeführt. Dort kann es unserer Demokratie gute Dienste leisten. Das ist erfreulich. Doch glaube ich, ein schweres Defizit entdeckt zu haben, das umgehend behoben werden sollte. Daher dieser Brief.

„Der Münchner“
– wie ihn das Doku-Zentrum präsentiert –

[Originalbegleittext:]

In der Karikatur von Karl Arnold wird die völkisch-antisemitische Stimmung in München greifbar, die zum Hitlerputsch geführt hat.

Arnold stattet seinen „Münchner“ mit **Hakenkreuzemblemen an Stelle der Pupillen** aus und färbt den Kopf in kräftigem Orangerot, **um den „verbohrten, jeglicher Logik fernen Fanatismus“ des „Münchners“** zu betonen.

(Simplicissimus, Jg. 28 Nr. 36, 1923, S. 441.)

Siehe dazu im nachfolgenden Text S. 8 oben!

Dieses Defizit aufzuzeigen, ermutigt mich der erste Satz des Katalogs, der lautet: „Immer wieder steht die demokratische Gesellschaft vor Herausforderungen, die Haltung und Zivilcourage verlangen." Das gilt, da die Gesellschaft als solche nicht handeln kann, für jeden einzelnen von uns. Diese Losung lässt mich nicht kalt. Ihr gemäß will ich mich verhalten.
Als ich die Tagebücher des Juden Victor Klemperer – er gilt als der namhafteste Chronist der NS-Ära – las, stieß ich auf den Satz: „Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde." Dies schrieb er nicht, als sich die Niederlage des Dritten Reiches bereits deutlich abzeichnete und Furcht die Menschen beschlich, sondern als sich Hitler im Zenit seiner Macht befand, im Oktober 1941. Diese Ansicht widerspricht dem, was seit vielen Jahren gängige Meinung ist und in der Ausstellung mit der Überschrift „Wegschauen, Zuschauen, Mitmachen" ausgedrückt wird. Dieser Widerspruch führte mich zu dem Entschluss, tunlichst alle Zeitzeugen daraufhin zu befragen, wie sie das Empfinden „des Volkes" – gemeint ist „der Mehrheit des deutschen Volkes" – den Juden gegenüber beurteilen. Die Ausbeute meiner Recherche war so gewaltig, dass mehrere Bücher damit gefüllt werden konnten. Das umfangreichste Buch erschien 2011 im Münchner Olzog Verlag und trägt den Titel „Deutsche Schuld 1933-1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen". Vorwort Klaus von Dohnanyi, Nachwort Alfred Grosser. Dohnanyi wird auch in der Einführung zum Doku-Zentrum mit den Worten zitiert: „Wir brauchen die rücksichtslose Aufklärung, wir brauchen ein helles Licht, um die dunkle Vergangenheit wirklich auszuleuchten." Was er damit meint, verdeutlicht er, wenn er im Vorwort zu meinem Buch „Deutsche Schuld …?" schreibt: „Wo Wahrheit neben Wahrheit steht, wird doch erst die ganze Wahrheit erkennbar." Es geht um die Vergangenheit, wie sie wirklich war. Und um sie zu ergründen, müssen wir alle Beweise heranziehen, auch, ja erst recht die Zeitzeugen. Wenn es, wie hier, speziell um München geht, dann sind vor allem die Menschen mit München-Erfahrungen gefragt. Die Auswertung dieser speziellen Zielgruppe habe ich unter dem Titel: „Die Münchner und ihre jüdischen Mitbürger 1900-1950 im Urteil der NS-Opfer und -Gegner" 2008 veröffentlicht, ebenfalls bei Olzog. Doch alle diese Zeugnisse werden dem, der im Doku-Zentrum die historische Wirklichkeit ergründen möchte, vorenthalten. Einen Teil dieser Zeugen bekommt der Besucher zwar zu sehen. Aber ihre einschlägigen Bekundungen suchen wir vergebens. Hier geschieht Unrecht den Zeugen gegenüber, den Besuchern gegenüber, den Münchnern gegenüber, der Historiographie gegenüber.
Warum die Zurückhaltung? Dass alle einschlägigen Veröffentlichungen den Gestaltern des Zentrums unbekannt gewesen seien, ist doch auszuschließen. Warum dann? Sind die Zeugen, ob Juden oder nicht, nicht glaubwürdig, nicht kompetent? Missfallen den Gestaltern die Aussagen der Zeugen? Der frühere deutsche Botschafter in Israel Niels Hansen hat in seinem Vorwort zu „Die Münchner …" deutliche Worte der Anerkennung gefunden: „Licht und Schatten kommen offen zur Sprache, nichts wird ausgeblendet oder beschönigt." So soll es doch sein!
Um die Kritik anschaulich zu machen, folgen nun Texte von Zeitzeugen, die in ihrer Gesamtheit nicht hätten übergangen werden dürfen, ohne den Vorwurf zu riskieren, hier werde

manipuliert, um ein gewünschtes Geschichtsbild zu konservieren, sei es historisch korrekt oder nicht.

1. Anfang 1933: „feste Zuversicht“ zu Bayern
   Wilhelm Hoegner, SPD, später mehrmals bayerischer Ministerpräsident, war ein erbitterter Gegner der Nationalsozialisten von Anfang an und wird als solcher im Doku-Zentrum gewürdigt. Doch zu Worte kommt er nicht. Dabei hat er sich in seinem Buch „Flucht vor Hitler“ mit München und dem Nationalsozialismus befasst, so wenn er schreibt: Ich wunderte mich nicht darüber, „dass Hamburg, das stolze, rote Hamburg, der Wahlkreis Ignaz Auers, zuerst dem wilden Ansturm der SA widerstandslos erlegen war. […] Ich war froh, dass ich am Spätnachmittag über die bayerische Grenze kam. Bayern würde sich halten, das war meine feste Zuversicht. Schon seit Mitte Februar waren bekannte norddeutsche Genossen, die persönlich gefährdet schienen, vorläufig nach München übergesiedelt […] In den Vormittagsstunden des 21. März 1933 ging ich mit […] einigen anderen bayerischen Freunden durch die Arbeiterviertel im Norden Berlins. Hier waren einst die kommunistischen Hochburgen gewesen. Jetzt sahen wir alle Häuser mit Hakenkreuzfahnen beflaggt. […] Da sahen wir uns verwundert an.“ Ähnliches berichtet Hoegner aus München nicht, was deutlich gegen eine besondere Nähe der Münchner zum Nationalsozialismus spricht.

2. Hitlers Erfolg 1933 und die „Arbeiterbewegung“
   Als Kampfblatt gegen den Nationalsozialismus wird vom Doku-Zentrum die SPD-Parteizeitung *Münchner Post* gewürdigt. Zugleich ehrt es Kommunisten ohne Hinweis darauf, dass sie in Stalins Diensten standen und rücksichtslos auf die „Diktatur des Proletariats“ nach dem Vorbild der UdSSR hinarbeiteten.
   Daher schrieb am 6. März 1933 die *Münchner Post*: „ […] ohne diese Partei [KPD] wäre Hitler nie und nimmer Reichskanzler geworden […] Die Führerschaft dieser Partei hat in Millionen von Arbeiterherzen einen Hass gegen die Sozialdemokraten geschürt, der jetzt zu einer Fahnenflucht in die braunen Reihen des Hakenkreuzes geführt hat.“ Diesen Text oder eine ähnliche Klarstellung fehlt im Doku-Zentrum. Es konstruiert eine Arbeiterbewegung, die es als Einheit und Bündnis nicht gegeben hat.

3. April 1933 – Der Boykott
   Unter der Überschrift „Ausgrenzung und Verfolgung“ gedenkt das Doku-Zentrum der ersten reichsweiten Kampfmaßnahme gegen die deutschen Juden, des Boykotts vom 1. April 1933. Doch wie erfolgreich war er in München? Darüber schweigt das Doku-Zentrum. Hier die Antwort:
   Karl Wieninger, ein Münchner Kunst-Handwerker, NS-Gegner und Judenfreund von Jugend an, der kurz vor Kriegsende nur knapp seiner Hinrichtung entgangen war, vertrat von 1953 bis 1969 München-Süd im Bundestag. Im Doku-Zentrum findet er keine Erwähnung. Was er über den Boykott vom 1. April 1933 aufgezeichnet hat, ist jedoch

aufschlussreich und dürfte nicht fehlen: „In der Nähe meiner Wohnung in München-Sendling sind vier Geschäfte angesiedelt gewesen. Mit Interesse beobachtete ich die Ächtungsaktion. Das Kaufhaus Gutmann in der Lindwurmstraße, eine Textilhandlung, war ebenfalls durch SA-Männer belagert. Ehe ich eintreten konnte, fragte mich einer der Wachposten: ‚Wissen Sie nicht, dass heute die Juden blockiert werden?' Ich gab keine Antwort und betrat das Geschäft. Der Inhaber, den ich gut kannte, gab mir die Auskunft, dass verhältnismäßig wenige Käufer sich einfanden. Er erzählte mir, dass er sein Geschäft an diesem Tag nicht habe öffnen wollen, doch die SA habe ihn zur Öffnung gezwungen." Was nun folgt, verdient eine kräftige Hervorhebung: **„Kurze Zeit später habe ich den jüdischen Geschäftsmann wieder getroffen. Fröhlich erzählte er mir, dass zwar am Samstag, dem 1. April, fast kein Umsatz zustande kam, doch seither sei sein Warenumschlag sprunghaft angestiegen. Diese Merkwürdigkeit sei auch bei anderen jüdischen Läden zutage getreten. Offenbar sei dieser Mehrumsatz auf einen gewissen Mitleidseffekt der Bevölkerung zurückzuführen. Die Nazis mussten einsehen, dass ihr Judenboykott ein Schlag ins Wasser gewesen ist."** Wer Wieningers Gedächtnis anzweifelt, wird seinen Zweifel ablegen, wenn er erfährt, dass Alfred Neumeyer, der Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München, das schier Unglaubliche bestätigt: „Die wiedereröffneten jüdischen Geschäfte wurden im Einkauf bevorzugt." Das gleiche teilt uns der Sohn des namhaften Kaufhauses Uhlfelder mit: „Nach Hitlers Machtantritt änderte sich viel… Langsam aber sicher. Und seltsam genug, das Geschäft gedieh weiter und die Leute nahmen keinen Anstoß daran, dass die Uhlfeder Juden waren." Mit ähnlichen Worten gibt Alexander Karl Neumeyer, ebenfalls ein Jude, seien Erinnerung wieder.

4. Der Zeuge Lion Feuchtwanger 1936

Feuchtwanger wird im Doku-Zentrum ausführlicher vorgestellt und zitiert, aber nicht mit dem, was er in der NS-Zeit über Deutschland und die Deutschen sagte, sondern 1930 spöttisch über München: „Früher hatte die schöne, behagliche Stadt die besten Köpfe des Reiches angezogen. Wie kam es, dass die jetzt fort waren, dass an ihre Stelle alles, was faul und schlecht war im Reich und sich anderswo nicht halten konnte, magisch angezogen nach München flüchtete?" Im Vorwort zu „DER GELBE FLECK. Die Ausrottung von 500 000 deutschen Juden", 1936 anonym in Paris erschienen, schreibt Feuchtwanger:

„Dieses Buch stellt mit vorbildlicher Sachlichkeit das Material zusammen über das, was man im Dritten Reich ‚Die Lösung der Judenfrage' nennt. Tröstlich bleibt Eines: **Immer wieder finden sich in den hier zusammengestellten Berichten kleine Geschehnisse verzeichnet, die beweisen, dass weite Teile der Bevölkerung nicht einverstanden sind mit dem, was sich in Deutschland ereignet. […] Das deutsche Volk ist nicht identisch mit den Leuten, die heute vorgeben, es zu vertreten. Es wehrt sich gegen sie."** Im zitierten Text ist zwar nicht ausdrücklich von München die Rede. Aber es darf angenommen werden, dass er insbesondere München, seine Geburtsstadt, in der seine

Eltern lebten, vor Augen hatte und von dort mit Informationen bedient wurde. Auch war die Autorin des Buches mit einem gebürtigen Münchner verheiratet.

5. „Deutsche Städtebilder“ August 1937 – hier München
Im Doku-Zentrum erfährt der Besucher, dass der abgebildete Waldemar von Knoeringen für die Exil-SPD als Grenzsekretär für Südbayern zuständig war. Als solcher nahm er die Meldungen aus dem dortigen Raum entgegen und wertete sie aus. Unter der Überschrift „Deutsche Städtebilder“ veröffentlichte die in Prag amtierende Partei aufschlussreiche Beobachtungen, an denen von Knoeringen, München betreffend, sicher mitgewirkt hat: **„Trotz aller Bemühungen, trotz der vielen repräsentativen Veranstaltungen, trotz der Sonderstellung, die München als Kunststadt genießt, kann man ruhig sagen: München ist keine nationalsozialistische Stadt und sie ist es auch nie gewesen. Der Nationalsozialismus hat seine Anziehungskraft eingebüßt. Der Münchner erträgt ihn, wie eine unabänderliche Schickung des Himmels und sucht auf seine Art sich herauszuwinden, wo er nur kann, ohne dabei mit den Gesetzen in Konflikt zu geraten. […] Reisende aus Berlin z. B. haben schon oft festgestellt, dass man in München viel freier leben könne, weil schon die ganze Atmosphäre anders sei.“** Ganz beachtlich, nicht wahr! Doch im Doku-Zentrum findet sich derlei nicht.

6. München, Juni 1938 – Abriss der Hauptsynagoge
Doku-Zentrum: „Auf persönliche Anordnung Hitlers wurde im Juni 1938 die Hauptsynagoge der Israelitischen Kultusgemeinde […] abgerissen.“ Ja, so war es. Doch was nun folgt, findet im Zentrum keine Erwähnung, obwohl es doch ein erhellendes Licht auf die Münchner wirft. Die Verhandlungen führte seitens der Kultusgemeinde der schon erwähnte Alfred Neumeyer zusammen mit Carl Oestreich. Der erinnert sich: „Am nächsten Morgen rief ich das immer hilfsbereite, katholische Ordinariat München an und verkaufte die erst einige Monate vorher eingebaute Orgel um nahezu den Gestehungspreis.“ Auch sonst gab es „korrekte Übernahmen“ und Freundschaftsdienste in diesem Zusammenhang, wie jüdischerseits glaubhaft berichtet wird. Doch davon ist im Doku-Zentrum nicht die Rede.
Von Erich Ortenau, Student der Medizin und Ethnologie in München, dem noch rechtzeitig die Ausreise gelang, erfahren wir, wie es weiter ging: „Ich stand 51 Jahre später an dieser Stelle, wo unter dumpfem Krachen eine von einem Kran geschwenkte Demolierungskugel das stolze Gotteshaus zerschmetterte.“ Besondere Bedeutung kommt der folgenden Beobachtung zu: „In der Menge, die stumm zusah, konnte man kein Zeichen der Zustimmung verspüren. Ein beklommenes Schweigen ging von ihr aus. Ahnte sie die vielen Trümmer, die dieser gottlosen Saat folgen sollten?“ Auch Hermann Klugmann mischte sich unter die Zuschauer: „Ich habe an den Mienen der meisten Menschen, die den Abbruch der Synagoge beobachtet haben, entschiedene Missbilligung gelesen […] Als ich an einem dieser Tage in der Abendstunde von der halb niedergerissenen Synagoge wegging, gesellte sich ein Mann zu mir […] Er sagte zu mir: ‚Sie gehören doch

auch zu der jüdischen Gemeinde?‘ Als ich sehr zögernd antwortete, meinte er: Haben Sie keine Angst, wir Katholiken fühlen mit Ihnen‘, und er entfernte sich.“

7. Nach dem Pogrom November 1938
Hedwig Pringsheim, die Schwiegermutter von Thomas Mann, wird im Doku-Zentrum zwar erwähnt, aber sie kommt nicht zu Wort. Hier ihr vielsagender Bericht vom 13. November: „Es geht uns persönlich ganz gut, wir haben außer dem Allgemeinen, das das Gemeine ist für alle, nichts Unangenehmes erlebt. Dies allerdings genügt bei bescheidenen Ansprüchen. Meine Nerven sind am Zerreißen…“ Doch allmählich legt sich die Anspannung etwas und es kommt Erstaunliches zum Vorschein: „Ach, wenn nur die vielen Sympathiebesuche nicht wären, die einem einesteils wohltun, aber andererseits doch auch enervieren und an anderen, wichtigeren Dingen – wie z. B. am Spazierengehen – hindern!“ – „Die vielen Sympathiebesuche“!

8. Sternpflicht ab September 1941
Die Jüdin Else Behrend-Rosenfeld, in München zu wohnen verpflichtet, ist nicht nur im Bilde zu sehen, sie kommt auch mit einem Brief zu Worte, der aber nichts über ihre Mitmenschen aussagt. Wie reagierte die Bevölkerung auf die Stigmatisierung mit dem Stern (19.9.1941)? Ihre Erfahrung:
„Die meisten Leute tun, als sähen sie den Stern nicht, ganz vereinzelt gibt jemand in der Straßenbahn seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass man nun das ‚Judenpack’ erkennt. Aber wir erlebten und erleben auch viele Äußerungen der Abscheu über diese Maßnahme und viele Sympathiekundgebungen für uns davon Betroffene... Einer älteren Frau aus unserm Heim schenkte ein Soldat die Marken für eine wöchentliche Brotration, einer anderen, die zur Arbeit in der Tram fuhr und keinen Platz fand, bot ein Herr mit tiefer Verbeugung ostentativ seinen Sitzplatz an. Mir erklärten unser Metzger und unser Butterlieferant, dass sie uns nun erst recht gut beliefern würden; sie schimpften kräftig auf diese neue Demütigung, die uns angetan wird… **Mir scheint, dass jedenfalls in München die jetzigen Machthaber mit dieser Verfügung nicht erreichen werden, was sie bezwecken…“**
Vier Wochen später: „Die Bevölkerung tut, als sähe sie die Sterne nicht. Viele Freundlichkeiten in der Öffentlichkeit und noch viel mehr im Geheimen werden uns erwiesen, Äußerungen der Verachtung und des Hasses uns gegenüber sind selten. Und ich glaube, gerade diese Reaktion hat eine neue, sehr unangenehme Verfügung verursacht: Kein Jude darf mehr seinen Wohnsitz (z. B. zu einem kurzen Ausflug am Sonntag!) verlassen, die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist verboten.“ Nichts davon oder von derlei wird dem Besucher zugänglich gemacht.

9. Angerkloster 1942/1943
Unter „Diskriminierung im Krieg“ sieht der Besucher ein Foto, das acht Mädchen zeigt, die vor ihrem Schulgebäude plaudern. Zur Erläuterung heißt es: „Christine Roth [Jg.

1927 …] mit Klassenkameradinnen vor ihrem Ausschluss vom Schulbesuch, Angerkloster 1942/1943.“ Auch wenn jedem Betrachter hoffentlich klar ist, dass der Ausschluss seitens der NS-Obrigkeit verfügt wurde, so sollte doch der Hinweis nicht fehlen, dass die Schule selbst nicht fortexistieren durfte. (Meine Schwester Gebriele, ebenfalls Jahrgang 1927, war davon betroffen, auch ich als Violinschüler.) Es war also eine Diskriminierung nicht nur der Juden, sondern auch der Christen, was nicht oft genug betont werden kann. Wenn schon Angerkloster, warum wird dann nicht auch der in der Dokumentation beiläufig erwähnte Ernst Grube zitiert, der in seinen Vorträgen berichtet: Wann immer ich und die Meinen in Not waren, wandten wir uns an das Kloster der Armen Schulschwestern, Angerkloster, und erhielten Hilfe. Schwester Laurentine war die Anlaufstelle. Sie gewährte Nahrung und Obdach und erteilte auch Unterricht, was ebenfalls streng verboten war. „Als Juden, beziehungsweise jüdisch Versippte, erhielten wir keine Wohnung. Wir bekamen dann für einige Zeit im Angerkloster eine Notwohnung im dortigen Kindergarten. Wir wurden dort auch verpflegt.“

10. Die Münchner und der Hitlergruß

Das Doku-Zentrum behauptet: „Das tägliche Leben und der öffentliche Raum waren seit 1933 durchdrungen vom Herrschaftsanspruch des NS-Regimes. Dafür sind die Grußformel ‚Heil Hitler‘ und der ‚Hitlergruß‘ bezeichnend […]“ – Doch „das tägliche Leben“ war davon nicht durchdrungen, wie jeder weiß, der damals in München lebte. So der Autor. Auch wer in Erinnerungen an diese Jahre liest, wird entsprechend belehrt, so von Theodor Michael: „In München war in diesem Herbst die Stimmung heiterer und gelassener als in Berlin. Hinter mir grüßte jemand mit dem Deutschen Gruß ‚Heil Hitler‘, einige der Anstehenden brummelten irgendetwas, was so ähnlich klang. Danach kam eine Frau, die ‚Guten Tag‘ sagte. Sie wurde völlig ignoriert. Danach stellte sich ein älterer Herr mit einem frischen ‚Grüß Gott‘ an und fast alle drehten sich um und gaben den Gruß zurück. Ich wunderte mich und fing an zu begreifen, dass die Dinge in München keineswegs immer so waren, wie sie schienen.“ Selbst im fernen Dresden war dieser Sachverhalt nicht unbekannt, wie den Aufzeichnungen Victor Klemperers zu entnehmen ist, der einen Bekannten zitiert: „Es kommen viele Menschen zu mir. Zuerst weit ausgestreckter Arm, Hitlergruß. Dann tasten sie sich im Gespräch heran. Dann, wenn sie sicher geworden sind, fällt die Maske. […] Ich war eben in Süddeutschland. Da hört man sehr selten das ‘Heil Hitler’ – meist ‘Grüß Gott!’...“

Solche Zeugnisse gibt es, wie schon erwähnt, in so großer Zahl, dass niemand ernsthaft behaupten kann, sie seien nicht aussagekräftig. Der Münchner Schalom Ben Chorin nannte das München von damals gar eine „Insel“ im Meer der Bedrängnis. Woher haben jene, die diese Dokumente beiseite lassen, ihre Vorstellungen von der Wirklichkeit 1933-1945. Nicht aus eigenem Erleben! Ich will keinen Belastungseifer unterstellen, obwohl Formulierungen wie „im Land der Täter“ verdächtig machen. Sind die Verantwortlichen der Meinung, es gehe nicht um die Münchner, sondern um die Stadt München, in deren Mauern schweres

Unrecht geschehen ist? Doch was ist München? München ist weit mehr als eine bebaute Fläche an beiden Ufern der Isar. München ist weit mehr als seine Obrigkeit, die zu Hitlers Zeiten nie (!) demokratisch legitimiert gewesen ist. „München", das sind vor allem seine Bewohner, auch wenn das Doku-Zentrum heißt: „München und der Nationalsozialismus" und nicht „Die Münchner und …"
Dementsprechend wirbt das Doku-Zentrum mit dem auf S. 1 abgebildeten Münchner:
In *Stürmer*-Manier wird vom Simplicissimus „Der Münchner" präsentiert: ohne Stirn, ohne Hirn, in den Augen je ein Hakenkreuz. Ein primitiver Bierdimpfl! Doch bei den Reichstagswahlen, die wenige Monate (Mai 1924) nach dieser Verunglimpfung stattfanden, wählten „nur" 19 Prozent der Stimmberechtigten den Völkischen Block (Tendez bis 1930 fallend!), zur Hälfte Frauen. Männer wie Frauen jeweils knapp über 40 000. Weit mehr Bürger stimmten für die Vereinigten Sozialdemokraten und die Kommunisten, zusammen 92 000. Wer *die* Münchner beschuldigt, der verletzt also Recht und Moral. Beide kennen keine Kollektivschuld.
Es stellt sich die Frage: Wie ist das Defizit zu beheben? Ein Lösungsweg könnte sein: Einige Dutzend Tafeln aufstellen, auf denen die wichtigsten dieser oder ähnlicher Aussagen wiedergegeben werden, wie dies in der bayerischen Landesausstellung „Napoleon und Bayern", Ingolstadt, vorbildlich geschieht.
In der Einführung des Doku-Zentrums kommt Anita Wallfisch-Lasker, die Cellistin von Auschwitz, zu Worte: „Ihr sollt die Wahrheit erben!" Gemeint ist sicher die ganze Wahrheit, denn halbe Wahrheit kann ganze Lüge sein. Von der ganzen Wahrheit kann aber nicht die Rede sein, wenn die „Zeugen", zu bloßen Statisten gemacht, nur als Objekte zur Schau gestellt werden. Die Quellen sind nicht dazu da, um sie abzulichten, sondern um daraus zu schöpfen. Oben wurde Klaus von Dohnanyi zitiert: „Wo Wahrheit neben Wahrheit steht, wird doch erst die ganze Wahrheit erkennbar." Diese Forderung findet ihre Erfüllung, wenn der Bitte, auch die Zeugen sprechen zu lassen, Folge geleistet wird.

Konrad Löw

Alfred Grosser, dem ich den Brief vorab habe zukommen lassen, wie Klaus von Dohnanyi, legt besonderen Wert darauf, dass die hier fett abgedruckten Zitate den Besuchern des Doku-Zentrums nicht vorenthalten werden.

Zu meiner Person: „München und der Nationalsozialismus" beschäftigt mich seit meiner Kindheit. Zu dem Exponat „Rupert Mayer": Im Tagebuch meines Vaters, eines behördlich anerkannten NS-Opfers, taucht der Name R. M. mehrmals als Kontaktperson auf. Für Fritz Gerlich (Exponat) war mein Vater ehrenamtlich tätig. Zusammen mit namhaften Juden war mein Vater in der Bayernwacht. Ein Kaplan unserer Pfarrei München St. Korbinian, Johannes Hammer, war im KZ Dachau. Unter der Überschrift: „Religiöser oder bürgerlich motivierter Widerstand" ist Dr. Emil Muhler, der Pfarrer unserer Nachbarpfarrei St. Andreas, im Doku-Zentrum abgebildet. Nach dem Kriege schrieb er meinen Vater betreffend: „Ich habe mich immer gewundert, dass er nicht im KZ gelandet ist."

Manfred Backerra

Deutscher Kampf gegen den Armeniermord

Im Kriegsjahr 1915, während der heftigen Kämpfe der Türkei gegen die auf Gallipoli an den Dardanellen gelandeten britischen und französischen Truppen, begann am 24./25. April die mörderische Verfolgung und Deportation der Armenier in der Türkei; sie dauerte bis zum Ende des Krieges. Das größte Morden fand von Juni bis zum Frühjahr 1916 statt. Die etwa 1,85 Millionen türkischer Armenier, ob wichtig oder unwichtig für Militär, Wirtschaft und Verwaltung im Krieg, ob Mann, Frau, Kind, Jugendlicher oder Greis, wurden auf Druck des turkomanen Jungtürkischen Komitees auf administrativem Weg der Vernichtung preisgegeben. Diese verübten Armee, Gendarmerie, Polizei mit Hilfe von Tscherkessen, Kurden, Arabern und Räuberbanden durch Massaker in den Siedlungen, vor allem während riesiger Deportationszüge in Richtung der Wüsten in Mesopotamien und in Lagern, außerdem durch Verhungernlassen und Krepierenlassen in Seuchen. Später wurde der Rest zwangsislamisiert, besonders Kinder und Jugendliche. Gegen Ende des Krieges, nach dem Rückzug der Russen, wurden dann noch Armenier im Kaukasus massakriert.

Es war Völkermord. Wenn er heute mit 1,5 Millionen Todesopfern angegeben wird, so ist das mehr als die, 1,3 Millionen Armenier, die nach der von Wikpedia angegebenen Statistik-Quelle 1914 in der Türkei lebten. Andere Zahlen nenne ich im weiteren Vortrag.

Sehr wichtig: Dr. Johannes Lepsius, der Hauptdokumentator des Armeniermordes sagt in seiner Einleitung: „Nirgends aber war die Deportation, die Abschlachtung, die Aushungerung und Islamisierung des armenischen Volkes ein Werk gehässiger oder fanatischer Volksleidenschaft. Genauso wie zur Zeit Abdul Hamids (Sultan 1876-1909) war die Vernichtung der Armenier eine administrative Maßregel der türkischen Regierung."

Grundlage war das „Provisorische Gesetz über die Verschickung verdächtiger Personen" vom 27. Mai 1915, wonach Befehlshaber ab Division „wenn militärische Bedürfnisse es fordern, die Bevölkerung von Städten und Dörfern, die sie der Schuld des Verrats oder der Spio-

nage für verdächtig halten, dislozieren und in anderen Orten ansiedeln“ konnten. Der Verdacht genügte.

Das Gedenken an diesen großen Armeniermord im Osmanischen Reich vor hundert Jahren war 2015 wieder eine Gelegenheit, das Deutsche Reich der Mitschuld zu bezichtigen, weil es seinem damaligen Verbündeten im Krieg nicht in die Arme gefallen sei, sondern die mörderische Vertreibung der Armenier „gleichgültig“ hingenommen habe. Mit dieser Beschuldigung tun sich besonders deutsche Politiker hervor. Der Bundespräsident sagte am 23. April 2015: „In diesem Fall müssen auch wir Deutsche insgesamt uns noch der Aufarbeitung stellen, wenn es nämlich um eine Mitverantwortung, unter Umständen sogar Mitschuld, am Völkermord an den Armeniern geht.“ Der Bundestagspräsident bekannte sich am nächsten Tag zur deutschen Mitverantwortung am damaligen Geschehen.[1]

Deutlicher war der Bundestag in dieser Beziehung schon vor zehn Jahren. Deshalb seien nachfolgend die Beschuldigungen vorwiegend anhand des damaligen Beschlusses des Bundestages bewertet.

„Erinnerung und Gedenken an die Vertreibungen und Massaker an den Armeniern 1915 – Deutschland muß zur Versöhnung zwischen Türken und Armeniern beitragen“[2] heißt der Antrag aller Bundestagsfraktionen außer der PDS, der am 16. Juni 2005 als Zusatzpunkt 7b ohne Aussprache mit den Stimmen des ganzen Hauses angenommen wurde. Der Bundestag beklagt darin die „fast vollständige Vernichtung der Armenier in Anatolien“ durch die jungtürkische Regierung des Osmanischen Reiches, ehrt die Deutschen und Türken, die sich für die Rettung der Armenier eingesetzt haben, erklärt, daß „eine ehrliche Aufarbeitung der Geschichte“ zur Versöhnung nötig ist, bedauert, daß dies in der Türkei noch immer strafrechtlich verfolgt und diffamiert wird, betont die Bedeutung der Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien, sieht eine besondere Verpflichtung Deutschlands mitzuhelfen „aufgrund seiner historischen Rolle in den deutsch-türkisch-armenischen Beziehungen“, und fordert schließlich von der Bundesregierung entsprechendes Handeln. Der Beschluß vermeidet trotz unzweideutiger Beschreibung des Verbrechens das Reizwort „Völkermord“.

1 http://www.tagesschau.de/inland/gauck-armenien-103.html

2 Drucksache 15/5689 http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/15/056/1505689.pdf

Es läßt sich darüber streiten, ob er deshalb hilfreicher ist als die Völkermord-Erklärungen, wie die des Weltkirchenrats 1983, des Unterausschusses der UN-Menschenrechtskommission 1985, des Europäischen Parlaments 1987, danach der Parlamente von EU- und anderen Staaten weltweit. Doch da der Beschluß mit Beschuldigungen des Deutschen Reiches so durchsetzt ist, daß es als Mordkomplize erscheint, muß man fragen, ob er ein gutes Beispiel für „Wahrheit und Gerechtigkeit, für „eine ehrliche Aufarbeitung der Geschichte" ist, welche er von den Türken fordert. Den Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage bietet der Beschluß selbst, in dem es heißt: „Besonders das Werk von Dr. Johannes Lepsius, der energisch und wirksam für das Überleben des armenischen Volkes gekämpft hat, soll dem Vergessen entrissen werden."

Der evangelische Theologe Lepsius hatte sich seit den türkischen Massakern an den Armeniern 1895/96 in Wort und Tat ganz der Hilfe für die Armenier verschrieben. In seiner sehr umfangreichen Dokumentation **„Deutschland und Armenien 1914-1918 – Sammlung diplomatischer Aktenstücke"**[3] beschreibt und bewertet er vorweg ausführlich das Geschehen. Das Werk wird vom Informations- und Dokumentationszentrum Armenien im Vorwort zur Neuausgabe 1986 als „eines der wichtigsten Werke, wenn nicht gar das wichtigste Werk über den Völkermord" bezeichnet. Das Vorwort weist es indirekt zugleich als wichtigstes zur Haltung des Deutschen Reiches aus. Denn es erhebt schwere Vorwürfe gegen das Reich wegen der damals im Reich erzwungenen Geheimhaltung der Gräuel und deutet an, daß Deutschland vielleicht doch nicht „alles in seiner Macht Stehende zur Rettung der Armenier unternommen" habe. Es meint: „Deutschlands Schuld lag vermutlich gerade vor allem in `unterlassener Hilfeleistung´". Dieser grundsätzliche Vorwurf wird jedoch weder im Text noch in den Quellenangaben durch Fakten belegt, woraus zu schließen ist, daß es sie nicht gibt. Das Gegenteil ist dokumentiert.

Eine Arbeitsgruppe Anerkennung (AGA), als Zusammenschluss mehrerer Organisationen setzt sich in Deutschland seit 1999, für die Anerkennung des, wie es heißt, an 1,5 Millionen Armeniern 1915/16

3 „Deutschland und Armenien 1914-1918: Sammlung Diplomatischer Aktenstücke", herausgegeben und eingeleitet von Dr. Johannes Lepsius, Donat & Temmen Verlag, Bremen 1986 (Nachdruck der Erstausgabe des Tempelverlags Potsdam 1919)

begangenen Völkermordes ein. Ihre Internet-Dokumentation bringt Bilder und Texte zur Verfolgung der Armenier seit 1895.[4] Darin wird ein vom Deutschen Hilfsbund errichtetes Zeltlager (wohl für die Verfolgten von 1895/96) gezeigt, wird für die Hungerseuche im Deportationsgebiet Mesopotamien auch die Seeblockade Großbritanniens verantwortlich gemacht, wird Dr. Johannes Lepsius als deutscher Dokumentar des Genozids angeführt, der 1919 geschätzt habe, daß bis zu 300.000 Armenier zwangsislamisiert wurden. Außerdem heißt es: „Der deutsche Sanitätsunteroffizier Armin T. Wegner besuchte im Oktober 1916 ungeachtet der hohen Ansteckungsgefahr in Begleitung der in Aleppo im Waisenhaus der Deutschen Orientmisssion wirkenden Krankenschwester Beatrice Rohner einige der Lager (Maden, Tibini, Abu Herera, Rakka) und fotografierte trotz des Verbots bei Todesstrafe die noch Lebenden und einige ihrer Toten.“ Keine Andeutung deutscher „Mitschuld“.

Der Bundestagsbeschluß „bedauert“ im ersten Absatz „die unrühmliche Rolle des Deutschen Reiches, das angesichts der vielfältigen Informationen über die organisierte Vertreibung und Vernichtung von Armeniern nicht einmal versucht hat, die Gräuel zu stoppen.“ Die Begründung bestärkt dies:„Das Deutsche Reich war als militärischer Hauptverbündeter des Osmanischen Reiches ebenfalls tief in diese Vorgänge involviert“ und „Trotz dringender Eingaben vieler deutscher Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik und den Kirchen … unterließ es die deutsche Reichsleitung auf ihren osmanischen Verbündeten wirksamen Druck auszuüben.“

Nach Lepsius´ Dokumentation sind **alle diese Behauptungen unwahr.** Wie noch gezeigt wird, hat das Reich alles in seiner Macht stehende unternommen, aber mangels Zwangsmitteln nur Weniges erreicht. Auch die türkische Regierung hat sich gegenüber dem Fanatismus des jungtürkischen Komitees, von dem sie ja gestellt war, nicht durchsetzen können, selbst wenn sie es einmal wollte.

Dann ehrt der Bundestag „die Bemühungen all der Deutschen und Türken, die sich unter schwierigen Umständen und gegen den Widerstand ihrer jeweiligen Regierungen in Wort und Tat für die Rettung armenischer Frauen, Männer und Kinder eingesetzt haben.“

4 http://www.aga-online.org/genocide/armenians.php?locale=de

Wie Lepsius zeigt, ist es **nicht wahr**, daß Deutsche, um Armeniern zu helfen, irgendeinen Widerstand ihrer Regierung zu überwinden hatten. Sie hat im Gegenteil alle Hilfe gebilligt oder unterstützt. Sie hat allerdings die aus ihrer Sicht nicht zu verantwortende öffentliche Anklage ihres strategisch unverzichtbaren Verbündeten mitten im Krieg unterbunden.

Dies vorzuwerfen ist ungerecht. Was die Staatsraison sogar in viel weniger kritischen Lagen als geboten erscheinen lassen kann, haben Bundesregierungen zur Genüge bei völkerrechtswidrigen militanten Aktionen ihrer Verbündeten gezeigt. Die Westalliierten haben sogar nach dem Krieg praktisch nichts gegen die viel größeren mörderischen Vertreibungen der Deutschen getan. Die sowjetischen Morde von Katyn blieben für sie wider besseres Wissen bis nach der Wende deutsche Morde.

„Deutschland, das mit zur Verdrängung der Verbrechen am armenischen Volk beigetragen hat", heißt es dann, in der Begründung als „Verdrängungspolitik des Deutschen Reiches" wiederholt, was insinuiert, das Reich habe etwas zu verdrängen gehabt.

Das ist **unwahr**: Schon 1919 erschien in Deutschland Lepsius´ Werk. Die Reichsregierung hatte dazu nur knapp drei Wochen nach dem Waffenstillstand ausgerechnet dem Mann sämtliche Akten des AA und der Botschaft zur freien Verfügung und eigenen Herausgabe überlassen, welcher gegenüber der Reichsregierung hinsichtlich des Armeniermordens äußerst kritisch sein mußte. Denn er hatte schon im Krieg alles daran gesetzt, den Völkermord mittels einer Denkschrift öffentlich zu behandeln; er hatte 20 000 Exemplare verbreitet, bevor es die Zensur merkte und die weitere Verbreitung verbot. Er war deshalb im Reich persona non grata geworden und (nach eigenem Zeugnis) mittellos in die Niederlande ausgereist. (In der u.a. Internet-Dokumentation heißt es, daß Lepsius auch in Holland für das Reich tätig, also nicht ganz mittellos war.)

Lepsius betont im Vorwort seine alleinige Verantwortung „Für die hier veröffentlichte Auswahl von Aktenstücken und für die Zuverlässigkeit des Bildes, das sie von der Haltung der deutschen Regierung in der Behandlung der armenischen Frage geben …" und unterstreicht: „Um jeden Verdacht die Grundlage zu entziehen, als ob Aktenstücke, die die deutsche Regierung, die Botschafter und die Konsuln, oder deutsche Offiziere, Beamten und Privatpersonen in irgendeiner Hinsicht belas-

ten, von mir unterdrückt sein könnten, habe ich eine so vollständige Auswahl aus der diplomatischen Korrespondenz …getroffen, daß die innere Kontinuität des Schriftwechsels für ihre sachliche Vollständigkeit bürgt."

Eine Lektüre des Werkes bestätigt dies. Es enthält neben dem diplomatischen Schriftverkehr auch nichtamtliche Briefe und Berichte ab Kriegsbeginn bis zum Oktober/November 1918, besonders die zur allgemeinen Deportation und Vernichtung vom 24. April bis Dezember 1915, sowie zur anschließenden Zwangsislamisierung und weiteren Vernichtung bis zur türkischen Einnahme von Baku im September 1918.

Lepsius schätzt aufgrund überschlägiger Berechnungen die Zahl der Opfer auf rund eine Million plus bis zu 100 000 im Kaukasus. Er stellt fest, daß es zu Anfang der deutschen Botschaft „bei der unvollkommenen Information über die tatsächlichen Vorgänge" nur „auf Milderung in der Form hinzuwirken" möglich erschien. Denn es war nur von beschränkten Vorbeugemaßnahmen gegen russische „Wühlarbeit" und „Ansiedlung in Mesopotamien" auszugehen. Die Boschaft informierte aber sofort alle Konsulate an den möglichen Ausgangspunkten und Verschickkungszielen, „um eine geordnete Durchführung der Maßnahmen überwachen zu können."

Als sich bald herausstellte, daß die Botschaft „über den Charakter und die Tragweite" der Maßnahmen „getäuscht worden" war, berichtete der Botschafter am 7. Juli 1915 dem Reichskanzler, „daß die Regierung tatsächlich den Zweck verfolgt, die armenische Rasse im türkischen Reiche zu vernichten." Beigefügt war ein unverblümtes Protest-Memorandum gegen die „Massakres und Plünderungen", das er dem Großwesir (etwa Reichskanzler) bereits am 4. Juli überreicht hatte. Der nächste Botschafter ermahnte schon am 9. August erneut durch ein ähnliches Schreiben. Bis 1918 brachten nacheinander fünf Botschafter und ihre zwischenzeitlichen Vertretungen aufgrund der ständigen Konsular- und vieler anderer Berichte in persönlichen und schriftlichen Vorstellungen bei den führenden Persönlichkeiten der Pforte immer wieder ihre Mißbilligung über die Gräuel und ihre dringlichen Aufforderungen zur Kursänderung zum Ausdruck.

Die Flut der Korrespondenz, die teilweise sogar von den Konsulaten direkt zum Reichskanzler (mitten im Krieg!) ging, zeigt, daß Deutsche in einfachster bis höchster Position in privaten, wirtschaftlichen, dip-

lomatischen und militärischen Diensten nicht nur die Verfolgungen in drastischen Schilderungen meldeten, sondern von sich aus, auch unter Lebensgefahr, sofort alles ihnen vor Ort Mögliche zum Schutz und zum Überleben der Armenier taten. Die deutsche Botschaft und ihre Konsulate waren Anlaufpunkte für Hilfsgesuche und -angebote aller Art, auch z.B. der USA. Reichskanzler und Auswärtiges Amt berichteten von ihren Einsprüchen bei Besuchen der türkischen Machthaber in Berlin und unterstützten, zusammen mit der Obersten Heeresleitung, nach Kräften die Hilfe deutscher Stellen für die Armenier im Osmanischen Reich und im Kaukasus. Trotzdem blieb es eine Sisyphusarbeit gegen Vernichtungswillen und Falschheit, weil Deutschland kein wirksames Zwangsmittel besaß, wie Lepsius betont: Das deutsche Militär war zu Beginn der Armenier-Verfolgung mit nur 75 Offizieren und 150 Soldaten präsent, davon im inneren Anatolien nur einzelne Offiziere bei den türkischen Oberkommandos. Bis zum 5. Oktober 1915, dem Eintritt Bulgariens in den Krieg, „konnte von einer Verstärkung der deutschen Truppen in der Türkei und einem Schutz der christlichen Glaubensgenossen überhaupt nicht die Rede sein“. Danach mußten deutsche Truppen hauptsächlich zur Behauptung der Dardanellen eingesetzt werden. Weil Deutschland im Kampf um die Dardanellen zunächst nicht einmal genügend Munition beisteuern konnte, „fühlte sich die Pforte Deutschland keineswegs verpflichtet“ und verbat sich ein Hineinreden „in ihre inneren Angelegenheiten“.

Lepsius zeigt an einem Beispiel, wie wenig Macht das Deutsche Reich und sogar die türkische Regierung zur Abwendung der Deportation hatten, selbst wenn es um Sieg oder Niederlage ging: Ein für den Nachschub wichtiger Bahntunnel befand sich im Ausbau. Durch Vertreibung der Armenier wurde die Zahl der Arbeiter halbiert, Ersatz war nicht möglich; es drohte eine dauernde Unterbrechung des Bahnbetriebs. Der Gegenbefehl des Kriegsministers blieb ohne Wirkung. Das deutsche Große Hauptquartier, das (preußische) Kriegsministerium und das Auswärtige Amt erwirkten einen neuen Befehl vom türkischen Kriegsminister, um die Vertriebenen zurückzuführen. Der Wali (Gouverneur einer Großprovinz) von Adana behauptete, er habe nur Befehl, die weitere Vertreibung zu beschränken, einen Gegenbefehl werde er selbst nach Erhalt nicht befolgen. Der deutsche Botschafter sagte darauf dem Innen- und dem Außenminister, „die Maßregel mache den Eindruck, als ob die türkische Regierung selbst darauf bedacht sei, den Krieg

zu verlieren“. Der deutsche Generalstabschef v. Falkenhayn, betonte gegenüber dem türkischen Kriegsminister unmittelbares deutsches Interesse, der Botschafter erhob noch einmal „ernste Vorstellung“ bei den genannten Ministern, doch seine Meldung ans Auswärtige Amt war, daß Kriegs- und Innenminister „solchen fanatischen Beschlüssen (des Jungtürkischen Komitees) gegenüber machtlos“ seien. Es wurde weiter deportiert.

Im März 2006 ergab eine dreitägige Konferenz in Istanbul über den Armeniermord, daß aus türkischer Sicht Lepsius die Dokumente massiv pro-armenisch manipuliert habe, um höhere Opferzahlen zu suggerieren und armenische Freischärler zu verharmlosen; der Innenminister Talat Pascha habe persönlich 1643 Todesurteile gegen Militärs und Funktionäre unterzeichnet, die sich an Armeniern vergriffen hatten. Ein deutscher Stabschef einer osmanischen Armee habe eher 300 000 Opfer angenommen.[5]

Lepsius beweist, daß englische und französische Beschuldigungen dreier Deutscher, eines Konsuls, eines Leiters des armenischen Hilfs- und Waisenwerks und eines Offiziers, die Massaker befördert zu haben, **Verleumdungen** sind: In den ersten beiden Fällen betreffen sie Menschen, die sich besonders um die Armenier verdient gemacht hatten, im dritten Fall war überhaupt kein Deutscher zur fraglichen Zeit am genannten Ort.

Lepsius fährt fort: „Den … Verleumdungen stehen die zahlreichen Zeugnisse … gegenüber, die von dem unermüdlichen Eintreten der deutschen Konsuln für die Deportierten, von der aufopferungsvollen Notstandsarbeit deutscher Missionare und Missionarinnen und von dem erfolgreichen Eintreten deutscher Offiziere zum Schutz bedrohter Armenier ablegen.“ Er führt dann beispielhaft Fälle des deutschen Einsatzes für den Schutz von Armeniern auf:

* Ein deutscher Kriegsfreiwilliger, der als Konsulatsdiener eine österreichische Ski-Delegation begleitete, schützte mit den Österreichern unter Lebensgefahr eine ihnen anvertraute armenische Familie.

* Ein Vizekonsul, in militärischem Auftrag nach Mossul unterwegs, „verhinderte dadurch, daß er mit den ihm unterstellten Offizieren und Mannschaften seine Mitwirkung verweigerte, daß ein Lager von

5 DIE WELT vom 22. und 23.03.2006

Deportierten …von den ihn begleitenden türkischen Offizieren und Mannschaften laut Befehl aus Mossul massakriert wurde."

* General Liman von Sanders, für einige Monate der einzige deutsche Armee-Oberbefehlshaber in der türkischen Armee, erfuhr bei einer Inspektion in Smyrna im November 1915, daß Hunderte von Armeniern ins Landesinnere geschafft worden waren. Am nächsten Tag ließ er seinen Stabschef dem Wali derartiges verbieten und drohte Waffengewalt an – mit Erfolg. Ebenso intervenierte er für 10 griechische Notabele der Stadt Urfa, die ohne Verhör in Smyrna im Gefängnis waren.

* Generalfeldmarschall Freiherr von der Goltz Pascha erfuhr als neuer Armee-Oberbefehlshaber nach seiner Ankunft in Mossul im Dezember 1915, daß nach Mossul deportierte und dort ansässige Armenier auf Befehl des bisherigen Oberbefehlshabers an den Euphrat vertrieben werden sollten. Er intervenierte zunächst nur mit dem Erfolg, daß die Vertreibung aufgeschoben wurde. Nachdem bis Mitte Januar 1916 keine Antwort aus Konstantinopel gekommen war, verbot er die Vertreibung aufgrund seiner Befugnisse als Oberbefehlshaber. Als er hörte, die Regierung bestehe auf dem Abtransport, bat er telegraphisch um seine sofortige Abberufung. Erst darauf lenkte der türkische Verteidigungsminister ein, sicherte das Verbleiben der Armenier in Mossul zu, wies aber darauf hin, daß die Befugnisse als Oberbefehlshaber nicht zur Einmischung in innere Angelegenheiten berechtigten.

* Die Generale v. Lossow und v. Kressenstein von der Kaiserlich Deutschen Delegation im Kaukasus haben mit größtem eigenen Einsatz, unterstützt von der Obersten Heeresleitung, erreicht, daß die Türken sich hinter die Brest-Litowsker Vertragsgrenzen zurückzogen und die geflüchteten Armenier, welche in verzweifelter Lage waren, wieder zurückkehren konnten.

Ein Oberstleutnant im Stabe eines türkischen Oberbefehlshabers in Baku forderte Schutz für Armenier und andere Christen. Als der Oberbefehlshaber der Niedermetzelung freien Lauf ließ, machte er ihm bei einem Festbankett vor versammelter Gesellschaft ernste Vorhaltungen, ging dann mit drei deutschen Offizieren in die Stadt und veranlaßte zumindest den Schutz einiger Häuser von Deutschen und eines Armeniers. Er verlor darauf seine Position.

Der deutsche Generaldirektor der Kaiserlich Ottomanischen Bagdad-Bahngesellschaft rettete ab August 1915 die etwa 850 armenischen Angestellten mit ihren Familien vor der Deportation, indem er erklärte,

sofort den gesamten Betrieb einzustellen, falls dieses unverzichtbare Fachpersonal deportiert würde. Er hat zunächst nur einen Aufschub erwirkt, aber in zähen Kämpfen schließlich die Deportationsdrohung ganz aufheben können.

Für die Schwierigkeiten des deutschen Militärs folgendes Beispiel: Schon zu Kriegsbeginn hatte ein deutscher General und Festungskommandant nach dem Mord eines armenischen Bankdirektors in Erzurum den bekannten Meuchelmörder verhaften wollen. Er drang damit aber nicht durch.

In der ganzen Dokumentation von kleingedruckten 500 Seiten gibt es noch nicht einmal die Andeutung eines Versuchs der Reichsregierung, die Flut ständiger, z.T. täglicher Berichte einzudämmen oder die Botschaft, deutsche Militärs und Deutsche in zivilen Funktionen zur Zurückhaltung anzuhalten. Im Gegenteil billigte oder unterstützte sie deren Eintreten für die Armenier. Warnungen, Bitten und Vorschläge zum Schutz der Armenier wurden umgehend beantwortet oder befürwortend und mit dem Auftrag zu intervenieren an die Botschaft weitergeleitet. Beispielsweise erhielt die Botschaft eine von Lepsius unterschriebene Warnung der Deutsch-Armenischen Gesellschaft an das AA noch am selben Tag, eine andere, die an den Reichskanzler und von dort ans AA ging, innerhalb von fünf Tagen. Auf letzterer meldete der Botschafter schon nach drei Tagen, mit der türkischen Regierung bereits „eine äußerst scharfe Sprache geführt“ zu haben, aber auch: „Proteste nützen nichts, und türkische Ableugnungen, daß keine Deportationen mehr vorgenommen werden sollen, sind wertlos.“ Ebenso verhielten sich die Botschafter gegenüber den Konsulaten, anderen Deutschen oder auch Angehörigen anderer Staaten, die den Armeniern helfen wollten. Als der Vizekonsul von Erzerum noch am Beginn der Deportation (18. Mai 1915) den Botschafter fragte, ob er deshalb beim türkischen Oberkommandierenden (!) intervenieren dürfe, wurde er gleich am nächsten Tag ermächtigt, „Vorstellungen zu erheben und auf humane Behandlung …hinzuwirken.“ Die Botschaft vermittelte Dr. Lepsius als Vorsitzendem der Deutsch-Armenischen Gesellschaft sogar ein Gespräch mit dem Verteidigungsminister.

Obschon auch der Kanadier deutscher Herkunft Ulrich Trumpener 1968[6] anhand von deutschen Akten in US-Archiven urteilt: “Contrary

6 Germany and the Ottoman Empire 1914-1918, Princeton University Press 1968

to what has sometimes been claimed, direct protection of the Armenians was completely beyond Germany´s capacity", wird immer wieder behauptet, Deutschland habe mehr tun können.
Der Staatsekretär des Äußeren hat dazu Ende September 1916 dem Reichshaushaltsausschuß erklärt, „daß unser Botschafter soweit gegangen ist, sich direkt den Unwillen des Großwesirs und des Ministers des Inneren zuzuziehen. Nach den ersten drei Monaten seiner Tätigkeit haben die betreffenden Minister gesagt, der Botschafter scheine wohl nichts anderes zu tun zu haben, als sie immer in der Armeniersache anzuöden." Im März 1918 folgte eine ähnliche Erklärung vor dem Reichstag. In beiden heißt es, man habe jedoch nicht verantworten können, das Bündnis mit der Türkei zu kündigen weil es zu Deckung der Südflanke von existenzieller Bedeutung war.
Man kann hinzufügen: Eine Drohung mit dem Bruch wäre deshalb auch als Bluff erkennbar und unwirksam gewesen. Und daß ein Bruch den Armeniern geholfen hätte, ist bei dem damals herrschenden Fanatismus auszuschließen. Als Verbündete konnten die Deutschen wenigstens etwas zu Linderung beitragen. Lepsius sagt: „…in den Jahren 1916 bis 1918 (war den deutschen Konsulaten) nichts anderes übrig geblieben, als die Notstandswerke der im Lande verbliebenen deutschen und amerikanischen Missionen, wo es irgend hinter dem Rücken der türkischen Behörden möglich war, zu fördern und zu schützen. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und der Türkei (20. April 1917) blieb die Last allein auf den Schultern der Missionare und Schwestern deutscher Hilfsgesellschaften, die durch amerikanische, schweizer, holländische, nordische und deutsche Hilfsgelder unterstützt wurden."
Dies ist der für die deutsche Seite positive Sachstand, der aus der Dokumentation von Lepsius hervorgeht, dessen Werk im Bundestagsbeschluß hervorgehoben wird. Diesen Tatbestand kann man aber schon ahnen, wenn man nur das oben genannte sechsseitige Vorwort des Informatons- und Dokumentationszentrums Armenien zur Neuausgabe der Lepsius-Dokumentation gelesen hat. Schon ein Hineinschauen in die 71-seitige Einleitung von Lepsius genügt, um dessen gewiß zu werden. Vor diesem Hintergrund ist es erschütternd, daß den über 600 „Volksvertretern" der Ruf Deutschlands in dieser wichtigen Frage nicht einmal eine Aussprache wert war, bevor sie einen Beschluß faßten, der einen Rufmord am Deutschen Reich und unseren Vorfahren darstellt.

Wahrscheinlich haben nicht einmal die Verfasser des Beschlußantrages die Einleitung von Lepsius gelesen. Denn die als Beitrag zur Versöhnung wichtige Feststellung von Lepsius fehlt, daß das die Gräuel kein „Werk gehässiger oder fanatischer Volksleidenschaft" waren (siehe oben).

Jahre vor dem Bundestagsbeschluß wurde vielfach dafür plädiert, Deutschland für mitschuldig zu erklären: In *Die Literarische Welt* [7] erinnerte 2003 ein namhafter Professor für Neuere Geschichte eindringlich an die Gräueltaten und forderte die „bundesdeutschen Politiker" auf, „unmißverständlich Position zu beziehen." „Das wäre schon deshalb notwendig", fährt er fort, „als die Bundesrepublik politisch und moralisch Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches ist. Sie kann sich nicht vor der Teilübernahme der historischen Verantwortung drücken mit der Begründung …realpolitische Interessen stünden dagegen. Dies wäre eine zutiefst opportunistische Einstellung, die zur Folge hätte, dass Deutschland noch im Nachhinein die Schuld legitimiert, die es einst durch Mithilfe auf sich geladen hat. Der deutsche Bundestag wäre gut beraten, wenn er … eine interfraktionelle Resolution verababschiedete, in der die Mitverantwortung des Deutschen Reiches am Genozid an den Armeniern anerkannt wird." Als Beweis führt er vorher an: „Tatsache ist, daß das Osmanische Reich wichtigster Bündnispartner … gegen die Russen war. Und Tatsache ist auch, daß Hunderte deutscher Offiziere im Dienst der Türkei gestanden (Anm. d. Verf.: Lepsius sagt 75 zu Beginn der Verfolgung) und einige von ihnen an der `Planung und Durchführung´ der Deportationen teilgenommen haben." Genannt werden von der Goltz und „ein Oberstleutnant Boettrich". Obschon, wie gezeigt, die Proteste sofort nach Erkennen der Brutalitäten einsetzten, behauptet der Professor, erst die Zwangsbekehrungen ein halbes Jahr später hätten sie ausgelöst. Eine Bemerkung des deutschen Chefs des osmanischen Feldheeres nach dem Krieg, die den Armeniermord erklären sollte (u.a. „Der Armenier ist wie der Jude") nennt er „bezeichnend für das vorurteilsgeladene Denken, das bei deutschen Politikern und Militärs jener Jahre herrschte", obschon ihr dokumentiertes Verhalten das genaue Gegenteil beweist.

7 26. LTERARISCHE WELT v. 26. April 2003, S. 7, Artikel von Julius H. Schoeps, Leiter des Moses Mendelssohn Zentrum Europäisch-jüdische Studien der Universität Potsdam

Auf Bitte des Verfassers um Quellenbelege kam postwendend das Manuskript. Darin waren zu allen Aussagen Quellen angeführt – nur nicht zur Beteiligung deutscher Offiziere. Ohne Antwort blieb zweimaliges detailliertes Nachfragen, wie Deutschlands „tätige Mithilfe“ oder „bewußtes Wegsehen“ denn zu verstehen sei, da u.a. doch die im Artikel erwähnten Konsularberichte gegen eine offizielle Sprachregelung in diesem Sinne sprächen.

Die Beweisführung eines Kasten „Das Massaker und die Deutschen“ in der WELT [8] nennt wieder „Oberleutnant (sic) Böttrich“, der als Chef des Verkehrswesens im türkischen Generalstab Deportationsbefehle unterschrieben habe (was unwahr ist, wie noch gezeigt wird), und zitiert einen deutschen Generalstäbler, beim deutschen Generalstabschef des türkischen Feldheeres seien „alle Fäden zusammen“ gelaufen. Zwei Tage später nennt diese Zeitung „den vom deutschen Offizier Böttrich unterzeichneten Deportationsbefehl“ vom November 1915. Dann dienen als belastende Indizien die Aussage des Reichskanzlers, auf jeden Fall „die Türkei bis zum Ende des Krieges an unserer Seite zu halten“, die „Richtlinien für deutsche Journalisten“ vom Oktober 1915, wonach es „einstweilen Pflicht (sei) zu schweigen“, und zwei Telegramme des deutschen Botschafters von Ende Mai/Anfang Juni 1915, als noch Unsicherheit über das Ziel der türkischenMaßnahmen herrschte.

Eines informiert einen Konsul, daß er zu seinem „Bedauern von einer erneuten Verwendung bei der Pforte zunächst absehen“ muß und bittet den Konsul, keine weiteren Schritte bei den Militärbehörden zu unternehmen (die er zwei Wochen vorher postwendend genehmigt hatte, siehe oben).

Das zweite berichtet ans AA, daß der Kriegsminister zur Eindämmung armenischer Spionage und Massenerhebungen u.a. aus „den jetzt insurgierten armenischen Zentren alle nicht ganz einwandfreien Familien in Mesopotamien anzusiedeln“ beabsichtige; weiter heißt es: „Er bittet dringend, daß wir ihm hierbei nicht in den Arm fallen.“ Außerdem wird im Kasten behauptet: “Um seine Mitverantwortung an diesem Verbrechen zu vertuschen, veröffentlichte das deutsche Auswärtige Amt 1919 ein Sammlung diplomatischer Akten, deren Herausgeber Lepsius war.“ Der aber hatte betont, daß er die Dokumentation gerade nicht

8 DIE WELT v. 21. April 2005

im Auftrag des AA, sondern persönlich herausgegeben habe. Weiter heißt es, „daß Berlin seinen Diplomaten vor Ort kategorisch verboten hatte, sich in die `armenische Frage´ einzumischen", was nach Lepsius´ Dokumentation eine **grobe Unwahrheit** ist.
Aus alledem, selbst wenn man eventuelles Fehlverhalten Einzelner einkalkuliert, ist gegen Lepsius und seine Dokumentation nur mit sehr bösem Willen oder profunder Ignoranz eine „tätige Mithilfe", „Mitschuld" oder „unterlassene Hilfeleistung" des Deutschen Reiches zu konstruieren.
Es gibt eine deutsche Internet-Dokumentation www.armenocide.de, welche die in Lepsius´ Dokumentation fehlenden oder gekürzten Dokumente vollständig wiedergeben soll. Sie hat, wie aus der Einführung von 2005 ersichtlich war, die Belastung des Reiches zum Ziel. Doch sie bestätigt das von Lepsius gezeigte Bild der Ereignisse und der intensiven Bemühungen der deutschen Seite, den Armeniern zu helfen, bringt sogar noch einige für Deutschland positive Vorgänge, die Lepsius ausgelassen hatte. Sie belegt aber keine für Deutschland negativen Tatsachen. Sie bestätigt die Zwangslage des Reiches, das Osmanische Reich unbedingt als Verbündeten behalten zu müssen und daher auch nicht öffentlich anklagen zu können. Sie zeigt aber, daß in Lepsius´ Dokumentation manches fortfällt, das negative Züge der Armenier aufführen und dadurch ihre Opferrolle der schwächen, würde. Die Dokumentation räumt sogar oft behauptete deutsche „Beteiligungen" aus:
* Oberstleutnant Boettrich hat als Chef des Feldeisenbahnwesens keinen „Deportationsbefehl" unterschrieben; Er hat die getroffenen Regelungen zum allmählichen Ersatz der zu entfernenden Armenier durch Türken dem Militärkommissar der Anatolischen Bahn mitgeteilt; dabei machte er klar, daß für die Armenier zunächst fachlich adäquater Ersatz zur Verfügung gestellt werden müßte.
* Major Graf Wolffskehl hat keine Artillerie gegen Armenier in Urfa eingesetzt, sondern einen türkischen General auf einer Inspektionsreise zur Niederschlagung armenischer Widerstände begleitet. Er hat aber zugunsten der Armenier berichtet, daß sie nicht mit internierten Ausländern zusammengearbeitet und entgegen den türkischen Beschuldigungen keine russischen Maschinengewehre gehabt hätten.
Am neunzigsten Jahrestag des Beginns des Armeniermordens meinte trotz aller gegenteiliger Tatbestände der evangelische Bischof Wolfgang

Huber bei einer Seelenmesse im Berliner Dom, sich „für diese politische Gleichgültigkeit“ des Kaiserreichs schämen zu müssen und bittet die deutsche Regierung „sich zur deutschen Mitschuld zu bekennen“.[9] Das achte Gebot und die Worte Luthers dazu in seinen Kleinen Kathechismus sagen diesem Bischof offenbar nichts: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.Was ist das? Wir sollen Gott fürchten und lieben, daß wir unsern Nächsten nicht belügen, verraten, verleumden oder seinen Ruf verderben, sondern sollen ihn entschuldigen, Gutes von ihm reden und alles zum besten kehren.“

Abschließend ist festzuhalten: Das Deutsche Reich ist damals im Krieg einem existenziell wichtigen Verbündeten so in die Arme gefallen, wie es keiner der Feindstaaten getan hätte, wie man aus dem zahnlosen Verhalten der Westalliierten gegenüber den Vertreiberstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg schließen kann.

Glücklicherweise haben der Bundestagsbeschluß von 2005 und die Aussagen höchster deutscher Politiker 2015 wenigstens keine entschädigungsträchtige „deutsche Schuld“ behauptet. Doch die unwahren und ungerechten Beschuldigungen verunglimpfen mit dem Deutschen Reich zugleich das Andenken Verstorbener, nämlich derer, die nach dem beredten Zeugnis der maßgeblichen Dokumentationen als amtliche und nichtamtliche Vertreter des Reiches ihr Äußerstes zur Rettung der Armenier getan haben.

Angesichts der heute jedermann leicht zugänglichen Dokumente, zumal wenn einem, wie dem Bundespräsidenten, dem Buntestagspräsidenten und den Mitgliedern des Bundestages oder einem Bischof reichlich Assistenz zur Verfügung steht, langt zur Erklärung dieses Rufmordes das Argument Ignoranz in keiner Weise aus.

9 Presseerklärung der EKD vom 23. April 2005

Menno Aden

Waterloo 1815

Übersicht

16.-18. Okt. 1813	Napoleon verliert die Völkerschlacht bei Leipzig
31. März 1814	Einzug der Verbündeten in Paris
11. April 1814	Napoleon dankt ab, erhält eine Pension und die Insel Elba, die zum österreichischen Großherzogtum Toskana gehörte
4. Mai	Napoleon auf Elba
10. Mai	Erster Friede zu Paris überaus gnädig: Frankreich muss keine Kriegsentschädigung zahlen!
Sept. 1814- Juni 1815	Wiener Kongress
1. März 1815	Napoleon landet bei Cannes
18. Juni	Napoleon wird bei Waterloo von Wellington/ Blücher besiegt
7. Juli	Zweiter Einzug der Verbündeten in Paris
20. November	Zweiter Friede von Paris: Frankreich zahlt Kriegsentschädigung und muß geraubte Kunstschätze zurückgeben, behält aber die 17. Jh. geraubten deutschen Provinzen Elsass und Lothringen

I. Ausgangspunkt

Am 1. März 1815 betrat Napoleon nach seiner Flucht aus Elba französischen Boden. Sein Marsch nach Paris wurde nach zögerlichen ersten Tagen zu einem geschichtlich beispiellosen Triumphzug. König Ludwig XVIII. trat erneut die Flucht an, und der *empereur* trat wieder in seine alten Rechte, bekundete aber, dass er dieses Mal nur Ruhe und Frieden für Frankreich und Europa suche. Binnen drei Monaten, nach der Schlacht bei Waterloo, war aber alles vorbei. Napoleon dankte ein zweites Mal ab und wurde nach Sankt Helena gebracht.

Die Schlacht bei Waterloo, in Preußen, anscheinend nach einem in der Nähe befindlichen Gasthaus dieses Namens „ Belle- Alliance“ genannt, fand am 18. Juni 1815 statt. Sie beendete den fast 25jährigen Krieg, den Frankreich im April 1792 erst gegen Österreich eröffnet, unter Napoleon dann aber gegen ganz Europa geführt hatte. Sieger waren, wie jedermann im englischsprachigen Bereich weiß, die Briten unter Wellington. So steht es auch im deutschsprachigen Wikipedia: *Arthur Wellesley, 1. Duke of Wellington .....Er siegte bei Waterloo über Napoleon*. Wir Deutschen sind schon komisch im Umgang mit unserer Geschichte. Das englischsprachige Wikipedia sagt es nämlich richtig: *Wellington led the decisive victory with Gebhard Leberecht von Blücher over Napoleon Bonaparte`s forces at Waterloo.* Deutschland und Europa wurden von der französischen Fremdherrschaft befreit. Welcher Deutsche kennt wohl noch Blücher? Viele Deutsche werden die Bedeutung von Waterloo namentlich für Preußen und Deutschland nicht mehr kennen. Diese sei hier daher kurz skizziert.

II. Blücher

In den Gesprächen mit Las Cases auf Sankt Helena (*Mémorial de Sainte Hélène*) kommt Napoleon immer wieder auf seine vielen Schlachten zurück, deren allermeiste er gewonnen hatte. Nur diese letzte nicht! Immer wieder durchlebte der gefallene Imperator die entscheidenden Stunden, in denen sein Stern versank. Wie die Leipziger Schlacht lange geschwankt hatte, so auch die bei Waterloo. Napoleon über Wellington (Kap. XI): *Ah! qu`il doit un beau cierge au vieux Blücher - Er schuldet dem alten Blücher eine schöne große Kerze, denn ohne diesen weiß ich nicht, wo Sa Grace* (= Seine Gnaden), *.. heute wären.* In einem anderen Gespräch (a.a.O., Kap.. VIII) erklärt Napoleon: *Die Entscheidung des englischen Generals, die Schlacht bei Waterloo anzunehmen, gründete sich ausschließlich auf die Hilfe der Preußen; aber diese konnten erst am Nachmittag kommen: er war daher von 4:00 Uhr morgens bis etwa 5:00 Uhr nachmittags also für 13 Stunden alleine engagiert. Normalerweise dauert eine Schlacht nicht länger als 6 Stunden, die Hoffnung auf die Preußen war daher eigentlich illusorisch.* Es ist allgemein anerkannt, dass nur das Auftreten von Blücher mit 40.000 Preußen den Sieg brachte. Aber nicht England hat den Sieg errungen, Preußen auch nicht. Von den rd. 70.000 Mann unter Wellingtons Kommando war nur etwa ein Zehntel Engländer, zwei Drittel waren Deutsche, viele davon

aus Hannover, dessen König als Georg III. auch der britische König war, aber auch zahlreiche Iren und Niederländer befanden sich im „englischen" Heer. Die Deutschen, welche unter Wellington 13 Stunden den wütend kämpfenden Franzosen standhielten, und die Preußen unter Blücher, welche schließlich die Entscheidung entschieden, haben die Schlacht gewonnen. Man muss es Napoleon fast glauben, dass er nach seiner Rückkehr aus Elba nur noch Frieden und Ruhe für Frankreich suchte. Nach dem 1. März 1815 wenigstens war nicht er es, der den Krieg erneuerte, sondern die sich düpiert fühlenden Siegermächte. Diese hatten sich gegenseitig geschworen, den Kampf fortzuführen, bis Napoleon unschädlich gemacht sei. Aber wie oft waren in Kriegen, so auch in diesem, heilige Eide gebrochen worden! Hätte Napoleon bei Waterloo den Sieg davon getragen, wäre ein *Remis-Frieden* wohl die wahrscheinliche Folge gewesen.

Eigentlich waren alle Beteiligten kriegsmüde, und ein politisches Interesse, den Krieg zu erneuern, bestand allenfalls bei Preußen. Dieses hatte die Hauptlast der napoleonischen Kriege getragen und stand nach dem Siege politisch isoliert und im Grunde mit leeren Händen da. Der Erwerb der katholischen Rheinlande schien damals nur zweite Wahl. Preußen war infolge der von Napoleon verfügten französischen Kriegskontributionen völlig ausgeplündert worden und hatte, da im Ersten Pariser Frieden auf jegliche Ersatzleistungen verzichtet worden war, auch keine Aussicht, sich wirtschaftlich zu erholen.

England hatte kein Interesse daran, Frankreich noch weiter zu schwächen, Russland hatte im Länderschacher des Wiener Kongresses bekommen, was es in diesem Krieg gewinnen konnte, und Österreich war mit seinen Wieder- und Neuerwerbungen in Italien und, aus dem Erbe der untergegangenen Republik Venedig, Dalmatien, auch zufriedengestellt. Hätte Napoleon bei Waterloo gesiegt, und hätte er, wie er schon vor der Schlacht mehrfach angekündigt hatte, ein Friedensangebot gemacht, wäre es sehr gut möglich gewesen, dass Kaiser Franz 1815 seinem Schwiegersohn Napoleon wieder die Hand gegeben hätte, ehe er sich mit diesem in einer großen Schacht erneut als unbesieglich erwiesenen Korsen in einen neuen unabsehbaren Krieg eingelassen hätte. Es ist reine Spekulation, wie ein solcher Friede ausgesehen hätte. Aber eigentlich hätte dieser nur zulasten Deutschlands gehen können. Kaiser Franz II. (1792 bis 1806 als Franz II. letzter deutscher Kaiser, sowie von 1804 bis 1835 als Franz I. erster Kaiser von Österreich) hatte 1797

noch als Deutscher Kaiser gegen das Reichsrecht und ohne zwingende Not im Frieden von Campo Formio Napoleon alle linksrheinischen Gebiete zugesprochen, um in Italien seine Ruhe zu haben. Wer konnte sagen, ob er das nicht wieder getan hätte. Deutschland bedeute ihm wenig, und gar für Preußen hätte er keinen Finger gerührt. England und Russland hätten mit den Schultern gezuckt und am Ende zugestimmt. Das unter Napoleon völlig ausgeblutete Preußen hätte, von seinen Verbündeten allein gelassen, den Krieg gegen das immer noch starke Frankreich nicht fortführen können, vielleicht auch nicht wollen. Das hätte für Deutschland bedeuten können, dass große Teile der gemäß dem Frieden von Lunéville 1801 (= linkes Rheinufer) an Frankreich abgetretenen Gebiete nun doch noch an Frankreich gefallen wären. Saarbrücken und Trier, die Pfalz , vielleicht auch Koblenz, Köln und Aachen wären dann heute vielleicht ebenso französisch wie das Elsass und Lothringen. Deutschland hat daher vermutlich viel Grund, Blücher für den Sieg bei Waterloo dankbar zu sein.

III. Wiener Kongress

Im Ersten Pariser Frieden war in Art. 32 bestimmt worden:
Binnen zwey Monathen sollen alle, von einer und der andern Seite in dem gegenwärtigen Kriege begriffene Mächte, Bevollmächtigte nach Wien schicken, um auf einem allgemeinen Congreß die Maßregeln, welche die Dispositionen des gegenwärtigen Tractates vervollständigen sollen, festzusetzen.
Heinrich v. Treitschke (*Der Wiener Kongress*) sagt: *Das dauernde historische Verdienst des Wiener Kongresses war, dass er für den freundnachbarlichen Verkehr der Staatengesellschaft einige neue Formen und Regeln fand..... mit dem Wiener Kongress begann in der Tat eine neue Epoche des Völkerrechts.* Jedenfalls aus heutiger Sicht lehrte der Wiener Kongress vor allem, dass man Geschichte nicht rückgängig machen kann. Die Vertragschließenden hatten eigentlich das Rad.in die Zeit vor der französischen Revolution bzw. dem Beginn der Koalitionskriege zurückdrehen wollen. Das konnte nicht gelingen. Die Völker, auch das deutsche hatten sich geändert.
Politisch war der Kongress kein Erfolg für Preußen oder Deutschland. Es war das Geschick von Frankreichs Minister Talleyrand, die nicht nur in Deutschland begangenen Verbrechen Frankreichs unter Napoleon, ausschließlich auf das Konto des, wie er nun hieß, Usurpators Bonaparte

zu schreiben. Talleyrand wusste den Siegern einzureden, dass Europa zwar einen durchaus gerechten Krieg gegen Napoleon geführt habe, aber doch nicht etwa gegen das edle, große Kulturvolk der Franzosen! Wieviel Unglück wäre vermieden worden, wenn man uns Deutschen nach den Weltkriegen dieses Argument ebenso nachsichtig abgenommen hätte, wie es damals gegenüber Frankreich geschah!

IV. England und das Gleichgewicht der Mächte

Wie beim Ersten und Zweiten Weltkrieg selten die Frage gestellt wird, welches Interesse die USA mit seinem Krieg gegen Deutschland eigentlich verfolgte, so wird auch bei den Koalitionskriegen und beim Wiener Kongress kaum die Frage gestellt, welchen Platz England in diesen einnahm. Sein Beitrag zum Sieg war gering. Unter den französischen Eroberungskriegen hatte nur Kontinentaleuropa gelitten, Deutschland wohl am meisten. Die von Napoleon verhängte Kontinentalsperre hat England im Ergebnis nur wenig geschädigt. Im Gegenteil hatte England die napoleonischen Kriege dazu nutzen können, die mit Frankreich zwangsverbündeten Niederlande aus der Kapprovinz in Südafrika, aus Ceylon und Malakka und kurzfristig auch aus Java zu vertreiben. England verfolgte den Aufbau seines Weltreichs stetig weiter. Es hatte daher auch beim Wiener Kongress weltweite Ziele, welche nur gedeihen konnten, wenn in Kontinentaleuropa ein Gleichgewicht der Kräfte erhalten blieb, wenn also keine Macht das Übergewicht über eine andere hatte. 1815 zeichnete sich die endgültige Unterwerfung Indiens ab (die 1818 mit dem 3. Marathischen Krieg erreicht wurde). Nun traten Sindh (heutiges Pakistan) und Persien ins Visier und damit die Nähe zu Russland. Frankreich hatte den Wettbewerb mit England um außereuropäische Machtpositionen verloren. Der einzige nun noch in Betracht kommende Rivale war Russland. Dieses hatte in den letzten Türkenkriegen seine Machtbasis in Süden erheblich erweitert und mit der Annexion von Georgien (1801) auch über den Kaukasus, bis an die persische Grenze gegriffen. Russland wurde daher aus englischer Sicht zu mächtig, und Frankreich war die einzige Kontinentalmacht, welche als Gegengewicht zu Russland in Betracht kam. Es lag daher nicht im englischen Interesse, Frankreich zu sehr zu schwächen.

Britische Politik hatte seit dem 16. Jahrhundert mit großem Geschick die Doktrin des kontinentalen Kräftegleichgewichts verfolgt und ihre Sympathien und insbesondere ihr mit dem höchst lukrativen transat-

lantischen Sklavenhandel verdientes Geld jeweils der Macht auf dem Kontinent zugewendet, welche der für England gefährlichsten Macht am besten entgegentreten konnte. Gegen Spanien wurde unter Heinrich VIII. (15ß9 – 47) Frankreich gestützt, gegen Frankreich unter Ludwig XIV. die an sich als Rivalen verhassten Niederländer, und während der Kriege mit Frankreich um Indien und Kanada half man Preußen usw. So war auch 1815 das Verhältnis zwischen den Höfen von Paris und London nach der Niederlage Frankreichs 1814 *immer freundlicher geworden (*Treitschke*),* und das Verhältnis zu den Verbündeten Russland und Preußen hatte sich entsprechend eingetrübt. Als Frankreich ab 1830 dann wieder sehr an Stärke gewann, fand Preußen sich wieder in der britischen Gunst, und als aus Preußen das Deutsche Reich geworden war, entdeckten britische Politiker dann doch erneut die Seelenverwandtschaft mit Frankreich usw. Es ist für die heutige Weltpolitik wichtig zu sehen, wie sehr die USA diese britische Schaukelpolitik im Weltmaßstab kopiert und verfeinert hat. Die Schwankungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis zwischen 1898 (Spanischer Krieg) und heute geben dem Betrachter dazu genügend Anschauungsmaterial.

V. Preußen in der Zwickmühle

Einen Machtzuwachs Russlands in Europa über das bereits vereinnahmte Polen hinaus wollte insbesondere England nicht dulden. Preußen, als die kleinste der vier Großmächte, hatte nur Russland als Freund. Ein Machtgewinn Preußens wäre indirekt Russland zugute gekommen. Eine Stärkung Preußens, etwa durch die erstrebte Annexion Sachsens oder den Erwerb der Rheinlande widersprach den Interessen der Mächte, den englischen aber besonders. Wurden die Rheinlande preußisch, lag Hannover von Ost und West zwischen Preußen eingekeilt. Das ehemalige Kurfürstentum, nun Königreich, Hannover wurde aber von London wie ein britisches Nebenland geführt, weil es seit 1714 dem britischen König in Personalunion gehörte. Die Auflösung der Personalunion, die 1837 mangels männlicher Erbberechtigter geschah, war 1815 angesichts von vier lebenden Söhnen von König Georg III. ganz unwahrscheinlich. Frankreich und Österreich konnten aus weitgehend gleichen Gründen auch kein starkes Preußen gebrauchen. So wurden auf dem Wiener Kongress wieder die alten, mit Bestechungen an die deutschen Mittelfürsten unterlegten Intrigen zur Aufrechterhaltung der deutschen Zersplitterung gespielt. Treitschke: *Lord Castelreagh,*

der englische Delegierte verfiel auf den unseligen Gedanken, welchen Talleyrand seit Monaten schürend und hetzend vorbereitet hatte: er beantragte insgeheim ein Kriegsbündnis zwischen England, Österreich, Frankreich und ihren kleinen Gesinnungsgenossen gegen Preußen. Dieses wurde in einem Vertrag vom 3. Januar 1815 formalisiert. Treitschke weiter: *Der Vertrag ist von lang nachwirkenden unmittelbaren Folgen gewesen. Er hat Frankreich wieder eingeführt in die Gemeinschaft der Staatengesellschaft, und zwischen den Westmächten jene viel gerühmte entente cordiale begründet, welche seitdem, nur auf kurze Zeit unterbrochen, fortgewirkt hat.*

VI. Waterloo als Rettung Preußens

Das war die Lage im Februar 1815. Talleyrand, hatte soeben seinem König gemeldet, dass die Koalition der Sieger (England, Österreich, Preußen, Russland) definitiv aufgelöst sei. Am 1. März trat Napoleon wieder auf die Bühne. Das französische Volk und die alten Generäle und Getreuen, welche gerade erst dem Bourbonen Treue geschworen hatten, wechselten sofort die Seiten. Preußen und Deutschland hätte nichts Besseres geschehen können als dieser Husarenstreich Napoleons. Die Koalition der Sieger schloss erneut die Reihen. Im Mai war ein preußisches Heer unter Blücher und ein englisch-deutsches Heer unter Wellington in den Niederlanden, heutiges Belgien, zusammengestellt. Am 16. Juni 1815 wurden die Preußen unter Blücher in der Schlacht bei Ligny geschlagen. Napoleon hatte aber verkannt, dass das preußische Heer trotzdem intakt und kampfbereit geblieben war. Zwei Tage später war Waterloo.

Ergebnis

Napoleons Flucht aus Elba und Preußens Sieg bei Waterloo hat wahrscheinlich die Rheinlande für Deutschland gerettet.
Wir können daraus lernen: Wer die meisten Opfer bringt und sogar den Sieg erringt, wird von seinen Freunden leicht übervorteilt. Damals. Und auch heute. In der derzeitigen Eurokrise hat Deutschland bei weitem die größten Opfer erbracht, aber unsere „Freunde“ sehen gerne zu, wie wir weiter gerupft werden.

Rezensionen

Konrad Löw: *„Lasst uns trotzdem weiterkämpfen!“* *Erfahrungen mit dem Versuch, “Verantwortung vor Gott und den Menschen“ zu leben. Eine Autobiographie*
2015 Gerhard Hess Verlag, 303 Seiten, broschiert, € 18,60

Der Titel zitiert eine Ermunterung des bekennenenden Atheisten Alfred Grosser an den bekennenden Katholiken Konrad Löw, der Untertitel zitiert den ersten Satz der Präambel des Grundgesetzes. Beide Zitate enthalten die Botschaft dieser „Autobiographie“, zu der sich der 1999 in Bayreuth emeritierte Politikwissenschaftler von außen gedrängt sah. Da er sein Leben biographisch als zu schlicht einschätzt, läßt er vor allem sein zähes, unbeirrtes Ringen sprechen, Recht, Wahrhaftigkeit und Ehre gegen den Strom zu Geltung zu bringen. War es noch relativ leicht, durch sokratisches Fragen Studenten die Hohlheit der revolutionären Phrasen eines Rudi Dutschke zu beweisen, so erforderten seine weiteren „großen Herausforderungen“, wie er sie nennt, seinen ganzen Einsatz.
Ausgerechnet 1968, als Marx westlichen Studenten, Pseudo- und wirklichen Intellektuellen als humanistischer Heilslehrer gegen die Ungerechtigkeiten des Kapitalismus galt, sollte Löw über „Das politische System der DDR“ lehren. Zunächst noch zumindest von der guten Absicht von Marx und Engels angetan, „verfinsterte sich ihr Bild“, je mehr er in die Original-Quellen einstieg. Nach der Entzauberung des DDR-Systems, holte er nun auch die reine Lehre anhand ihrer Quellen von ihrem angeblich wissenschaftlichen und humanistischen Sockel. Er verfasste schließlich dazu als „Rotbuch der kommunistischen Ideologie“ eine umfangreiche Sammlung von Marx- und Engels-Zitaten, die selbst vermeintlichen Kennern die Augen öffnete. Es war aber ein Kampf gegen Widerstände von akademischen Jusos bis hin zum Nestor der katholischen Soziallehre, dem Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning, gegen Verleumdungen als Fälscher; er brachte ihm in der CSSR sogar einige Tage Gefängnis.
Seine zweite Herausforderung war das Eintreten für die Religionsfreiheit: Entgegen der amtlichen Verteufelung der „Vereinigungskirche e.V.“, der sogenannten Moon-Sekte, bescheinigte er dieser nach dem

Studium ihrer Schriften und aus persönlichen Erfahrungen nur Gutes. Obschon es keinen Beweis des Gegenteils gab, wurde er deshalb sehr angefeindet: anonym in der Universität, offen in der Presse, verdruckst durch Absagen von Vorträgen und Schriftbeiträgen, Ausgrenzung in CSU und Hanns-Seidel-Stiftung trotz seiner Verdienste, was ihn austreten ließ, außerdem durch eine Missbilligung des bayrischen Wissenschaftsministers. Sie wurde erst vier Jahre später wegen Mißachtung von Freiheitsrechten gerichtlich aufgehoben.

Löws dritte Herausforderung zeitigte das für Deutschland wichtigste Ergebnis: Die Verfolgung und Vernichtung des Jüdischen unter dem NS-Regime hat das nichtjüdische deutsche Volk mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, verurteilt oder sogar unter Lebensgefahr zu vereiteln gesucht. Damit wird die Zuweisung einer Kollektivschuld (u.a. „Tätervolk"), die es weder moralisch noch juristisch gibt, auch de facto unmöglich. Das hatte schon Adenauer 1952 unter allgemeiner Zustimmung im Bundestag erklärt. Löw aber ist der Einzige, der diese Gewißheit aus der systematischen Zusammenstellung der sehr vielen, nahezu einhelligen Zeugnisse der Verfolgten, danach zusätzlich auch der Verfolger gewonnen und publiziert hat. Doch obschon er die Zeugnisse sprechen ließ, wurde er vom Kartell der Schuldkult-Deutschen in Politik und Medien verfemt, sein entsprechender, im Deutschland-Archiv veröffentlichter Vortrag von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) in ehrenrühriger Weise zurückgezogen und makuliert. Erst sechs Jahre später mußte der Präsident der Bundeszentrale auf Beschluß des Bundesverfassungsgerichts wegen Verletzung elementarer Rechte den Autor um Entschuldigung bitten.

Inzwischen hatte Löw noch eine die Münchner zu Unrecht als judenfeindlich beschuldigende Ausstellung korrigiert; besonders aber hatte er, unbeirrbar durch die Instanzen bis zum Bundestagspräsidenten gehend, erreicht, daß ein die Deutschen als Tätervolk verunglimpfendes Buch der bpb nach Jahren der Volksvergiftung zurückgezogen werden mußte.

Löws Einsatz für die Entzauberung von Marx traf grosso modo auf den Widerstand, der bei der Revision gesichert geglaubter Auffassungen üblich ist. Der Widerstand gegen seinen Einsatz für die Religionsfreiheit und die Ehre der Deutschen aber war von einer Niedrigkeit, die jeden an Recht und Anstand Glaubenden schaudern lässt. Löw konnte dagegen nur obsiegen, weil er, nach dem Vorbild seines Vaters in der NS-Zeit,

kompromißlos und überaus beharrlich, sowie als Politik-Professor und Jurist für diesen Kampf besonders gerüstet war.
Für ihn ist unser Rechtsstaat „eine trügerische Hoffnung!“ Denn er schützt die Freiheit der Meinung(säußerung) mehr als die Ehre (Menschenwürde). Der Normalbürger ist hilflos.
Löws Darstellung und Urteil sind damit nicht zuletzt ein Appell, Stiftungen zu schaffen, die dem rechtstreuen, querdenkenden Bürger juristisch und finanziell helfen, Recht, Wahrhaftigkeit und Ehre Geltung zu verschaffen.
Manfred Backerra

Stefan Scheil: ***Weserübung*** gegen ***Operation Stratford***
Wie Deutschlands Gegner 1940 der Krieg nach Skandinavien trugen
Verlag Antaios, Schnellrosa 2015, Kaplaken 44, 96 S., € 8,50

Da Deutschland nicht im Weltfinanzsystem beteiligt sei und ein „vernünftiges Finanzsystem“ einführen und „die Goldblase platzen“ lassen könne, „muß es um jeden Preis daran gehindert werden. Daher auch die fieberhaften Vorbereitungen zu seiner Vernichtung.“ Das schrieb der britische Militärdenker, Generalmajor J. F. C. Fuller, im Jahre 1936 (!),(The first of the League Wars, London, deutsch: *Der erste der Völkerbundskriege, Berlin 1937,* Kapitel *Gewaltherrschaft des Goldes)*
Der freie Historiker Dr. Stefan Scheil, der in mehreren Studien die Entstehung des Zweiten Weltkrieges bis zur Eskalation dargestellt hat, schildert in knappster, doch inhaltsschwerer Form, diese „fieberhaften Vorbereitungen“ zur Vernichtung Deutschlands über Skandinavien, welche dann durch die präventive deutsche Besetzung Dänemarks und Norwegens zunichte gemacht worden sind.
Schon vor der britisch-französischen Garantieerklärung für Polen (31.03.1939) war ein geheimer Planungsstab der britischen Admiralität eingerichtet worden, um genaue Pläne für einen Krieg gegen Deutschland auszuarbeiten. Dessen Leiter, Admiral Drax, schlug Februar 1939 vor, wie norwegische Erzlieferungen an Deutschland notfalls mit Gewalt zu unterbinden seien. Im September 1939 forderte Churchill als Erster Lord der Admiralität (Marine-Minister) dazu im Kabinett noch eine Basis in Schweden. Bereits im Mai 1938 hatte er,

noch ohne Regierungsamt, in einem Vortrag Polen und Skandinavien auf die britische Seite ziehen wollen. Im August 1939 wurden bei den von Admiral Drax geleiteten britischen Verhandlungen mit Moskau sehr phantasievolle Annahmen getroffen (deutscher Angriff auf die Sowjetunion über Lettland, Estland und Finnland), um auch die Sowjetunion zu gewinnen – damals noch vergebens. Bedenken gegen ein Zusammengehen mit dem mörderischen Regime Stalins bestanden kaum. Schon im Mai 1939 hatte Churchill im Parlament „eine restlose Zusammenarbeit mit Rußland" fordern können, der sich auch Lettland, Estland und Finnland anschließen müßten. Diese Staaten wollte er Moskau als dauerhafte Einflußzone überlassen, um Deutschland u.a. finnisches Nickel zu verwehren.

Obschon Churchills Agitation für ein Zusammengehen mit Moskau für ein geheimes Bündnis sprechen, weist Scheil nach, daß es das Geheimabkommen zwischen Churchill und Stalin, welches das finnische Buch *Finnland im Auge des Sturms* (2004) zu beweisen sucht, nur „sehr gut erfunden" ist.

Am 12. September 1939 beschloß der britisch-französische Kriegsrat, einen Krieg von drei Jahren. Churchill, seit 1. September 1939 Marine-Minister, schlug fünf Tage später, seinem Memorandum vom März entsprechend, eine „Marine-Operation Catherine" in der Ostsee vor, um die Sowjetunion zu gewinnen. Sie war mangels Luftherrschaft undurchführbar. (Hier kann man sich sehr wundern, daß ein Churchill, der mit seinem irrsinnigen Vorschlag eine völlige Ignoranz der Seekriegführung unter Luftbedrohung offenbarte, Marine-Minister werden konnte.)

Auf der Basis von Überlegungen zur Kriegführung gegen Deutschland vom Dezember 1938 (!) kam es so schließlich zur Planung der „Operation Stratford". Sie entsprach dem schon ein Jahr vor Kriegsbeginn (!) geäußerten britischen Wunsch, aus Norwegen „ein einziges großes Gibraltar zu machen", wie es der deutsche Botschafter in Oslo Dezember 1939 ausdrückte. Die französische Regierung war eifriger Befürworter und wollte das größte Truppenkontingent stellen.

Zu der Zeit, so der Autor, war die deutsche Außenpolitik noch darauf aus, Polen zum Verbündeten zu machen (!) und im Verbund mit anderen Staaten Großbritannien „von den dort vermuteten Angriffsabsichten" abzuschrecken; Pläne für einen Krieg gegen Polen, die Sowjetunion, Skandinavien oder Westeuropa gab es damals nicht.

Erst nachdem norwegische Meldungen über ein britisch-norwegisches Geheimabkommen und die britische Besetzung Norwegens am 11. Dezember 1939 eingegangen waren, befahl Hitler „erste Überlegungen", wie man Norwegen besetzen könnte, obschon „sein Wunsch, die Fortsetzung der norwegischen Neutralität sei", wie ein Tagebuch ausweist. Am 5. Februar 1940 beschloß der Oberste Alliierte Kriegsrat in Paris mit beiden Regierungschefs die „Operation Stratford" : „… daß wir unseren Plan zur Besetzung der Erzgruben ausführen, unter dem Vorwand, Hilfe für Finnland (Anm. d. Rez.: gegen den sowjetischen Angriff) über Norwegen zu entsenden."
Das Drängen auf diesen Beschluß zeigte sich in der Presse und besonders Churchills, öffentlichen Äußerungen, in denen er in den Worten des Autors „den neutralen Staaten das Recht auf Neutralität komplett absprach."
Erst am 21. Februar, als die Seekriegsleitung verstärktes britisches Eindringen in die Hoheitsgewässer Norwegens meldete, befahl Hitler – über ein Jahr nach dem Beginn britischer Operationsplanungen (!) – General Nikolaus von Falkenhorst, einen Operationsplan für Norwegen auszuarbeiten – so überraschend, daß der General erst einen Reiseführer Norwegen zu Rate ziehen mußte.
Die Anzeichen für eine bevorstehende britische Truppenanlandungen verstärkten sich. Wieder erst daraufhin, erging am 4. März der Befehl Hitlers, die Planung für die Gegenoperation „Weserübung" bis zum 10. März abzuschließen.
Als die Sowjetunion und Finnland am 12. März Frieden schlossen hatten, war der Vorwand für „Stratford" hinfällig. Trotzdem hielten Briten und Franzosen an ihrem Plan fest, was aus deutscher Sicht durch ihre Dementis bestätigt wurde. Nachdem Churchill am 31. März in einer Ansprache klar gesagt hatte, Großbritannien werde für die von Deutschland durch „Erpressung" zu Rohstofflieferungen gezwungenen neutralen Länder das „Schwert in die Hand" nehmen, und man dazu noch erkannt hatte, daß ein Neffe Churchills als Korrespondent der *Daily Mail* auf dem Weg nach Narvik war, befahl Hitler am nächsten Tag, die „Weserübung" am 9. April zu beginnen – fast zu spät, wenn sich nicht die für den 5. April angesetzte Operation „Stratford" verzögerte hätte.
Leider verzichtet der Autor auf eine wenigstens skizzierte Darstellung des Kampfgeschehens, das in dem schmalen Band durchaus noch Platz

gefunden hätte. Nach dem Polenfeldzug bewies sich hier nämlich zum zweiten Mal die weit überragende Qualität der Wehrmacht sogar in einer vorher nie geplanten, geschweige denn durchgespielten triphibischen Operation gegen eine weit überlegene Seemacht, für die nur knapp sieben Wochen Planungs- und Vorbereitungszeit zur Verfügung gestanden hatte.

Doch der große Gewinn der knappen Darstellung liegt darin, aufzudecken, wie früh Briten und Franzosen einen Deutschland vernichtenden Krieg überlegten und planten, daß sie dazu beabsichtigten, über das Besetzen neutraler Länder Deutschland von seinen wichtigen Rohstofflieferungen abzuschneiden, und daß sie außerdem versuchten, dafür die Sowjetunion durch das Opfern neutraler Länder auf ihre Seite zu ziehen. Wie der Autor belegt, galt längere Zeit nach Kriegsende unbestritten, daß die „Weserübung" eine Reaktion auf „Stratford" war. Im Jahr 2000 kann aber u.a. der Vorzeige-HistorikerHeinrich August Winkler einen „Überfall aus rassistischen Lebensraummotiven" behaupten (*Der lange Weg nach Westen*), ohne öffentliche Reputation zu verlieren – ein trauriger Beleg gezielter historischer Verdummung, gegen die Stefan Scheil überzeugend ankämpft.

Manfred Backerra

Aus der Schlossbauhütte Berlin
© Förderverein Berliner Schloss

Veranstaltungen der SWG im Jahr 2015

Regio Hamburg

GM a.D.Gerd Schultze-Rhonhof als*Ü*bersetzer des Buches von John V. Denson:
Sie (US-Präsidenten) sagten Frieden und meinten Krieg

Seminartag: ***Welches Deutschland, welches Europa wollen wir?***
Einführung Manfred Backerra: ***Wollen gegen den Strom***
Hans Heckel, Ressortleiter Politik der PAZ:
Ein Deutschland des Gemeinwohls durch Sachgerechtigkeit

Parl. Staatssekretär a.D. Willy Wimmer:
Ein Deutschland, das seine Interessenten und dafür eintritt

Dr. Alexander Gauland:
Ein Europa selbstbestimmt vereint wirkender Vaterländer

Monika Ebeling, Ex-Gleichstellungsbeauftragte:
Kulturbrüche: Gender Mainstreaming, Sexualkunde, Frauen-Quoten

Andreas Ehlers, 6 Jahre Student in China:
Chinesische Welten und Ihre Bedeutung für Deutsche

Manfred Backerra: ***Deutscher Kampf gegen den Armeniermord***

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Karl-Heinz Kuhlmann:
Asyl und wilde Einwanderung – richtig und falsch

Dr. iur. Helmut Roewer, Präsident a.D. Landesamt für Verfassungsschutz:
Der Verfassungsschutz – schützt er Recht oder politische Korrektheit?

G*ü*nter G. A. Marklein, Gr*ü*nder /ehem. Direktor Bismarck-Museum Jever:
Bismarck – Wie er politisch die Vereinigung von 25 deutschen Staaten schaffte

Regio Hannover

Gerd Schultze-Rhonhof: ***Sie sagten Frieden und meinten Krieg***
Prof. Dr. Eberhard Hamer: ***Von der Finanzkrise zum Crash***
Prof. Dr. Karlheinz Kuhlmann: ***Islam - Anspruch und Wirklichkeit***
Manfred Backerra: ***Armeniermord - Rufmord am Deutschen Reich***

Regio Schleswig-Holstein

Jahresempfang
Stephan Ehmke: ***Umgang mit PEGIDA u.a. – Abgesang der Demokratie?***
Dr. Oliver Repkow: ***Bismarcks Außenpolitik***

Film von 1940: ***Bismarck*** (https://www.youtube.com/watch?v=qyIGZ9355tg)

Alexander Sosnowski: ***Rußland unter Putin – unterdrückend und imperialistisch?***
Manfred Backerra: ***Armeniermord - Rufmord am Deutschen Reich***
Wolfram Baentsch: ***Uwe Barschel – sein Tod im Lichte der Erkenntnisse aus 28 Jahren***
Wolfgang Toerner: ***Ich war ein Wolfskind***
Dr. Stefan Scheil: ***Kriegsende 1945 – Niederlage oder Befreiung?***

Referenten und Autoren der SWG

Prof. Dr. Menno Aden, Vorsitzender der SWG, Wirtschaftsjurist
Gualterio F. Ahrens, General a. D., Botschafter von Argentinien
Dr. Helmut Allardt, Botschafter a. D.; zuletzt Moskau
General a. D. Wolfgang Altenburg, Generalinspekteur a.D.
Oberst a.D. Manfred Backerra
Konrad Badenheuer, Publizist
Wolfram Baentsch, Journalist
Prof. Dr. Arnulf Baring, Freie Universität Berlin
Dr. Dirk Bavendamm, Historiker
Generalmajor Hans-Christian Beck
Wolfram Bednarski, Ex-Gründungsmitglied der Grünen Niedersachsen
Dr. Bastian Behrens, Journalist
Prof. Dr. Dr. Hermann von Berg, Historiker
Günter Bertram, Richter a.D.
Prof. Dr. Fritz Beske, Arzt
Ferdinand Fürst von Bismarck
Dr. Martin Blank, Deutsch-Atlantische Gesellschaft
Wilhelm von Boddien, Unternehmer
Erhard Bödecker; Bankdirektor, Buchautor, Preußenmuseum Wustrau
Dr. phil. Horst Boog, Wiss. Direktor am MGFA, Historiker
Sigismund Frhr. von Braun, Botschafter a. D.
Johann Braun, Passau
Prof. Dr. Bernhard vom Brocke, Historiker
Dr. Jürgen Bruns, Europa Carton A.G.
Prof. Dr. Rainer Buchholtz, Sportwissenschaftler
Dr. Klaus G. Conrad
Dr. Günther Deschner, Historiker und Publizist
Gerhard Detlefs, Leinburg, Publizist
Prof. Dr. Hellmut Diwald, Historiker, Universität Erlangen
Peer Lars Döhnert, Journalist
General a. D. Lothar Domröse
Rolf Dressler; Chefredakteur
Monika Ebeling, Gleichstellungsbeauftragte Goslar a.D.
Andreas Ehlers, China-Experte
Stephan Ehmke, Pädagoge und Autor

Prof. Richard W. Eichler, Kunstgeschichtler
Pfarrer Alexander Evertz
General a. D. Ernst Ferber
Dr. Dr. h. c. Hans Filbinger, Ministerpräsident a. D.
Prof. Dr. Michael Freund, Historiker
Prof. Dr. Gerhard Funke, Universität Mainz
Dr. Alexander Gauland, Mitgründer/Stv. Sprecher der AfD, Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg
Mathias von Gersdorff, Publizist
Dr. Klaus Goebel, Rechtsanwalt
Döring-Ernst von Gottberg
Wilhelm von Gottberg, ehem. Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen
Dr. H. J. Grasemann, Oberstaatsanwalt
Dipl.Vw. Sylvia Green-Meschke, Publizistin
Uwe Greve, Publizist
Horst Gröpper Botschafter a. D., zuletzt Moskau
Prof. Dr. jur. Klaus Michael Groll, München
Pater Lothar Groppe SJ
Dr.Ing. Jürgen R. Großmann, Unternehmer
Klaus J. Groth, Chefredakteur a. D.
Gen.Lt. a.D. Gert Gudera, Inspekteur des Heeres a.D.
BrigGen a.D. Reinhard Günzel, ehem. Kdr KSK
Dr. Otto von Habsburg, MdEP
Prof. Dr. Jens Hacker Historiker, Uni Regensburg
Dr.iur Hermann Hagena, Brig.Gen.a.D.
Henry Hallmann; Publizist
Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen
Klaus Hammel, Oberst a.D., Autor
Prof. Dr. Wilhelm Hankel, Wirtschaftswissenschaftler
Brigadegeneral a. D. Helmut Harff
Prof. Jercy Hauptmann
Hans Heckel, verantwortlicher Redakteur Politik/Wirtschaft Preußische Allgemeine Zeitung
Prof. Dr. Gerd Heinrich, Historiker
General Adolf Heusinger
Prof. Dr. Frhr. v. d. Heydte
Vizeadmiral a. D. Heye, Wehrbeauftragter des Bundestages

Peter Hild, wiss. Referent
Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien
Dr. med. Horst A. Hoffmann, Kinderarzt
Martin Hohmann, MdB a.D.
Prof. Klaus Hornung, Historiker
Oberst i. G. Gerhard Hubatschek
Hüntelmann, Dr. Rafael, Publizist
Eugen Hutmacher, Wirtschaftsminister des Saarlandes
Hans Graf Huyn, MdB
Dr. Richard Jäger, MdB, Bundesminister a. D.
Dr. Hans-Edgar Jahn, Präsident der AG demokratischer Kreise
Bernd Kallina, Dipl-Pol., Redakteur Deutschlandfunk
Prof. D. Walter Kaminsky, Universität Hamburg
Botschafter a. D. Jörg Kastl, zuletzt Missionschef in Moskau
Brigadegeneral a. D. Heinz Karst
Hans-Jörg Kimmich, Vors. Richter am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg i.R.
Dr. Karl Kindermann, Publizist
Botho Kirsch, Journalist
Kurt Klein, Regierungsdirektor
Generalmajor a. D. Gerd-H. Komossa
Dr. Hubertus Knabe, Bundesbeauftragter die Unterlagen der STASI
Bernhard Knapstein, Landsmannschaft Ostpreußen
Prof. Dr. Hans-Helmut Knütter, Universität Bonn
Dr. Dr. Joachim Körner, Kandidat Hamburger Bürgerschaft
Prof. Dr. Walter Krämer, Vorsitzender Verein Deutsche Sprache
Alfred Krause, Bundesvorsitzender des DBB
Prof. Dr. Martin Kriele Universität Köln
Dr. Hans Kroll, Botschafter a. D., zuletzt Moskau
Gabriele Kuby, Journalistin und Publizistin
Götz Kubitschek, Journalist und Publizist
Detlef Kühn, letzter Präsident des Gesamtdeutschen Instituts Bonn
Prof. Dr. Karl-Heinz Kuhlmann, Theologe
Dr. Horst Kullak-Ublick, Botschafter a. D.
Prof. Dirk Kunert, Historiker, Universität Johannisburg
Prof. Dr. H. R. Kurz, Eidgenössisches Militärdepartement (EMD)
Prof. Dr. Hermann von Laer
Alexander Lechler, Jena

Hans-Joachim von Leesen, Publizist
Dr. Erik Lehnert, Publizist
Markus Leuschner, Historiker und Referent beim BdV
Alexandra Maria Linder, Journalistin und Übersetzerin
Bernd Lippmann, Historiker
Dr. Stefan Luft, Historiker
Dr. Silvius Magnago, Landeshauptmann von Südtirol
Dr. Gregor Manousakis, Publizist (Athen)
Dr.Ulrich March, OSt. Dir. a.D.
Dr. Walter Marinovic, Gymn.Professor
Dr. jur. Werner Marx, MdB
Prof. Dr. Werner Maser. Historiker und Völkerrechtler
Prof. Dr. Dr. Ulrich Matthée, Politologe Uni Kiel
Dr. Alfred Mechtersheimer, Sprecher des Friedenskomittees 2000
Dieter Meichsner, Schriftsteller
Prof. Dr. Boris Meißner, Universität Köln
Richard Melisch Unternehmer, Autor
Günther G. A. Marklein, Direktor Bismarck-Museum Jever
Dr. jur. Erich Mende, MdB, Bundesminister a. D.
Dr. Dietrich Wilhelm v. Menges, Generaldirektor der Gutehoffnungs-
hütte AG
Prof. Dr. Rainer Mennel, Berlin
Prof. Dr. Hans-Joachim von Merkatz, Bundesminister a. D.
Ferdinand Otto Miksche, Militärschriftsteller
Dr. Arnim Mohler, Publizist
Prof. Dr. Klaus Motschmann, Hochschule der Künste Berlin
Dr. Heinz Nawratil, Rechtsanwalt
Henry Nitzsche, MdB
Dr. Wolf Nitschke, Philologe und Historiker
Prof. Dr. Ernst Nolte, Historiker
Dr. med. h. c. F. E. Nord, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
Dr. Claus Nordbruch, Literaturwissenschaftler
Dr.Ing. Wolfgang Nowak, MdL
Dipl. Volksw. Werner Obst
Manuel Ochsenreiter, Chefredakteur
Dr. Dirk W. Oetting, Brig.Gen.a.D
Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Universität Hamburg
Gisa Pahl, Rechtsanwältin

Lucia Gevert Parada, Botschafter von Chile
Dr. Richard Pemsel, Publizist
Heiko Peters, Unternehmer
Jean-Paul Picaper, Straßburg
OTL a. D. Konrad Pingel, Historiker
Prof. Dr. Günther Pöschel, Konteradmiral a. D.
Dr. Roger Kusch, Justizsenator a.D.
Gisela Poelke, Landesfrauenrat Schleswig-Holstein
Dr. Walter Post, Universität München
Dr. V. E. Preusker, Bundeswohnungsbauminister
Rüdiger Proske, Journalist
Ulrike Raich
Prof. Dr. Bernd-Thomas Ramb, Universität Siegen
Udo Reinhardt, Ex-Gründungsmitglied der Grünen Niedersachsen
Frank Riedel, Preußenmuseum Berlin-Brandenburg
Gerd Schultze-Rhonhof, GenMaj a.D.
Prof. Dr. Bolko Frhr. von Richthofen
Frank Riedel MA, Historiker
Dr. Walter T. Rix, Literaturwissenschaftler
Dr.habil. Peter Robejsek, Direktor Haus Rissen
Dr. Rainer Röhl, Publizist
Prof. Dr. G. Rohrmoser, Universität Hohenheim
Dr. iur. Helmut Roewer, Präsident a.D. Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg
Dr. Olaf Rose, Germanist
Dr. Peter Sager, Direktor des Ostinstituts Bern
Dr. Rolf Sauerzapf, Kirchenrat und Dekan im BGS a.D.
Dr. Edmund Sawall, Unternehmer
Dr. Wolfgang Schaarschmidt, Autor
Prof.Dr.jur Karl Albrecht Schachtschneider, Staatsrechtler
Dr. Herm. Schäfer, Bundesminister a. D.
Prof. Dr. Wolf Schäfer, Bw-Uni Hamburg
Dr. Stefan Scheil, Historiker
Prof. Dr. Erwin K. Scheuch, Universität Köln
Dr. Alfred Schickel, Historiker (ZFI)
Prof. Emil Schlee, Ministerialrat a.D.
Prof. Dr. Franz Schlegelberger, Jurist
Dr. jur. Friedr. Wilh. Schlomann, Publizist

Wolf Schneider, Journalist
Prof. Dr. Hans-Joachim Schoeps, Universität Erlangen
Prof. Dr. Percy Schramm, Kanzler des Ordens „Pour le mérite“
Dr. Ritter von Schramm, Schriftsteller
Alexander Sosnowski, Korrespondent/Autor Deutsche Welle/Datschlandradio Kultur für Rußland/Ukraine
Horst Schüler, Journalist
Prof. Dr. jur. Erich Schwinge, Universität Marburg (em.)
Prof. Dr. Franz W. Seidler, em. Hochschule der Bundeswehr München
Prof. Dr. jur. Wolfgang Seiffert, Universität Kiel
Prof. Dr.-Ing. Hans-Joachim Selenz, Vorstandssprecher Preussag Stahl AG a.D.
Dr. Stefan Scheil, Historiker und Publizist
Prof. Dr. Harald Seubert, Philosoph
Prof. Dr. H.G. Schmitz, Germanist
Ronald F.M. Schrumpf, Sozialethiker
Prof. Dr. jur. Theodor Schweisfurth, Emeritus Uni Viadrina
Prof. Dr. Hubert Speidel, Psychotherapeut
Alexander von Stahl, Generalbundesanwalt a.D.
Reginald Steed, Chefkommentator des Daily Telegraph
Dieter Stein, Chefredakteur
Prof. Dr. Udo Steinbach, Direktor Orientinstitut
Rolf Stolz, Dipl. Psych., Publizist
Dr. Carl Gustav Ströhm, Publizist (Zagreb)
Prof. Dr. Karl-Ewald Tietz, Emeritus Uni Greifswald
Wolfgang Toerner, Pädagoge
Save di Tove, Botschafter von Togo
Dr. jur. Walter Truckenbrodt, Botschafter a. D.
GenLt a. D. Dr. Franz Uhle-Wettler
Brigadegeneral a. D. Reinhard Uhle-Wettler
Dr. Wolfgang Venohr, Journalist
Prof. Dr. Michael Vogt, Historiker
Prof. Michael S. Voslensky, Direktor des Forschungsinst. für sowjet. Gegenwart, München
Lutz Webendörfer, Unternehmensberater
Dr. h. c. H. G. Weber, Oberstadtdirektor a. D., Braunschweig
Tim Weber, 1. Vors. Mehr Demokratie e.V.
Prof. Dr. Oskar Weggel, Institut Asienkunde Hamburg

Hugo Wellems, Chefredakteur
Reginald Steed, Chefkommentator des Daily Telegraph
Dr. Arno Weiner, Gen.Staatsanwalt a. D.
Dr. Karlheinz Weißmann, Publizist
Rudolf Willeke, Studiendirektor
Prof. Dr. Bernard Willms, Universität Bochum
Willy Wimmer, RA, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
Dr. Stefan Winckler, M.A., Publizist
Dr. Klaus W. Wippermann, Redakteur Publizist
Manuel Wittstock, Historiker
Dr. Wolfgang von Wolmar, Historiker
Dr. Barbara v. Wulffen, München
Dr. jur. et. phil. Alfred Zayas, Historiker, Völkerrechtler
Prof. Dr. Günter Zehm, Philosoph und Publizist
Dr. Ekkehard Zimmermann, Historiker
Dr. Friedrich Zimmermann MdB Bundesminister des Innern a. D.

Aus der Schlossbauhütte Berlin
© Förderverein Berliner Schloss

Das Buch des Jahres!

JF EDITION

Karlheinz Weißmann

Deutsche Geschichte

für junge Leser

Was ist packender als unsere eigene Geschichte? Doch wie begeistern wir unsere Kinder und Enkel dafür? Mit dem neuen Buch „Deutsche Geschichte für junge Leser“ von Karlheinz Weißmann wird es Ihnen gelingen. Das Buch ist speziell für Heranwachsende geschrieben, reich bebildert, mit mehr als 100 exklusiv für dieses Buch gemalten Aquarellen, in 24 Kapiteln auf 252 großformatigen Seiten. Das ideale Geschenk, mit dem Sie frühzeitig die Begeisterung für die eigene Historie wecken. Gehen Sie mit Ihren Söhnen, Töchtern, Enkeln und Neffen gemeinsam auf eine abenteuerliche Reise durch unsere aufregende deutsche Geschichte!

- **24 Kapitel auf 252 Seiten**
- **Leineneinband mit Prägung**
- **über 100 Farbillustrationen**
- **ideal als Geschenk**

Best.-Nr.: 92666
EUR 29,90

JF BUCHDIENST
030 / 86 49 53 - 25
jf-buchdienst.de

Illustrationen: © Junge Freiheit

Kritisch, konstruktiv. Klartext für Deutschland.

Die Preußische Allgemeine Zeitung greift ohne Polemik, aber mit klarem Standpunkt all die Themen auf, an die sich die meisten anderen Medien nicht mehr herantrauen. Mit ihren breitgefächerten Themen zu Politik, Kultur und Geschichte des Abendlandes schlägt sie Brücken zwischen Gestern und Heute.

Jetzt 4 Ausgaben kostenlos testen!

Bestellen Sie telefonisch unter 040-414 008 42 oder per Mail an vertrieb@preussische-allgemeine.de

Die Wochenzeitung für Deutschland.

swg